

# Stenographisches Protokoll.

## 6. Sitzung der V. Session der VII. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich.

Freitag, den 14. Dezember 1962.

### Inhalt :

1. Eröffnung durch Zweiten Präsidenten Wondrak (Seite 177).

2. Verhandlung:

Spezialdebatte zur Gruppe 7. Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, ordentlicher, außerordentlicher und Eventualvoranschlag. Berichterstatter Abg. Marchsteiner (Seite 177); Redner: Abg. Fahrnberger (Seite 178), Abg. Mondl (Seite 180), Abg. Scherrer (Seite 181), Abg. Dienbauer (Seite 183), Abg. Sigmund (Seite 185), Abg. Laferl (Seite 187), Abg. Schöberl (Seite 187), Abg. Scherz (Seite 188), Abg. Popp (Seite 190), Abg. Weiss (Seite 191), Abg. Maurer (Seite 193), Abg. Fuchs (Seite 196), Abg. Hubinger (Seite 199), Abg. Dr. Litschauer (Seite 202), Abg. Schneider (Seite 208), Abg. Dr. Litschauer (Seite 212), Abg. Schmalzbauer (Seite 213), Abg. Stangler (Seite 214), Abg. Mondl (Seite 215), Abg. Dipl.-Ing. Robl (Seite 216), Abg. Niklas (Seite 219), Abg. Schneider (Seite 222). Landesrat Waltner (Seite 223), Landesrat Hirsch (Seite 224); Abstimmung (Seite 230).

Spezialdebatte zur Gruppe 8, Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen. Berichterstatter Abg. Marchsteiner (Seite 231); Abstimmung (Seite 231).

Spezialdebatte zur Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung. Berichterstatter Abg. Marchsteiner (Seite 231); Redner: Präsident Wondrak (Seite 231); Abstimmung (Seite 234).

Gesetzentwurf über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1963. Berichterstatter Abg. Marchsteiner (Seite 234); Abstimmung (Seite 234).

Dienstpostenplan 1963 und Antrag auf Genehmigung der im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze. Berichterstatter Abg. Marchsteiner (Seite 234); Abstimmung (Seite 235). Abstimmung über den gesamten ordentlichen, außerordentlichen und Eventualvoranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1963 (Seite 235).

Landeshauptmannstellvertreter Müllner (Seite 235), Präsident Tesar (Seite 236).

Wahl von Mitgliedern und Ersatzmännern in den Bundesrat (Seite 236 und Seite 239). Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1962, Bewilligung von Nachtragskrediten, Überschreitungen und Zweckbindungen. Berichterstatter Abg. Schöberl (Seite 237); Abstimmung (Seite 238).

Antrag des Finanzausschusses, betreffend Aufstockung der Fremdenverkehrskreditaktion 1962. Berichterstatter Abg. Schneider (Seite 238); Abstimmung (Seite 239).

Antrag des Gemeinsamen Finanzausschusses und Schulausschusses, betreffend den Schulbaufonds für Niederösterreich, Genehmigung des Voranschlags 1963. Berichterstatter Frau Abg. Körner (Seite 239); Abstimmung (Seite 239).

Präsident Tesar (Seite 239), Abg. Schwarzott (Seite 240).

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK (um 9 Uhr 3 Minuten): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Wie bereits angekündigt, stelle ich noch folgende Vorlagen, die am 12. Dezember 1962 in den Ausschüssen verabschiedet wurden, auf die heutige Tagesordnung: Die Geschäftsstücke 435 und 436-Ltg. des Finanzausschusses und die 437-Ltg. des Gemeinsamen Ranzausschusses und Schulausschusses. (Nach einer Pause): Keine Einwendung.

Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abg. Marchsteiner, zur Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, ordentlicher Voranschlag, außerordentlicher Voranschlag und Eventualvoranschlag, zu berichten.

BERICHTERSTATTER ABG. MARCHSTEINER: Hohes Haus! In der Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, betragen die Ausgaben 81,030.700 S und die entsprechenden Einnahmen 16,388.400 S, so daß das Nettoerfordernis 64,642.300 S ausmacht. In dieser Gruppe kommen die Gebarungsvorgänge, welche der allgemeinen Verwaltung dieser Belange, den öffentlichen Einrichtungen, der Förderung der Land- und Forstwirtschaft, den Einrichtungen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft, der Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Fremdenverkehrsförderung und sonstigen Aufwendungen dieser Art dienen, zur Verrechnung.

Die Ausgaben umfassen 5,3% des Gesamtaufwandes. Die des Vorjahres stellten 5,4% des Gesamtaufwandes dar.

Die Ausgaben dieser Gruppe zeigen eine Steigerung von rund 4,2 Millionen S gegenüber dem Vorjahr. Sie betrifft mit 1 Million S den Personalaufwand. Dem Großteil der Erhöhung des Sachaufwandes stehen gleich hohe Mehreinnahmen an zweckgebundenen Einnahmen gegenüber. Nur der Landesbei-

trag zum Zinsendienst für die Fremdenverkehrskreditaktion zeigt eine Ausweitung von 600.000 S, die nicht durch Mehreinnahmen abgedeckt erscheint.

Die Einnahmen erhöhen sich um 0,8 Millionen S, u. zw. durch die Einnahmen aus Bodenschutzmaßnahmen von 300.000 S und durch Mehreinnahmen der Bauhöfe von rund 600.000 S.

Wie verschiedene Ansätze in der Gruppe 6, stellen auch die Beiträge zu den Kosten der Be- und Entwässerung Landesbeiträge dar, auf Grund welcher mit den veranschlagten 5.000.000 S Bauvorhaben in der Höhe von 12 Millionen S durchgeführt werden können.

Aus gebärungstechnischen Gründen ist es notwendig, auch in dieser Gruppe Voranschlagsansätze als gegenseitig deckungsfähig zu erklären.

Im außerordentlichen Voranschlag der Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, sind Einnahmen in der Höhe von 12.900.000 S und Ausgaben in der Höhe von 50.250.000 S vorgesehen. Im Eventualvoranschlag betragen die Ausgaben 44.350.000 S.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, über die (Gruppe 7 des Voranschlags die Spezialdebatte zu eröffnen.

**ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK:** Wir gehen in die Verhandlung ein. Zum Worte gelangt Herr Abg. Fahrnberger.

**ABG. FAHRNBERGER:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf eine Maßnahme hinweisen, die für die Tierzucht treibenden Landwirte eine ganz besondere Bedeutung hat. Ich meine die Seuchenbekämpfung, und zwar vor allem den Kampf gegen die Rindertuberkulose und gegen die Bangseuche.

Ich kann mich noch gut erinnern, daß schon bei den Verhandlungen zum Voranschlag für das Jahr 1962 mein Freund Marchsteiner in einem Resolutionsantrag darauf hingewiesen hat, daß es notwendig wäre, das Gebiet um Gmünd — dort wird bekanntlich in einer großen Molkerei Trockenmilch erzeugt — vordringlich in diese Aktion einzubeziehen. Ich will mit einigen Zahlen nachweisen, was in der letzten Zeit in der Rindertuberkulosebekämpfung, die ja zum größten Teil aus Landesmitteln durchgeführt wird, geschehen ist.

Die Aktion hat im Jahre 1950 ihren Anfang genommen. Damals standen nur bescheidene ERP-Mittel für Betriebe zur Verfügung, die die Bekämpfung freiwillig durchführten. In diese Aktion wurden damals nur die Zuchtbetriebe bzw. Erbhofzüchter einbezogen.

Im Jahre 1951 wurde von seiten des Landes ein Betrag von 40.000 S für diese Aktion bereitgestellt. Von Jahr zu Jahr haben diese Beträge zugenommen; wir können, Gott sei Dank, jetzt sagen, daß jedes Jahr im Budget schöne Ansätze für diese wichtige Aktion zur Seuchenbekämpfung vorhanden sind. Es wurden in den vergangenen 12 Jahren 627.457 Rinder in 82.286 Betrieben erfaßt. Diese Zahl umfaßt 40 Prozent der Bestände unseres Bundeslandes. 60 Prozent unseres Rinderbestandes sind in die Aktion noch nicht einbezogen. Daraus ersehen wir, wieviel Arbeit noch wartet. Ich möchte aber auch aufzeigen, daß von seiten der Bauernschaft sehr große Opfer gebracht werden. Es wurde errechnet, daß ein Landwirt, der einen Reagenten abgeben muß, einen Schaden von ca. 2 bis 3000 S hat. Es ist weiter errechnet worden, daß die Landwirtschaft dadurch ein Opfer von ca. 200 Millionen Schilling erbracht hat. Wir haben aber durch diese Aktion, welche im Norden und Süden unseres Bundeslandes begonnen hat, noch große Gebiete Niederösterreichs zu sanieren. Für die Bauern bedeutet diese Aktion ein großes Opfer. Sie treten wiederholt an uns wegen einer Unterstützung heran.

Bei der ersten Impfkaktion wurde festgestellt, daß im Durchschnitt ca. 25 Prozent der Betriebe verseucht waren. Bei einer zweiten Aktion waren es nur mehr 0,5 bis 1 Prozent. Bei der dritten Impfung waren es nur mehr 0,5, also ein halbes Prozent. Ganz ausmerzen wird die Verseuchung nicht sein, doch sehen wir trotzdem einen großen Erfolg. Der Erfolg bei der Tuberkulosebekämpfung der Rinder ist aber auch eine Sicherheit für unsere Volksgesundheit.

Es wurde auch erwähnt, daß in einer Molkerei in Gmünd Trockenmilch erzeugt und diese nach England ausgeführt wird. Diese Molkerei ist auch von Engländern besucht worden, die sich überzeugen wollten, ob (diese Molkerei alle gewünschten Voraussetzungen hat, ob gesunde Produkte aus dieser Molkerei hinausgehen. Die Besucher aus England waren zufrieden.

Ich möchte bei (dieser Gelegenheit einen Resolutionsantrag stellen, der nicht nur für die Bauernschaft, sondern auch für die Volkswirtschaft von Interesse ist, und bitte um dessen Annahme (**Ziest**):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sowohl der Bekämpfung der Rinder-Tuberkulose als auch der Bang-Seuche ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, insbesondere aber für deren Bekämpfung in den noch nicht seuchenfreien Gebieten in Niederösterreich Sorge zu tragen.“

Hohes  
zu einer  
nehmen.  
über die  
tigkeit  
kurz mit  
de besch  
in Strei  
ihnen d  
kommt.  
dem öff  
durch w  
wirtscha

Seit d  
biet sich  
an 400 1  
den bis  
tigestel  
mäßig e  
möchte  
mer um  
Gesamtb  
trugen r  
auch die  
**Aus** Bur  
von 133,  
also nur  
42.853.00  
die Inte  
gebracht  
können  
des Wale  
mußte, u  
lich zu m  
Hohes  
**Entsiedlu**  
lichen W

Die Ei  
in 'diesen  
in den ei  
Niederös  
alles dar  
die Mens  
hindern,

Ich hal  
gemacht.  
über den  
wind —  
es wird  
dann m  
denverke  
großen I  
Bergbaut  
Wie ich  
schließun  
Bergbaue  
daß diese  
gen ersch  
den bere  
daß die

Hohes Haus! Ich möchte aber auch noch zu einem anderen Problem kurz Stellung nehmen. Es wurde gestern beim Straßenbau über die Konkurrenzwege und deren Wichtigkeit sehr viel gesprochen. Ich will mich kurz mit dem Güterwegbau in unserem Lande beschäftigen. Wir wissen, daß (diese Wege in Streusiedlungsgebieten liegen und daß ihnen daher eine besondere Bedeutung zukommt. Durch Güterwege werden viele Höfe dem öffentlichen Verkehr erschlossen; dadurch wird die Existenz der Einschnittbauern wirtschaftlich besser gesichert.

Seit dem Jahre 1945 wurde auf diesem Gebiet sicher sehr viel gemacht. Seit 1945 wurde an 400 Bauvorhaben gearbeitet. Dabei wurden bis heute 725 Kilometer Güterwege fertiggestellt. Die Zahl der dadurch verkehrsmäßig erschlossenen Höfe beträgt 2072. Ich möchte hinzufügen, daß sich auch die Kammer um diese Angelegenheit bemüht. Die Gesamthaukosten dieser 725 Kilometer betrugen rund 133,758.000 S. Daran sind aber auch die Bauern als Interessenten beteiligt. Aus Bundesmitteln wurden zu der Summe von 133,758.000 S 45,680.000 S beigesteuert, also rund 34 Prozent; aus Landesmitteln 42,853.000 S, das sind rund 32 Prozent; durch die Interessenten wurden 45,317.000 S aufgebracht, das sind rund 34 Prozent. Daraus können wir ersehen, daß die Bauernschaft des Waldviertels selbst große Opfer bringen mußte, um die Erschließung ihrer Höfe möglich zu machen.

Hohes Haus! Es ist gestern schon von der Entsiedlung unseres Grenzgebietes, des nördlichen Waldviertels, gesprochen worden.

Die Entsiedlungsgefahr besteht nicht nur in diesen Gebieten, sondern wie besteht auch in den entlegenen Bergdörfern des südlichen Niederösterreich. Ich glaube, hier müssen wir alles daransetzen, um auch für die Zukunft die Menschen dort zu erhalten und zu verhindern, daß die Abwanderung größer wird.

Ich habe mir da meine eigenen Gedanken gemacht. Wenn heute wahrscheinlich auch über den Fremdenverkehr gesprochen werden wird — ich will das nicht weiter ausführen, es wird ein anderer Redner dazu sprechen —, dann (möchte ich bemerken, daß der Fremdenverkehr in Zukunft ebenfalls einen großen Beitrag dazu leisten könnte, unsere Bergbauern auf ihren Höfen zu erhalten. Wie ich schon ausgeführt habe, wird die Erschließung mit Güterwegen bis zum letzten Bergbauernhof durchgeführt. Wir wissen, daß diese schönen Gebiete, die mit Güterwegen erschlossen worden sind, von den Fremden bereits besucht werden. Wir sehen also, daß die Entwicklung des Fremdenverkehrs

auch in diesen Gebieten bereits Fortschritte macht.

Ein schweres Problem, meine Damen und Herren, bedeutet die Erhaltung der Güterwege. Die Wiege sind nun einmal gebaut, und die Bauern haben ihren Beitrag dazu geleistet. Aber die Bauern sind kaum in der Lage, diese Wege auf eigene Kosten in Zukunft zu erhalten. Man kann hier verschiedene Wege gehen. Man hat sich auch schon mit dem Gedanken getragen, diese Wege mit einer befestigten Decke zu versehen. Natürlich erfordert dies große Kosten.

Ich möchte hier an die Worte der Frau Abgeordneten Körner anknüpfen, die gestern gesagt hat, daß bei den Bundesstraßen und Autobahnen auf steilen Stücken vielleicht das Kleinsteinpflaster die beste Lösung wäre. Obwohl es teuer ist, dürfte es, auf lange Sicht gesehen, doch die billigere Methode sein. Vielleicht wäre dies auch bei den Güterwegen zu erwägen; damit wäre ihre Erhaltung auf lange Zeit gesichert. Ich weiß, daß das sehr große Kosten verursachen wird. Aber ich halte es für notwendig, daß man sich ernsthaft mit dem Problem der Erhaltung unserer Güterwege befaßt. Wir wissen — ich habe es schon erwähnt —, welche großen Opfer der Bund, das Land und die Interessenten auf sich genommen haben. Würden diese Güterwege im Laufe der nächsten Jahre unbenutzbar werden, dann wären diese Mittel wirklich hinausgeschmissen. Dieses Problem müßte daher meiner Meinung nach in nächster Zeit einer ernstlichen Behandlung unterzogen werden.

Ich möchte abschließend ganz kurz noch eines anführen. Es gehört eigentlich heute nicht hierher, sondern hätte schon gestern vorgetragen werden sollen: Immer wieder kommt es vor, daß im Herbst von seiten der Straßenverwaltung in unseren Gebirgsgebieten Straßen für den Verkehr gesperrt werden. Zu jedem Sprechtag erscheinen Bürgermeister, Bauern und andere Bewohner dieser Gebiete und weisen darauf hin, welche Schwierigkeiten durch die Sperrung der Straßen für die Bevölkerung entstehen. Es ist zum Beispiel schon vorgekommen, daß ein Arzt erklärt hat, er werde solche Straßen, die gesperrt wurden, nicht benutzen, weil er, wenn er dort einen Unfall hat, selbst die ganze Verantwortung zu tragen hätte. Solche Probleme wenden an den Sprechtagen wiederholt aufgerollt.

Wir müßten uns bemühen, auch im Winter die notwendigsten Straßen freizuhalten. Letzten Endes, Hohes Haus, geht es ja darum, daß wir diese Menschen im obersten Waldviertel, im sogenannten Entsiedlungsgebiet,

aber auch in anderen Bergbauerngebieten, für die Zukunft erhalten. (Beifall bei der OVP.)

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Als nächster Redner kommt der Herr Abgeordnete Mondl zum Wort.

ABG. MONDL: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man das niederösterreichische Feuerlöschwesen und die Freiwilligen Feuerwehren und Betriebsfeuerwehren betrachtet, dann kann man nur zitieren: „Hoch klingt das Lied vom braven Mann!“ Betrachtet man die Tätigkeit der niederösterreichischen Freiwilligen Feuerwehren, dann ist man überrascht, wenn man sieht, daß sich ihre Leistungen noch immer steigern lassen: Es gibt über 1900 Feuerwehren, der Mannschaftsstand hat die Zahl von 60.000 Wehrmännern bereits überschritten, die Zahl der Löschfahrzeuge wurde noch vermehrt, Geräte und sonstiges Zubehör wurden angeschafft.

Besonders interessant ist die Entwicklung auf dem Gebiet des Feuerwehrbergungsdienstes im Rahmen des Katastrophenhilfsdienstes. Der Bericht des Landesfeuerwehrkommandos weist auf diesem Gebiet auf: 5 F- und B-Abteilungen mit 8 Bereitschaften und 67 F- und B-Züge, vollständig ausgerüstet und unabhängig voneinander einsatzbereit.

Auch der Ausbau des Nachrichtenwesens macht Fortschritte. 20 Fix-Stationen, 9 Funkleitstellen und 105 mit Funk ausgerüstete Fahrzeuge stehen zum Einsatz zur Verfügung. Die Fix-Stationen wurden zumeist am Sitze der Bezirkshauptmannschaften eingerichtet und sind zum größten Teil mit einem Notstrombetrieb ausgestattet. Damit dürfte wohl ein rascher Einsatz im Falle einer Katastrophe gewährleistet sein.

Der F- und B-Stützpunkt in Tulln in der Feuerweherschule weist noch den Sprengdienst, Tauchdienst und den ABC-Dienst auf.

Wenn wir die Einsätze im vorigen Jahr betrachten, dann sehen wir, daß sich diese Einsätze von 3000 auf nahezu 4000 erhöht haben.

Besonders interessant ist, daß sich auch die Zahl der von den Wehren zurückgelegten Kilometer fast verdoppelt hat. Daraus, ersehen wir die vielen überörtlichen Einsätze und den guten Stand der Motorisierung unserer Feuerwehren.

Aber auch eine betrübliche Tatsache ist zu verzeichnen. Bei diesen Einsätzen sind über 100 Mann verunglückt, davon ein Mann sogar tödlich. Diese Tatsache zeigt zweifellos, wie gefährlich der Einsatz und wie uneingeschränkt die Einsatzbereitschaft dieser frei-

willigen Feuerwehrmänner sind. Ich möchte den niederösterreichischen Feuerwehrleuten daher dafür den besonderen Dank aussprechen.

Im Feuerwehrwesen zeigt sich auch die Jugend sehr stark verankert. Damit ist wohl der beste Beweis geliefert, daß die Jugend auch für gute und idealistische Arbeit zu haben ist.

Zur Finanzierung, Modernisierung und zur Vervollständigung der Ausrüstung und der Ausführung und Durchführung der Einsätze wurden seitens der Gemeinden über 30 Millionen Schilling aufgebracht. Wenn man weiß, wie überbeansprucht die Finanzen der Gemeinden ohnehin sind, dann erkennt man auch, welche schwierigen Probleme in den Gemeinden im Zusammenhang mit dem Feuerwehrwesen zu lösen sind.

Dazu kommt noch, daß wir vor einem weiteren Ausbau des technischen Hilfsdienstes stehen, der zwingend erforderlich ist. Große Summen werden dazu notwendig sein. Es wird nicht möglich sein, den Löwenanteil dieser finanziellen Mittel wieder den Gemeinden aufzulasten. Es wird eine Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erfolgen müssen.

Und damit komme ich gewissermaßen zu einer Gretchenfrage, nämlich zum Problem der Kompetenzabgrenzung und der gesetzlichen Regelung auf dem Gebiete des Feuerwehrwesens. Betrachten wir die gesetzlichen Regelungen in der Vergangenheit, müssen wir feststellen, daß vor dem Jahre 1939 das Feuerwehrwesen in Österreich Landessache war.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit befanden sich hauptsächlich in ziemlich oberflächlichen Bestimmungen der jeweiligen Landesfeuerpolizeiordnung: in Niederösterreich stammt sie aus dem Jahre 1927. Nur das Burgenland bildete eine Ausnahme. Schon damals wurde der Zustand als sehr unbefriedigend empfunden, und man arbeitete eine Gesetzesvorlage aus, der man aber vor dem Jahre 1939 die Zustimmung versagte. Vom Jahre 1939 bis 1945 war das reichsdeutsche Gesetz über das Feuerlöschwesen in Kraft, welches zentralistisch organisiert war und, auf dem Führerprinzip beruhend, in seinem Aufbau der militärischen Organisation eines Truppenkörpers entsprach. Diese gesetzliche Regelung war unmöglich. Die Unbrauchbarkeit des Gesetzes zeigte sich schon während des Krieges und bedeutete nahezu das Ende der Freiwilligen Feuerwehr. Im Jahre 1945 herrschte auf diesem Gebiet einige Monate völlige Unklarheit, bis man sich am 17. Juli 1945 entschloß, die landesgesetz-

liehe  
1938  
noch  
fried  
vemk  
der  
Ficke  
sung  
brach  
gar  
besch  
jedoc  
einer  
lage  
Ho  
gangs  
hat s  
derun  
techn  
strop  
Einsa  
meine  
rasche  
gend  
ist je  
60.000  
Förde  
solche

Ich  
tag f  
(Ziest)

„De  
Die  
dem  
Feuer  
schluß  
Feuer  
sation  
wird.“

Ich  
men  
Ihre  
SPÖ.)

ZW  
nächst  
zum V

AB  
gange  
Berati  
in der  
Dom  
denke  
veran  
bietes  
bedeu  
ich be  
Mittei  
Man t



liche Regelung nach dem Stand vom 13. März 1938 in Geltung zu setzen. Seither besteht noch immer ein von allen Seiten als unbefriedigend bezeichneter Zustand. Am 12. November 1946 wurde hier im Hohen Hause der Antrag der Abgeordneten Popp, Vesely, Ficker und Sigmund, betreffend die Erlassung eines Landesfeuerwehrgesetzes, eingebracht. Der Verfassungsausschuß hat sich sogar mit einem (derartigen Entwurf positiv beschäftigt. Die Beschlußfassung scheiterte jedoch daran, daß die zusätzlichen Wünsche einer Besatzungsmacht in dieser Gesetzesvorlage keine Berücksichtigung finden konnten.

Hohes Haus! Seither sind zwölf Jahre vergangen. Die Technik des Feuerwehrwesens hat sich raschest weiterentwickelt, die Anforderungen sind noch größer geworden, der technische Hilfsdienst im Rahmen des Katastrophenhilfsdienstgesetzes und der große Einsatzbereich sprengt die Grenzen der Gemeinden, ja sogar die Landesgrenzen. Eine nasche, gesetzliche Regelung ist daher **dringend** erforderlich. Diese gesetzliche Regelung ist jedoch nicht nur eine Forderung unserer 60.000 Feuerwehrmänner, sondern auch eine Forderung der Gemeinden; sie muß auch eine solche des Landtages sein.

Ich erlaube mir daher, dem Hohen Landtag folgenden Resolutionsantrag vorzulegen (Ziest):

„Der Hohen Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag ehestens den Entwurf eines Feuerwehrgesetzes zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen, durch welches das Feuerwehrwesen hinsichtlich seiner Organisation auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird.“

Ich bitte Sie, meine hochgeschätzten Damen und Herren, diesem Resolutionsantrag Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Als nächster Redner kommt Herr Abg. Scherrer zum Wort.

ABG. SCHERRER: Hohes Haus! Am vergangenen Donnerstag, nach Beendigung der Beratungen des Finanzausschusses, teilte mir in der Küche mein Tischnachbar mit, daß der Dom zu St. Pölten brennt. Sie können sich denken, daß diese Mitteilung für mich als verantwortlichen Feuerwehroffizier dieses Gebietes immerhin eine große Überraschung bedeutete. Innerhalb von fünf Minuten war ich bereits der Überzeugung, daß alle diese Mitteilungen sehr stark übertrieben waren. Man teilte mir nämlich mit, daß sich bereits

die Berufsfeuerwehr der Stadt Wien in Sankt Pölten befinde, daß Brand um 9 Uhr früh ausgebrochen und man nach nicht imstande gewesen sei, ihn zu lokalisieren. Wer die braven Feuerwehrmänner der Stadt St. Pölten kennt — und ich kenne sie samt dem verantwortlichen Kommandanten sogar sehr gut —, der dürfte annehmen, daß es gar nicht so schlimm sein konnte, da ansonst sicherlich eine Verständigung der Landesregierung erfolgt wäre. Ich habe mich aber sofort nach St. Pölten begeben und dort festgestellt, daß die Aktion der Feuerwehr einwandfrei war und die getroffenen Maßnahmen durchaus der Ausbildung eines in der Feuerweherschule Tulln geschulten Mannes entsprochen haben. Ich habe in den darauffolgenden Tagen in der Zeitung gesehen, daß bei Beginn der Brandkatastrophe Löschmanöver angesetzt waren, die nicht die Zustimmung eines erfahrenen Feuerwehrmannes finden konnten. Ich möchte aber an dieser Stelle der Presse für die wirklich objektive Berichterstattung über den Dombrand in St. Pölten sowie über die gebrachten Bilder, die den nicht richtigen Einsatz der Feuerwehr zeigten, herzlichen Dank sagen. In St. Pölten bemüht man sich seit Jahren, daß auch die Feuerwehr der verantwortlichen Bezirksstadt mit einer guten Ausrüstung versehen wird. Ich glaube, mein Herr Vorredner hat schon darauf hingewiesen, daß die niederösterreichischen Gemeinden im Vorjahr 30 Millionen Schilling für die Ausrüstung ihrer Feuerwehren zur Verfügung stellten. Wir wissen, daß diese Ausrüstung planmäßig gelenkt werden soll und nur jene Geräte anzuschaffen sind, die für den Mannschaftsstand der Feuerwehr geeignet erscheinen. In erster Linie ist es Aufgabe der Bezirksstädte, nicht nur für den Schutz der eigenen Stadt, sondern auch für den Schutz des ganzen Bezirkes zu sorgen. Wenn die Anschaffungen richtig gesteuert und insbesondere die Subventionsmittel des Landes, die erfreulicherweise in reichem Maße fließen, **nichtig** verwendet werden, so ist anzunehmen, daß nirgends mehr eine größere Katastrophe passieren kann. Meiner Meinung nach haben gerade die Bezirksstädte, deren Feuerwehren mit den modernsten Geräten ausgerüstet sein sollen, die Verpflichtung, auch den Schutz ihres Bezirkes zu übernehmen. Die Stadtgemeinde St. Pölten wäre schon längst verpflichtet gewesen, ihre Feuerwehr mit jener Leiter auszurüsten, die seit Jahrzehnten dringend gebraucht wird, um damit nicht nur die eigene Stadt, sondern auch den gesamten Verwaltungsbezirk zu schützen. Es liegt in der Verantwortlichkeit einer Bezirksstadt

auch für den ganzen Bezirk Opfer zu bringen. Diese Opfer wurden leider nicht gebracht, und es ist bedauerlich genug, daß die größte Stadt Niederösterreichs, deren Feuerwehr in ihrer Tätigkeit mustergültig ist, nicht einmal über ein modernes Tanklöschfahrzeug verfügt. Im Bezirk Herzogenburg beispielsweise besitzen schon zwei Feuerwehren, und zwar die der Stadtgemeinde Herzogenburg und die von Traismauer, also Städte mit ca. 5000 Einwohnern, moderne Tankfahrzeuge, während eine Stadt mit 48 000 Einwohnern ein solches bis heute entbehren muß. Es muß festgestellt werden, daß nicht nur die Feuerwehrmänner eine ungeheure Verantwortung tragen, sondern auch die Gemeinden und Bezirksstädte verantwortungsbewußt für den Ausbau handeln müssen. Sie sind verpflichtet, den Feuerwehren jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um den Schutz der gesamten Bevölkerung zu gewährleisten. Ich danke auch der Presse, daß sie eindeutig und klar den am Montagabend im Rundfunk durchgegebenen Aufruf des Herrn Bürgermeisters der Stadtgemeinde St. Pölten brachte, in dem dieser darauf hinwies, daß die Feuerwehr nicht nur einen modernen Tankwagen, sondern auch, was der Brand des St. Pöltners Domes nunmehr bewiesen hat, unbedingt eine Magirusleiter, eine Drehleiter, braucht.

Ich wundere mich darüber, daß eine Delegation von sechs Funktionären der Stadt St. Pölten nach Ulm gefahren ist, um eine solche Leiter zu besichtigen, die ohnehin in der Stadt St. Pölten vorgeführt worden war. Jedes Lieferunternehmen von Feuerwehrgeräten ist auf Anruf gerne bereit, nicht nur die gewünschten Offerte zu legen, sondern auch die in Frage kommende Fahrzeugtype vorzuführen. Es wäre zweckmäßiger gewesen, schon damals die erforderlichen Geldmittel bereitzustellen, um dieses Gerät zu erwerben, um damit nicht nur die Bevölkerung, sondern auch wertvolle Kulturstätten zu schützen, denn wäre im Dom von St. Pölten auch nur der geringste Wasserschaden entstanden, dann wären für unsere Heimat unersetzbare Werte verlorengegangen.

Ich glaube daher, daß es schon eine Verantwortung für eine Stadt ist, dafür zu sorgen, daß sie ihren Feuerwehrmännern, die unter Einsatz ihres Lebens wirklich erstklassige Arbeit geleistet haben, auch die erforderlichen Geräte in die Hand gibt, die eine Stadt — noch dazu die größte Niederösterreichs — bereitzustellen hat, weil sie die Verpflichtung dazu besitzt.

Ich möchte mich aber auch mit einem anderen Problem unserer Feuerwehren beschäf-

tigen, und zwar mit dem großen Katastropheneinsatz, der zwischen 9 und 12 Mai in den Bezirken Hollabrunn und Horn von den niederösterreichischen Feuerwehren durchgeführt wurde. Auf Grund meiner Bitte bei der vorjährigen Landtagsdebatte, daß man doch endlich den niederösterreichischen Feuerwehrverband mit dem Katastrophenschutz des Landes beauftragen soll, ist dies nun tatsächlich Ende Dezember geschehen, und ich danke dafür herzlich. Der erste große Einsatz wurde nun zwischen 9 und 12 Mai geleistet, und die Bevölkerung war voll des Lobes über den großartigen und einmaligen Einsatz, den hier die Feuerwehren gemeinsam mit dem Roten Kreuz und unserer braven Gendarmerie geleistet haben. Ich habe mir unmittelbar nach der Katastrophe das Gebiet angesehen und konnte mich von der geleisteten Arbeit überzeugen. Es war möglich, diese ungeheure Hochwasserkatastrophe abzuwehren. Die niederösterreichischen Feuerwehren haben zu diesem Einsatz 5 665 Mann gestellt, die 88 106 Arbeitsstunden freiwillig tätig waren. 3 022 Betriebsstunden für die Pumpen wurden verzeichnet, und 10 Tanklöschfahrzeuge mußten durch 4 Tage die Wasserversorgung des bedrohten Gebietes sicherstellen. Gerade hier zeigte sich, daß die koitbaren Fahrzeuge, die zu den teuersten zählen, nicht nur zur Brandbekämpfung wichtig sind, sondern daß nur sie in derartigen Katastrophenfällen der Bevölkerung die so dringend benötigte Wasserversorgung gewährleisten können. Nun, diese Leistung der niederösterreichischen Feuerwehren und insbesondere der erste große Einsatz des F- und E-Zuges, der über Anforderung der Herren Bezirkshauptleute von Hollabrunn und Horn am 10. Mai erstmalig in Niederösterreich erfolgte, hat sich durch den Einsatz des Feuerwehrfunks großartig bewährt, da ja durch das Hochwasser die Telefonleitungen zum Großteil zerstört waren. Es wäre unmöglich, in einer Zeit, in der wir heute leben, einen so großen Einsatz mit den primitiven Mitteln des vorigen Jahrhunderts zu leisten. Dazu ist auch der Funk als modernstes Ausrüstungsmittel für den Katastropheneinsatz notwendig. Ich glaube daher, daß wir uns auf die niederösterreichischen Feuerwehren, insbesondere aber auf die beiden Männer, die bei diesen großen, verantwortungsvollen Einsätzen, aber auch bei der Führung unserer Feuerwehren immer hervorragend tätig sind, nämlich unserem Landeskommandant Heger und seinem engsten Mitarbeiter, Landesfeuerwehrerrat Kast aus Marchegg, dem übrigens der Herr Bundespräsident vor kurzem das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die

Republik  
prozeß  
lich, c  
band,  
Landes  
ter H  
bei se  
Hochw  
und f  
gen, u  
und D  
nisvol  
ten d  
Angel  
reichis

Ich  
wir in  
folg fi  
ren ve  
tionale  
'wie in  
nieder  
renvol  
Mühlh  
schen  
und d  
kleines  
Spitze  
willige  
der ga  
sitzt, g  
sein, u  
einer v  
menart  
niederö  
verstän  
ben, di  
gültige  
listen s  
deröste  
sie wer  
in der  
gerne i.

Wir  
antrage  
regieru  
weiter?  
lich, da  
für das  
dernste  
modern  
nen. de  
Ausrüs  
rade di  
und au  
den ko  
das ges

Ich n  
Landes  
hauptm

Katastro-  
 . Mai in  
 von den  
 durchge-  
 Bitte bei  
 daß man  
 en Feu-  
 enschutz  
 lies nun  
 en, und  
 e große  
 12. Mai  
 voll des  
 maligen  
 gemein-  
 rer bra-  
 ch habe  
 phe das  
 von der  
 ar mög-  
 astrophe  
 en Feu-  
 tz 5.665  
 den frei-  
 nden für  
 und 10  
 Tage die  
 bietes si-  
 daß die  
 teuersten  
 ung wich-  
 erartigen  
 g die so  
 ung ge-  
 tung der  
 und ins-  
 s F- und  
 r Herren  
 und Horn  
 reich er-  
 es Feuer-  
 ja durch  
 gen zum  
 nmöglich,  
 en, einen  
 n Mitteln  
 Dazu ist  
 rüstungs-  
 notwen-  
 s auf die  
 n, insbe-  
 r, die bei  
 len Ein-  
 - unserer  
 ätig sind,  
 nt Heger  
 andesfeu-  
 übrigens  
 rzem das  
 te um die

Republik Österreich verliehen hat, hundertprozentig verlassen können. Ich bin glücklich, daß die Zusammenarbeit zwischen Verband, Freiwilliger Feuerwehr und unserem Landesamt so gut ist, und daß unser verehrter Herr Landesrat Waltner immer wieder bei seinen Feuerwehren ist — wie dies die Hochwasserkatastrophe erneut gezeigt hat — und feststellt, welche Tätigkeit sie vollbringen, und daß insbesondere Hofrat Dr. Padiera und Dr. Neuwirth immer wieder in verständnisvoller Weise, auch über die Schwierigkeiten der amtlichen Behandlung freiwilliger Angelegenheiten hinweg, unseren niederösterreichischen Feuerwehrmännern helfen.

Ich darf Ihnen aber auch berichten, daß wir in diesem Jahr wieder einen großen Erfolg für die niederösterreichischen Feuerwehren verzeichnen können. Es hat der Internationale Europäische Feuerwehrverband, so wie im vergangenen Jahr, auch für 1963 den niederösterreichischen Feuerwehren den (ehrenvollen Auftrag erteilt, in Frankreich, in Mühlhausen, die 2. Internationalen europäischen Feuerwehrwettkämpfe zu organisieren und durchzuführen. Hohes Haus! Wenn ein kleines Land wie Niederösterreich an die Spitze Europas in der Organisation der freiwilligen Hilfe gestellt ist und das Ansehen der ganzen europäischen Feuerwehren besitzt, glaube ich, dürfen wir darauf stolz sein, und zwar deswegen, weil wir hier in einer wirklich einmaligen glücklichen Zusammenarbeit zwischen Feuerwehrverband und niederösterreichischer Landesregierung alle verständnisvolle Unterstützung gefunden haben, die uns zum Aufbau einer so muster-gültigen Organisation befähigt. 60.000 Idealisten sind es, die hier im Verband der niederösterreichischen Feuerwehr tätig sind, und sie werden, seien Sie davon überzeugt, auch in der Zukunft, so wie in der Vergangenheit, gerne ihre Pflicht erfüllen.

Wir bitten dann, wenn wir Wünsche heranzutragen, mit der Unterstützung der Landesregierung und des Hohen Landtages auch weiterhin rechnen zu dürfen. Ich bin glücklich, daß es noch heute im Nachtragsbudget für das Jahr 1962 gelungen ist, unserer modernsten Schule in Mitteleuropa auch das modernste Tanklöschfahrzeug geben zu können, denn hier bestand ein Fehler in der Ausrüstung unserer Schule in Tulln, daß gerade dieses Gerät noch nicht vorhanden war, und auch die Mittel nicht bereitgestellt werden konnten, es zu erwerben. Nun ist auch das geschehen und ich danke dafür.

Ich möchte von dieser Stelle aus Herrn Landesrat Waltner und den Herrn Landeshauptmann herzlich bitten, dafür zu sorgen,

daß bestehende Schwierigkeiten in der Bestellung des Direktors der Feuerweherschule in Tulln überwunden werden können. Ich weiß, daß es nicht leicht ist, einen Mann zu finden, der aus dem Berufsleben hervorgeht und eine große Feuerwehrenefahrung besitzt und nun mit dem Gehalt eines Beamten beginnen soll. Die Schule steht aber seit Jahren ohne Leitung da. Trotz ausgezeichneten Lehrkräfte, die tausende Männer jedes Jahr ausbilden, braucht die Schule einen tüchtigen Direktor, und dieser Direktor wurde nun, nach jahrelangen Bemühungen, endlich gefunden. Wir dürfen überzeugt sein, daß er die Voraussetzungen mitbringt, die für die Führung dieser Schule notwendig sind, und ich bitte die Landesregierung, daß dieser Mann womöglich raschest in den Dienst der niederösterreichischen Feuerweherschule gestellt und damit eine bestehende Lücke geschlossen wird, die uns in den letzten Jahren sehr viel Sorge bereitete.

Ich weiß, daß wir immer wieder die Unterstützung des Hohen Hauses bei Erfüllung unserer Wünsche und Bitten finden, und ich darf dem Hohen Hause als einer der Mitverantwortlichen der niederösterreichischen Feuerwehren und als niederösterreichischer Feuerwehrmann versichern, daß wir, so wie in der Vergangenheit, auch in aller Zukunft unsere Aufgaben und Pflichten im Dienste der Nächsten, vor allem aber im Dienste unserer schönen Heimat erfüllen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Worbe gelangt Herr Abg. Dienbauer.

ABG. DIENBAUER: Hoher Landtag! Die Gruppe 7 des Voranschlages gibt uns Gelegenheit, über die Fragen der Wirtschaft, sei es die gewerbliche Wirtschaft oder die Landwirtschaft, zu diskutieren. Agrarpolitik geht alle an. Es ist die Aufgabe der Landwirtschaft, die Ernährung des Volkes aus eigener Scholle sicherzustellen. Um diesem Wunsche nachkommen zu können, ist es selbstverständlich notwendig, verschiedene Maßnahmen und Aktionen in die Wege zu leiten, um so mehr, als von der Preisseite her kaum eine Aussicht auf Erfolg besteht. Wir müssen daher an die bewährten Aktionen und Maßnahmen, die bereits in den vergangenen Jahren gestartet wurden, anknüpfen. Ich darf hier, so wie jedes Jahr, darauf hinweisen, daß die Besitzfestigungsaktion eine wertvolle Maßnahme darstellt, um der Landflucht Einhalt zu gebieten und zu verhindern, daß die Streusiedlungsgebiete der Bergbauern entsiedelt werden. In diesem Zusammenhange ist es notwendig, in den Dörfern

und in den Streusiedlungen Wasserleitungen zu bauen. Leider will man diese Forderung in den Städten und Märkten nicht immer verstehen. Es ist selbstverständlich, daß man dort Wasserleitungen hat; daß aber auch in den Dörfern und Streusiedlungen der Wunsch nach solchen Wasserleitungen berechtigt ist, wird nicht überall bekannt. In diesem Zusammenhange hat Kollege Fahrnberger erwähnt, daß auch der land- und forstwirtschaftliche Wegebau ein besonderes Anliegen der bäuerlichen Bevölkerung darstellt.

Es ist heute nicht mehr möglich, ein Bauernhaus zu bewirtschaften, wenn keine Zufahrt zu diesem Bauernhof besteht, um einerseits Bedarfsartikel zu holen und andererseits Produkte absetzen zu können.

Der Restelektrifizierung ist ebenfalls besonderes Augenmerk zuzuwenden, obwohl hier betont werden muß, daß in den Jahren seit 1945 — man kann sagen, eigentlich erst seit dem Jahre 1948, nachdem es ja in den ersten Nachkriegsjahren gar keine Waren und keine elektrischen Artikel gab — Hervorragendes geleistet wurde. Es sind nur noch einzelne Inseln zu elektrifizieren. In den kommenden Jahren sollen auch diese Lücken geschlossen werden.

Auf eine umstrittene Frage müssen wir ganz besonders (hinweisen. Man möchte uns oft das Recht auf die landwirtschaftliche Wohnbauförderung absprechen. Diese Leute sollten nur einmal in manche Bauerndörfer hinausgehen, um dort unhygienische Lehmhütten und Gebäude mit alten und kleinen Fenstern zu besichtigen; von den sanitären Anlagen will ich gar nicht reden. Es ist daher begreiflich, daß wir uns Jahr für Jahr bemühen, die erforderlichen Mittel für Hilfsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Wir ergreifen hier — um zu helfen — alle erforderlichen Maßnahmen, von der Wohnbauförderung über die Besitzfestigung bis zur Grundaufstockung. Letztere ist von besonderer Bedeutung. Wir wollen Betrieben, die nicht lebensfähig sind, die Möglichkeit schaffen, Grund dazuzukaufen, damit lebensfähige Bauernbetriebe entstehen.

Ich möchte auch auf den Zuschuß zur Hagelversicherung hinweisen. Auf Grund des Hagelversicherungsförderungsgesetzes leistet der Bund Beiträge zur Ermäßigung der Prämien. Ich weiß, daß diese Art der Versicherung eine umstrittene Sache ist. Man kann darüber denken, wie man will, aber auf einen Umstand möchte ich doch hinweisen: Wir brauchen die Landesregierung nicht zu belästigen, wenn eine Elementarkatastrophe eintritt. Wir müssen dann nicht hingehen und sagen: So, jetzt hilft uns! Wir brauchen uns

nur an die Hagelversicherung wenden. Die Hagelversicherung hat in den letzten Jahren Millionenbeträge ausbezahlt.

Ich danke an dieser Stelle dem zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Waltner, für das Verständnis, das er bei all diesen Aktionen der Bauernschaft entgegengebracht hat. Unsere Aufgabe ist es, in diesem Hohen Hause immer wieder aufzuzeigen, daß die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden müssen, denn ohne Beistellung von Mitteln für solche Zwecke ist es dem Landesrat nicht möglich, diese Aktionen durchzuführen.

Besonderes Augenmerk möchte ich bei dieser Gelegenheit den Problemen der Bäuerin widmen. Die Bäuerin hat die längste Arbeitszeit, ich möchte sie geradezu als ein geplagtes Wesen bezeichnen. Sie steht schon zeitlich in der Früh auf. Ich möchte Sie bitten, sich einmal in die Situation einer einfachen Bergbäuerin hineinzudenken. Um 6 Uhr früh kommt der Milchführer gefahren. Um diese Zeit muß die Milch nicht nur gemolken, sondern auch schon gekühlt sein. Man muß sich daher vor Augen halten, zu welcher frühen Stunde die Bäuerin bereits aufstehen muß, damit zum angesetzten Zeitpunkt die Milch bereits bei der Sammelstelle ist. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist zu einem Zeitpunkt, wo sich andere noch lange, lange im warmen Bett umdrehen. Daher gebührt diesen Bäuerinnen unser besonderer Dank.

Aber nicht nur das. Stellen Sie sich einmal vor, wie es ist, wenn die Bäuerin krank wird! Wer wird die Kühe melken? Wer wird das Vieh füttern? Wer wird die Kinder betreuen? Wer wird für den Mann kochen, wenn er auf das Feld gehen muß?

Wir müssen nach einem Ausweg suchen, um die Bäuerin zu entlasten. Wir denken hier an die Einführung der Familienhelferinnen, die der Bäuerin in gesunden und auch in kranken Tagen eine Stütze sein können. Wir werden uns daher in der Zukunft mit dieser Materie ganz besonders zu beschäftigen und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten haben.

Wenn man die Frage des Milchpreises anschneidet — ich will sie hier nicht näher behandeln —, dann tut sich eine Mauer auf. Ich stelle neuerlich die Frage: Was machte man im Jahre 1945? Hatte man damals auch die Möglichkeit, billige Fette oder Margarine aus dem Ausland einzuführen? Es ist daher unsere Aufgabe, zu trachten, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um dem Landwirt, insbesondere den Bäuerinnen, jene Geräte zukommen zu lassen, die ihnen ihre harte Arbeit erleichtern.

Ich habe versprochen, Sie nicht mit Zah-

len zu k  
doch er  
Zeitung  
meldung  
aber au  
österrei  
ling jah  
reich ja  
illustrie  
gesichts  
Milchpr  
gar un,  
Mund zu

Letztl  
hinweis  
der Gru  
Ganzes.  
und der  
werblich  
her: „H  
ganze W  
stungsfä  
dann br  
kes in  
nicht b.

ZWEI  
Worte k

ABG.  
Damen  
haben e  
kehr hir  
beigeme  
Fremder  
dentliche  
vorgeseh  
Schilling  
heurer  
schreitun  
zu besch

Die im  
in erster  
richtung  
und Ku  
Fremder  
neuerlich  
Schilling

Im I  
grüßen  
wurden,  
holbedar  
zur Erfü  
nicht au  
vom Bu  
Hilfe lei  
hoffen, v  
sein wir  
gets für  
Mittel bi  
Meine

len zu belästigen. Aber zwei Ziffern muß ich doch erwähnen. Ich habe unlängst in einer Zeitung gelesen — 'ich weiß nicht, Zeitungsmeldungen können wahr sein, sie müssen aber auch nicht stimmen —, daß man in Österreich für Kosmetik 3 Milliarden Schilling jährlich ausgibt, und daß man in Österreich jährlich für 2½ Milliarden Schilling illustrierte Zeitungen kauft. Kann man angesichts dieser Beträge nicht auch über den Milchpreis reden? Ist es unbescheiden oder gar ungerechtfertigt, dieses Wort in den Mund zu nehmen?

Letztlich möchte ich noch auf folgendes hinweisen: Die Wirtschaft, über die wir in der Gruppe 7 sprechen, ist ein untrennbares Ganzes. Gerade die Bauernschaft ist der beste und der sicherste Abnehmer sämtlicher gewerblicher und industrieller Produkte. Daher: „Hat der Bauer Geld, dann hat es die ganze Welt!“ Schaffen wir daher eine leistungsfähige, eine starke Landwirtschaft, dann braucht uns um die Ernährung des Volkes in der Zukunft auch in trüben Tagen nicht bange sein. **(Beifall bei der OVP)**

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Worte kommt Herr Abgeordneter Sigmund.

ABG. SIGMUND: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Schon in der Gruppe 3 haben einige Redner auf den Fremdenverkehr hingewiesen und ihm große Bedeutung beigemessen. Im Budget 1963 sind für den Fremdenverkehr im ordentlichen, außerordentlichen und Eventualbudget 11,196.000 S vorgesehen, im Jahre 1962 waren es 9,846.000 Schilling. Erfreulicherweise wenden wir im heurigen Nachtragsbudget noch eine Überschreitung von 1,250.000 S für diesen Zweck zu beschließen haben.

Die im Budget vorgesehenen Mittel werden in erster Linie für die Fremdenverkehrseinrichtungen verwendet, aber auch für die Heil- und Kurorte und für den Zinsendienst der Fremdenverkehrskreditaktion, für den wir neuerlich einen Nachtrag von 30 Millionen Schilling zu beschließen haben.

Im Interesse des Fremdenverkehrs begrüßen wir es, daß diese Mittel bereitgestellt wurden, obwohl auf Grund des großen Nachholbedarfes in Niederösterreich die Mittel zur Erfüllung aller Aufgaben bei weitem nicht ausreichen, vor allem deshalb, weil die vom Bund seinerzeit so groß angekündigte Hilfe leider bis heute ausgeblieben ist. Wir hoffen, daß der Finanzreferent in der Lage sein wird, im Rahmen eines Nachtragsbudgets für den Fremdenverkehr noch weitere Mittel bereitzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Fremdenverkehrssaison 1962, in der eine erfreuliche Zunahme festzustellen war, geht nun ihrem Ende zu. Betrachtet man sich die Statistik, dann hat der österreichische Fremdenverkehr im heurigen Jahr folgende Ergebnisse gebracht: In den Monaten Jänner bis September war eine Nächtigungsziffer von 49,9 Millionen festzustellen, das bedeutet im Vergleich zum Jahre 1961 eine Steigerung um 14,1 Prozent. Im Ausländerfremdenverkehr wurden knapp 34 Millionen Nächtigungen gezählt, im Inländerfremdenverkehr 15,9 Millionen Nächtigungen. Damit liegt der Ausländerfremdenverkehr um 20,5 Prozent und der Inländerfremdenverkehr um 2,4 Prozent über dem Ergebnis des Vergleichszeitraumes 1961. Die Nächtigungen von Wienern in den österreichischen Bundesländern haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres 8,6 Millionen ausgemacht, das bedeutet eine Steigerung um 1,2 Prozent.

Dieses Ergebnis ist sehr erfreulich, und zwar nicht nur deshalb, weil es unsere Handelsbilanz verbessert. Wir werden heuer voraussichtlich mit Deviseneingängen von 9 Milliarden Schilling rechnen können. Dieses Ergebnis bedeutet in erster Linie auch für zehntausende Menschen Arbeit und Verdienst, und für die vielen Fremdenverkehrsgemeinden ist der Fremdenverkehr Lebensnotwendigkeit.

Wir wissen aber auch, daß auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs die internationale Konkurrenz sehr groß ist. Gerade aus diesem Grund müßten alle maßgebenden Stellen mithelfen, das Niveau der Fremdenverkehrsbetriebe zu heben, denn der Gast stellt heute addierte Ansprüche als früher. Daher müssen die Fremdenverkehrsbetriebe und die Fremdenverkehrsgemeinden mit unserem zuständigen Referat eng zusammenarbeiten. Nur so besteht Aussicht auf Erfolg. Wir wissen genau, daß wir im Wettbewerb mit dem Ausland nur dann bestehen können, wenn wir trotz Qualität vernünftige Preise halten. Es ist unbedingt notwendig, daß die Fremdenverkehrsbetriebe jene Preise, die im Prospekt aufscheinen, auch in der Saison genau einhalten; denn es gibt nichts Schlechteres, als von dem Fremden für eine Tagespension zum Beispiel 80 oder 90 S zu verlangen, während sie im Prospekt mit 60 oder 70 S angegeben ist. Gerade die Gastfreundschaft hat uns in der Vergangenheit stets ausgezeichnet, und ich glaube, dazu kann besonders die gastgewerbliche Berufsschule sehr viel beitragen.

Aus dem Tätigkeitsbericht des Landes-Fremdenverkehrsamtes Niederösterreich sehen wir, daß eine Fülle von Arbeit geleistet

wurde. Ich möchte auch dafür herzlich danken. Im Jahre 1962 sind mehr als 10,000.000 S für den Fremdenverkehr in Niederösterreich aufgewendet worden, für Prospekte und Plakate — also für die Werbung — wurden 1,5 Millionen Schilling ausgegeben.

Die Fremdenverkehrsstatistik Niederösterreichs weist vom Jänner bis Oktober folgende Zahlen aus: Im Jahre 1961 waren 4,551.638 Gesamtübernachtungen, im Jahre 1962 4,620.982. Das ist in der Gesamtübernachtung ein Plus von 69.344. Besonders interessant ist, daß im heurigen Jahr die Gesamtübernachtungen der Ausländer auch in Niederösterreich seine Steigerung erfahren haben. Waren es im Jahre 1961 433.883, so waren es im Jahre 1962 520.484. Das bedeutet ein Plus von 86.601.

Wenn man einen Vergleich zieht, so muß man feststellen, daß der Inländerfremdenverkehr in Niederösterreich etwas zurückgegangen ist. Dazu ist aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu bemerken, daß von den 1600 Gemeinden in Niederösterreich nur 370 Gemeinden bei der Berichterstattung erfaßt sind. Auch das verlängerte Wochenende — es betrifft besonders die Privatquartiere — wird nicht erfaßt. Ich glaube, vor vielen Jahren wurde in einem Ausschuß das Privatzimmervermietungsgesetz beschlossen, es wurde aber bis heute dem Hohen Landtag nicht vorgelegt.

Wir wissen auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der starke Ausflugsverkehr am Wochenende besonders für uns Niederösterreicher ins Gewicht fällt, da der Städter das größte Bedürfnis hat, wenigstens zum verlängerten Wochenende ein ruhiges Erholungs-dorf aufzusuchen. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier bietet sich für Niederösterreich eine große Chance. Diesen Gedanken möge besonders das Landes-Reisebüro aufgreifen. Es wäre zu empfehlen, detaillierte Informationsprospekte drucken zu lassen, die nicht nur auf lohnende Ausflugsziele hinweisen, sondern auch konkrete Angaben über die Verkehrsverbindungen enthalten. Die Prospekte könnten für Tagesfahrten, aber auch für zwei- und dreitägige Ausflugsfahrten durch Niederösterreich werben. Selbstverständlich müßte auf kulturelle und landschaftliche Sehenswürdigkeiten wie auch auf Unterbringungsmöglichkeiten besonders hingewiesen werden. Es geht mit einem Wort darum, den Wiener Ausflüglern gute Informationsbehelfe zur Verfügung zu stellen. Es ist klar, daß dann der Ausflugsverkehr nicht allein auf die Wiener beschränkt bleiben wird. Es unternehmen jetzt schon viele Ausländer,

die Wien besuchen, von hier aus Ausflüge nach Niederösterreich. Daher hat das niederösterreichische Landes-Reisebüro mit jenen Reisebüros in Wien guten Kontakt zu halten, die in größerem Ausmaß Ausländer nach Wien bringen und auch hier betreuen.

Wir alle wissen, meine Damen und Herren, daß Niederösterreich ein sehr schönes Reiseland ist und viele Möglichkeiten bietet. Daher begrüßen wir im Interesse des Fremdenverkehrs jede Aktion, die ihm dient. Jeder Straßenkilometer, der staubfrei gemacht wird, fördert den Fremdenverkehr in Niederösterreich. Der Ausbau der Straßen im Ötscher- und Hochkargebiet wäre dringend zu unterstützen; ich habe bereits im Finanzausschuß darauf hingewiesen.

Die Fremdenverkehrskreditaktion ist wirklich begrüßenswert. Wir haben bis jetzt 230,000.000 S zur Verfügung gestellt. Wie ich bereits erwähnt habe, liegt eine Vorlage hier, die eine Aufstockung um weitere 30,000.000 S vorsieht. Wir müssen in erster Linie die bestehenden Betriebsobjekte, die dem Fremdenverkehr dienen, den heutigen Verhältnissen anpassen und vor allem die sanitären Anlagen in Ordnung bringen. Auf diesem Gebiet müssen wir in Niederösterreich noch vieles nachholen und dafür auch Mittel bereitstellen.

Ein großer Erfolg sind auch die Kunstausstellungen in Niederösterreich. Es wurde bereits in Gruppe 3 ausführlich darüber gesprochen. Die Kunstausstellungen in Krems, Melk und Gutenstein hatten Rekordbesuche aufzuweisen und konnten dazu beitragen, daß viele Ausländer nach Niederösterreich gekommen sind und 'unser Heimatland kennengelernt' haben.

Die Erhaltung der Schallaburg wäre im Interesse des Fremdenverkehrs zu begrüßen, es müßten aber unter allen Umständen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Es hat keinen Wert, wenn wir immer nur sagen, welche Attraktion die Schallaburg darstellt, wenn wir aber außerstande sind, sie mit den Mitteln, die dem Fremdenverkehr und dem Kulturreferat zur Verfügung stehen, instandzusetzen und wiederaufzurichten. Es müßte ein Weg gesucht werden, auf dem sich alle maßgebenden Stellen wie Bund, Land und alle Interessierten finden, um über den Ausbau der Schallaburg zu beraten und auch die Mittel beizustellen.

Abschließend habe ich den Wunsch, daß auch in Zukunft das Kulturamt und das Fremdenverkehrsamt enge zusammenarbeiten. Sie leisten damit einen guten Beitrag für den niederösterreichischen Fremdenverkehr, dem wir noch sehr viel geben müssen.

Ich bit  
dieses  
es nich  
dern a  
keiten

ZWE  
Worte

ABG.  
Damen  
Man k  
und mi  
treten,  
und sei  
war die  
unser  
Müllner  
Licht ei  
und die  
und fo  
den F  
konnten  
dieer A  
hen, ste  
zu einei  
nicht b  
Österrei  
flaschl  
endlich  
len, wa  
Berg Eu  
relang r  
haben. V  
3,5 Mill  
73 Teiln  
was der  
hat. Es  
zung ur  
rat Wal  
rat Dr.  
halb sei  
dafür h  
die NE  
Wenn n  
1135 M  
6 Statie  
richtet  
NEWAC  
deshaup  
Dank a  
auch de  
von Wie  
dieses P  
sequent  
sehr ver  
lohnt, r  
und der  
wirtscha  
teile der  
wäre ak

Ausflüge  
s nieder-  
it jenen  
u halten,  
ler nach

und Her-  
schönes  
en bietet.  
es Frem-  
lient. Je-  
gemacht  
r Nieder-  
im Öt-  
ngend zu  
manzaus-

ist wirk-  
bis jetzt  
„Wie ich  
Vorlage  
weitere  
in erster  
ekte, die  
heutigen  
allem die  
ugen. Auf  
(hsterreich  
ich Mittel

Kunstauss-  
wurde be-  
rüber ge-  
n Krems,  
rdbesuche  
beitragen,  
österreich  
land ken-

wäre im  
begrüßen,  
änden zu-  
en. Es hat  
ur sagen,  
darstellt,  
ie mit dien  
und dem  
ehen, in-  
chten. Es  
f dem sich  
und, Land  
t über dien  
t und auch

insch, daß  
und das  
menarbei-  
en Beitrag  
emdenver-  
en müssen.

Ich bitte alle maßgebenden Stellen, gerade dieses wichtige Kapitel zu unterstützen, weil es nicht nur Devisen ins Land bringt, sondern auch vielen Menschen Arbeitsmöglichkeiten bietet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Worte kommt Herr Abg. Laferl.

ABG. LAFERL: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Landtages! Man kann wirklich (himmelhoch jauchzend und mit Freude beseelt an das Rednerpult treten, wenn ein großes Werk abgeschlossen und seiner Bestimmung übergeben wurde. So war dies am 9. November dieses Jahres, als unser Herr Landeshauptmannstellvertreter Müllner sowie Herr Landesrat Waltner die Lichtfeier auf der Hohen Wand eröffneten und die Anlage den dort ansässigen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie den Fremdenverkehrsbetrieben übergeben konnten. Jedes Jahr habe ich mich wegen dieser Arbeit zu Wort gemeldet; und Sie sehen, steter Tropfen höhlt den Stein. Es ist zu einem Abschluß gekommen. Ich will mich nicht böse ausdrücken und sagen, in Österreich ist es so, daß man dem das Tutenfläschl gibt, der am meisten schreit. Es ist endlich soweit, und Sie können sich vorstellen, was diese Menschen dort am schönsten Berg Europas, am Hausberg der Wiener, jahrelang mit den primitivsten Mitteln geleistet haben. Wenn wir bedenken, daß dieses Objekt 3,5 Millionen Schilling gekostet hat und nur 73 Teilnehmer sind, dann kann man ersehen, was der einzelne dort zu (bezahlen gehabt hat. Es wäre (natürlich ohne die Unterstützung unseres verdhrten Referenten, Landesrat Waltner und seines treuen Paladin, Hofrat Dr. Edhofer nicht möglich gewesen. Deshalb sei von dieser Stelle aus den Beteiligten dafür herzlichst gedankt. Natürlich hat auch die NEWAG darin kein Geschäft erblickt. Wenn man bedenkt, daß in einer Höhe von 1135 Metern bei nur 73 Abnehmerstellen 6 Stationen und 20 Kilometer Leitung errichtet werden mußten, dann muß man der NEWAG und ihrem Präsidenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Müllner, den Dank aussprechen. Der Dank gebührt aber auch dem nimmermüden Bezirkshauptmann von Wiener Neustadt, Hofrat Dr. Mohr, der dieses Projekt ebenfalls ununterbrochen konsequent im Auge gehabt hat. Sie sehen daher, sehr verehrte Damen und Herren, daß es sich lohnt, für ein schönes Gebiet zu arbeiten und der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft und im Fremdenverkehr alle Vorteile der modernen Zeit zu bieten. Das Bild wäre aber nicht abgerundet, wenn wir uns

nicht bei sämtlichen Firmen und Arbeitern bedanken würden. Es ist aber erfreulich — denn es ist nicht unter leichten Bedingungen dort gearbeitet worden —, daß bei diesen Arbeiten kein einziger größerer Unfall passiert ist. Meinen innigsten Dank noch an alle, und hoffen wir, daß dies ein Meilenstein auf dem Weg unseres schönen Heimatlandes Niederösterreich in eine gute Zukunft sein wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Worte (gelangt Herr Abg. Schöberl.

ABG. SCHÖBERL: Hohes Haus! Ich bin dem Herrn Abg. Sigmund äußerst dankbar, daß er über den Fremdenverkehr so eingehend referiert hat. Wir sind ja schließlich beide Bürgermeister von Fremdenverkehrsgemeinden. Nur mit dem einen Unterschied, daß der Herr Abg. Sigmund Bürgermeister einer Fremdenverkehrsgemeinde ist, die auch schöne Einnahmen hat, und ich Bürgermeister einer Fremdenverkehrsgemeinde bin, die nur über ganz kleine Einnahmen verfügt. In einer solchen Fremdenverkehrsgemeinde ist es daher nicht leicht, alles im schnellsten Wege einzurichten, um allen Anforderungen und Ansprüchen des Fremdenverkehrs gerecht zu werden. Was sind die vordringlichsten Aufgaben einer Fremdenverkehrsgemeinde? Ich glaube, in erster Linie eine besondere Freundlichkeit der gesamten Bevölkerung den Fremden gegenüber. Eine gewisse Gastfreundschaft, die schon im Angesicht der Bevölkerung zu finden ist. Zweitens die entsprechende Sauberkeit und Reinlichkeit in den Quartieren und im ganzen Ort und das Vorhandensein entsprechender sanitärer Anlagen. Begegnet dem Gast in einem solchen Ort keine Freundlichkeit, keine Sauberkeit, keine Ruhemöglichkeit, dann wird er es dort nicht lange aushalten. Die Schaffung von bequemen Spazierwegen ist natürlich notwendig, so daß der Fremde, der Urlauber, seine Freizeit wirklich ausnützen kann. Ruheplätze müssen unter allen Umständen vorhanden sein. Auch die Schaffung von Bade- und Sportanlagen ist vielfach notwendig; das ist für eine Gemeinde, die über keine besonderen Mittel und Einrichtungen verfügt, ein Problem. Wir wissen doch nur zu gut, daß die Beträge, die zur Anschaffung dieser Anlagen erforderlich sind, ziemlich hoch sind, und daß kaum Aussicht auf Amortisation und Rentabilität besteht. Außerdem müssen wir auch vorhandene Sehenswürdigkeiten, historische Kulturstätten, Ausblicksmöglichkeiten und besondere Naturschönheiten ins rechte Licht stellen.

Es soll auch für fähige Personen, die zu



Führungen geeignet sind, gesorgt werden, um den Besuchern diese Sehenswürdigkeiten zu erklären und ihnen die Zeit etwas angenehmer zu gestalten.

Wir wissen, daß die Fremdenverkehrsbetriebe in letzter Zeit sehr viel aufgeholt haben. Wir wissen aber auch, daß die Vornahme von Investitionen für diese Fremdenverkehrsbetriebe nicht leicht ist. Diese Investitionen verschlingen große Summen und bedeuten für jeden einzelnen Unternehmer auch ein gewisses Risiko, weil er vielfach nicht weiß, wie, wo und wann diese Beträge wieder herkommen.

Auf alle Fälle hat er dafür Sorge zu tragen, daß der Gast, der ihn besucht, auch entsprechend zufriedengestellt wird. Es ist uns bekannt, daß der Gast von heute ziemlich anspruchsvoll geworden ist. Man begnügt sich heute nicht mehr, wie ehemals, mit einer Waschschüssel und mit einem Handtuch; Fließwasser, Warmwasser und alle möglichen anderen Bequemlichkeiten werden heute schon vom fremden Gast selbstverständlich verlangt.

Daher ist es von Haus aus notwendig, daß Gemeinden und Unternehmer zusammenwirken, um den Anforderungen des Fremdenverkehrs gerecht zu werden. Die Belastungen, die beide Teile übernehmen müssen, sind ziemlich groß. Wann dann eine solche Gemeinde über keine nennenswerten Einnahmen verfügt, weil in dem Ort keine Industriebetriebe vorhanden sind, dann ist es die große und schwere Sorge einer solchen Fremdenverkehrsgemeinde, wie sie es anstellen soll, um letzten Endes ihrem Ruf als Fremdenverkehrsgemeinde gerecht zu werden.

Bekanntlich hat früher unser Mittelstand vor allem aus Wien unser Land besucht. Heute ist es anders geworden, denn alles ist motorisiert. Der Wiener fährt heute oft in andere Bundesländer, manchmal sogar ins Ausland, und wir sehen daher in unseren Orten größtenteils ausländische Besucher. Zum Großteil kommen sie aus dem Westen. Früher waren ihnen unsere Gebiete unbekannt, und erst durch den Bau der Wachauer Bundesstraße wurde es ihnen möglich, etwas tiefer in unser Heimatland einzudringen.

Daher finden wir heute in unseren Gebieten ganz andere Gäste als früher, allerdings — das muß ich betonen — sehr dankbare Gäste. Wir freuen uns immer wieder, wenn wir sehen, wie sich die Besucherzahl unserer Gäste aus dem Westen von Jahr zu Jahr vergrößert. Wie gesagt, es sind dankbare Gäste. Sie haben es aber mit ihren Finanzen auch etwas leichter als wir, sie können

etwas tiefer in die Tasche greifen. Diese Ausländer sind für uns gute Devisenbringer. Wir haben heute aus dem Munde des Kollegen Sigmund gehört, wie groß diese Deviseneingänge sind. Daraus ergibt sich für uns die Verpflichtung, alles daranzusetzen und alles zu unterstützen, was der Förderung des Fremdenverkehrs dient. Schließlich und endlich sind wir, ob wir es wollen oder nicht, in unserem Lande und in unserem ganzen Bundesstaat auf den Fremdenverkehr angewiesen. Wir können unserem Herrgott nur danken, daß wir Kinder eines Staates und eines Landes sind, das so mit Naturschönheiten, mit Kulturstätten und mit Zeugen einer großen Geschichte gesegnet ist, daß sich der Ausländer an diesen Schätzen wirklich begeistern kann.

Ich danke von dieser Stelle aus dem für den Fremdenverkehr zuständigen Referat, und zwar schon dem Vorgänger des derzeitigen Referenten, dem verstorbenen Landeshauptmann Ing. Kargl, daß er sich so sehr um die Einrichtung einer Vermittlungsstelle bemüht hat. Ganz besonders danke ich auch dem derzeitigen Referenten, Herrn Landesrat Hirsch, für seine Hilfsbereitschaft, die er stets an den Tag legt, wenn Fremdenverkehrsgemeinden oder -betriebe an ihn mit einer Bitte herantreten. Ich möchte ihn bitten, uns auch in Zukunft sein Wohlwollen entgegenzubringen. **(Beifall bei der ÖVP.)**

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Als nächster Redner kommt Herr Abg. Scherz zum Wort.

ABG. SCHERZ: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich will mich mit der Ansatzpost 7311/610 in der Gruppe 7 näher befassen. Ich will Ihnen keineswegs alle Ziffern, die unter dieser Ansatzpost vorkommen, hier detailliert schildern, ich möchte nur auf die Bedeutung dieser Ansatzpunkte in der Zukunft aufmerksam machen.

Die Ansatzpost 7311/610 sieht in allen drei Voranschlägen für das Jahr 1963 zusammen rund 10 Millionen Schilling an Förderungsmitteln für Meliorationen vor. Es handelt sich dabei vordringlich um Ent- und Bewässerungen landwirtschaftlich zu nutzender Flächen. Die bisher für diesen Zweck aufgewandten Mittel haben zweifellos gute Früchte getragen. Sie reichen halbwegs aus, um die von einzelnen Landwirten oder Genossenschaften durchgeführten Meliorationen zu unterstützen.

Auf Grund einer fachlich immer mehr fundierten Ausbildung nimmt das Interesse an Meliorationen, die in weitestem Sinne einmalige Maßnahmen darstellen, die die Be-

triebs-  
bessern  
weise  
zwingt  
tionsbe  
zu sani

Wenn  
90 Jahi  
vorwie  
es sich  
die noc  
geführt  
bereits  
und be  
lagen i  
geschaf  
erfreuli  
Kulturt  
zehnte

Wie  
maßnah  
allein 1  
wurden  
fen, wo  
entwäss  
lagen ko

Es isl  
dieser  
Möglich  
reichen,  
suchen  
aufnahme  
gedenn

Die I  
Anlager  
denen  
durch I  
Interess  
ling auf

Diese  
senten  
turgeme  
chen Fä  
lastet;  
ken git  
wirtscha  
man in  
eingerei  
turfläch  
man nic  
ser Spa  
her zug  
Nieder6  
Bundesl  
produkt  
nügend  
samtpro

Gestat  
noch au  
wirtscha

n. Diese  
ibringer.  
s Kolle-  
se Devi-  
für uns  
zen und  
rung des  
und end-  
nicht, in  
en Bun-  
angewie-  
nur dan-  
und ei-  
schönhei-  
gen einer  
sich der  
lich be-

dem für  
Referat,  
s derzei-  
Landes-  
so sehr  
ingsstelle  
ich auch  
Landes-  
ft, die er  
ndenver-  
ihn mit  
ihn bit-  
ohlwollen  
er ÖVP.)

AK: Als  
g. Scherz

sehr ver-  
mich mit  
Gruppe 7  
eineswegs  
zpost vor-  
lich möch-  
Ansatz-  
n machen.  
in allen  
63 zusam-  
an Förde-  
r. Es han-  
t- und Be-  
nutzender  
eck aufge-  
ute Fruch-  
s aus, um  
Genossen-  
tionen zu

mehr fun-  
teresse an  
Sinne ein-  
ie die Be-

triebs- und Bodenverhältnisse nachhaltig verbessern, unter Iden Landwirten erfreulicherweise zu. Die wirtschaftliche Entwicklung zwingt letzten Endes auch dazu, meliorationsbedürftige Bodenflächen entsprechend zu sanieren.

Wenn vor 1945 in einem Zeitraum von 90 Jahren 45.000 Hektar in Niederösterreich vorwiegend entwässert wurden, so handelt es sich dabei zumeist um einfache Anlagen, die noch zu 90 Prozent von Hand aus (durchgeführt wurden. Seit 1945 hingegen wurden bereits 50.000 Hektar melioriert, also entwässert und bewässert, wobei vornehmlich Großanlagen mit überwiegendem Maschineneinsatz geschaffen wurden. Es ist dies zweifellos eine erfreuliche Bilanz, und trotzdem wird die Kulturtechnik in Niederösterreich noch Jahrzehnte zu tun haben.

Wie groß das Interesse an Meliorationsmaßnahmen ist, beweist der Umstand, daß allein 1962 über 1900 Eingaben eingebracht wurden, die Ent- und Bewässerungen betreffen, wozu noch 3500 Ansuchen für Klein-entwässerungsanlagen vornehmlich in Streulagen kommen.

Es ist verständlich, daß zur Durchführung dieser Vorhaben sowohl die technischen Möglichkeiten als auch die Mittel nicht ausreichen, um im kommenden Jahr alle Ansuchen und Eingaben erheben und Projektaufnahmen durchführen zu können, geschweige denn, fertige Projekte zu erstellen.

Die Baukosten der 1962 fertiggestellten Anlagen betrugen 43 Millionen Schilling, von denen durch Bundesbeiträge 6 Millionen, durch Landesbeiträge 10 Millionen, aber an Interessentenbeiträgen 27 Millionen Schilling aufgebracht wurden.

Diese beachtliche Summe, die die Interessenten selbst aufgebracht haben, haben naturgemäß die Betriebe auf Jahre, in manchen Fällen sogar auf Jahrzehnte hinaus belastet; ein Umstand, der sicherlich zu denken gibt und der Entschuldung der Landwirtschaft nicht gerade förderlich ist. Zieht man in Betracht, daß immer mehr Ansuchen eingereicht werden, andererseits aber neue Kulturlächen nutzbar gemacht werden, so kann man nicht genug darauf hinweisen, daß dieser Sparte künftig mehr Augenmerk als bisher zugewendet werden muß. Wir haben in Niederösterreich gegenüber den westlichen Bundesländern mit ihnen beträchtlichen unproduktiven Flächen Iden Vorteil, noch genügend Nutzgelände zu haben, das der Gesamtproduktion zugeführt werden kann.

Gestatten Sie mir, bei dieser Gelegenheit noch auf einen bestimmten Zweig der Landwirtschaft, der heute in vielen Gegenden

auch schon meliorationsbedürftig ist, hinzuweisen, nämlich auf den Weinbau. Manche Menschen finden es vielleicht unpopulär, über den Weinbau zu sprechen, denn der Wein als Endprodukt wird nicht immer als Nahrungsmittel, (sondern vielfach als Genußmittel bezeichnet. Es leben aber immerhin 65.000 Menschen, die die 26.000 Hektar Weinbaulich genutzte Fläche in Niederösterreich bearbeiten, vom Erntag des Weinbaues. Wenn ich auf die Steuer zu sprechen komme, möchte ich betonen, daß ich nichts gegen die anderen Zweige der Landwirtschaft vorbringen will. Es muß jedoch gesagt werden, daß der Weinbau mit dem Vierfachen der in der übrigen Landwirtschaft angewendeten Steuersätze belastet wird und somit nach meiner Meinung einer Förderung würdig ist. Die letzten Jahre haben infolge der Trockenheit empfindliche Einbußen an Quantität und Qualität gebracht. Eine Melioration, in Iden extremen Trockengebieten durch Beregnungsanlagen, wie sie in Iden Weinbaugebieten in Jugoslawien und in der Steiermark anzutreffen sind, stellt daher eine Notwendigkeit dar. Es ist klar, daß einzelne Weinbautreibende von sich aus kaum in der Lage sind, solche Anlagen anzuschaffen. Da dem Weinbau bis heute aus öffentlichen Mitteln keinerlei Beträge zugeflossen sind, appelliere ich an das Hohe Haus, künftig für zu errichtende Beregnungsanlagen in Qualitätsgebieten, die extreme Trockenlagen aufweisen, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Gestatten Sie mir, zum Voranschlagsansatz 7319-68 eine Bemerkung zu machen. Im Landesgesetzblatt vom 18. 1. 1923, LGBI. Nr. 33, wird im § 2 festgehalten: „Die Landesregierung stellt der Landes-Landwirtschaftskammer die zur Durchführung der im Punkt 1, Punkt 2 bis 7 angeführten Aufgaben gewidmeten Beträge zur Verfügung. Die Landes-Landwirtschaftskammer hat zu diesem Zweck bis längstens 31. 1. jedes Jahres der Landesregierung einen Voranschlag und einen Verwendungsplan vorzulegen. Die Landes-Landwirtschaftskammer hat alljährlich der Landesregierung bis längstens 30. Juni über die im Vorjahr überwiesenen Beträge Rechnung zu legen. Die Landesregierung hat den Rechnungsabschluß zu überprüfen und dem Landtag zur Genehmigung vorzulegen.“ Dies ist aber seit dem Jahre 1951 bis heute nicht geschehen.

Ich erlaube mir daher, an das Hohe Haus einen Resolutionsantrag zu stellen. Er lautet (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bestimmungen des § 2 des Gesetzes vom 18. Jänner 1923, LGBI. Nr. 33/1923, über die

Förderung der Landeskultur in Niederösterreich 'einzuhalten und unverzüglich dem Landtag die Rechnungsabschlüsse über die der Landes-Landwirtschaftskammer zur Förderung der Landeskultur gegebenen Beträge für die Jahre 1959, 1960 und 1961 zur Genehmigung vorzulegen."

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Resolutionsantrag zuzustimmen. (Beifall links.)

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort kommt Herr Abg. Popp.

ABG. POPP: Hohes Haus! Der gewerblichen Wirtschaft und dem Fremdenverkehr kann am besten mit zinsenbegünstigten Krediten geholfen werden. Das Land Niederösterreich kommt auch der kapitalarmen Wirtschaft weitgehend entgegen. Schon im Jahre 1947 wurde die Wirtschaftsförderungskreditaktion geschaffen. Im Rahmen dieser Kreditaktion können für Investitionen Kredite bis zu einer Höhe von 30.000 Schilling auf 5 Jahre mit einer 3 $\frac{3}{4}$ prozentigen Verzinsung in Anspruch genommen werden. Die Mittel werden vom Land und der Handelskammer bereitgestellt. Seit mehreren Jahren läuft auch die gemeinsame Kreditaktion des Handelsministeriums, des Landes Niederösterreich und der Handelskammer. Aus dieser Aktion werden für Investitionen und zur Beschaffung von Waren Kredite bis zu 20.000 Schilling mit 3% Prozent Zinsen und einer Laufzeit von 5 Jahren zur Verfügung gestellt. Weiter haben wir eine Kreditaktion zur Förderung des Fremdenverkehrs. Dieser Kreditaktion kann nicht genug Aufmerksamkeit zugewendet werden, zumal doch gerade der Fremdenverkehr ein großer Devisenbringer ist. Die Fremdenverkehrsbetriebe in Niederösterreich blieben in bezug auf Modernisierung durch Jahre weit hinter den westlichen Bundesländern zurück. Seit Bestehen dieser Aktion wurde es in vielen Fremdenverkehrsbetrieben möglich, das Versäumte nachzuholen. Die Kredite aus dieser Aktion werden bei einer Laufzeit von 10 Jahren mit 2,5 Prozent verzinst. Die erforderlichen Mittel werden vom Lande Niederösterreich und der Handelskammer bereitgestellt. Durch die Zinsenzuschußaktion für unterentwickelte Gebiete zur Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen wird ein fünfprozentiger Zinsenzuschuß auf längstens 6 Jahre gewährt. Bei dieser Aktion kann nur ein ganz geringer Prozentsatz der Gesuchsteller befriedigt werden, weil die für diese Aktion zur Verfügung stehenden Mittel viel zu gering sind, um die vorliegenden Ansuchen auch nur annähernd zu berücksichtigen.

Im Frühjahr (dieses Jahres hat der Landtag die Übernahme der Landeshaftung für öffentliche Kredite beschlossen, um auch armen Gemeinden die Möglichkeit zu geben, Betriebsneugründungen in irgendeiner Weise zu unterstützen, sei es durch Ermäßigung der Aufschließungsgebühren oder sonstige Maßnahmen. Der Landtag hat am 14. Mai dieses Jahres auch den Betriebsinvestitionsfonds beschlossen. Heuer wurden vom Land erstmalig 10 Millionen Schilling bereitgestellt. Die Laufzeit beträgt bei 2 $\frac{1}{2}$ prozentiger Verzinsung 10 Jahre. Mit großer Freude haben wir zur Kenntnis genommen, daß eine Million Schilling der für 1963 präliminierten Mittel noch im Jahre 1962 zur Verfügung gestellt wurden. Die Arbeiter-Zeitung hat am 8. Dezember geschrieben: „Bis 1963 Betriebsinvestitionsfonds gekürzt." Diese Mitteilung trifft jedoch nicht zu, da der Betriebsinvestitionsfonds nicht gekürzt, sondern lediglich die für das Jahr 1963 vorgesehene Million schon heuer freigegeben wurde. Wenn wir schon von Industrialisierung und Investition sprechen, dann wollen wir auch an einigen Beispielen aus der Praxis aufzeigen, warum die Industrialisierung gerade im oberen Waldviertel so langsam vonstatten geht,

Die Praktiker kennen ja die großen Schwierigkeiten. Es ist beispielsweise eine Tatsache, daß gerade das oberste Waldviertel als letztes Gebiet an die Automatisierung der Telefonverbindungen angeschlossen wird. Gestern hat auch unser Herr Landeshauptmann von einer besonders schikanösen Einrichtung gesprochen, von der Fernverkehrssteuer. Gestatten Sie mir, dazu ein kleines Beispiel zu bringen: Wenn z. B. ein Frottierweber oder ein anderer kleiner Erzeuger vom Waldviertel seine Erzeugnisse mit nach Wien nehmen will, weil er gerade hier zu tun hat, und dieses Erzeugnis sagen wir nicht mehr als ein Kilo wiegt, braucht er ebenfalls für dieses kleine Päckchen eine 35-S-Stempelmarke. Es ist vielen unbekannt, welche Härten hier auftreten. Oft glaubt der Verbraucher, dieser Zuschlag ist ein Gewinn des Händlers, in Wirklichkeit muß er aber auch auf so kleine Päckchen die 35-S-Stempelmarke kleben, weil er sonst bei Kontrollen des Finanzamtes bestraft wird; es wurde im oberen Waldviertel, deswegen schon so manche Strafe verhängt. Ich möchte zu bedenken geben, daß es viel leichter sein würde, in das obere Waldviertel Betriebe zu bringen, wenn diese Härten verschwinden. (Beifall bei der ÖVP.)

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Worte gelangt Herr Abg. Weiss.

ABG.  
men und  
Debatte  
sonders  
um den  
unter d  
Österre  
pannoni  
Brucker  
Burgenl  
Gebiet  
trotz de  
einer m  
keit. W  
schnitts  
schlag. 1  
schlagsv  
regelmäl  
ser Rich  
gen dies  
noch an.  
daß jetz  
7000 Wa  
stecken  
ten. Die  
existenz  
im Hohe  
sagen. W  
die lang  
richtig g  
sende M  
Tatsächli  
strophal.  
biet kau  
waren  
also fak  
waren  
wieder  
rechtzeit  
im Zusam  
zeigten  
daß sich  
schäftigt  
zu rück  
Herr Ab  
hier im  
Durchfü  
die Mar  
darf Ihn  
teilung r  
ken aufl  
kommen  
nerelles  
rung bau  
schafts  
der hier  
sich scho  
schäftigt  
Marchfel  
end auf

er Land-  
tung für  
auch ar-  
u geben,  
er Weise  
näßigung  
sonstige  
14. Mai  
stitutions-  
om Land  
bereitge-  
1/2prozen-  
ßer Freu-  
men, daß  
3 prälimi-  
zur Ver-  
eiter-Zei-  
ben: „Bis  
irzt.“ Die-  
u, da der  
ürzt, son-  
63 vorge-  
reigegeben  
ustrialisie-  
nn wollen  
s der Pra-  
ialisierung  
o langsam

en Schwie-  
e Tatsache,  
el als letz-  
g der Tele-  
nd. Gestern  
tmann von  
ichtung ge-  
steuer. Ge-  
Beispiel zu  
weber oder  
n Waldvier-  
ien nehmen  
at, und die-  
ehr als ein  
für dieses  
elmarke. Es  
en hier auf-  
chen, dieser  
Händlers, in  
uf so kleine  
-ke kleben,  
Finanzantes  
n Waldvier-  
Strafe ver-  
geben, idäß  
das obere  
, wenn diese  
ei der ÖVP).

DRAK: Zum

ABG. WEISS: Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren! Ich möchte mich in der zur Debatte stehenden Gruppe einer Sparte besonders annehmen, und zwar handelt es sich um den Bodenschutz. Das Marchfeld, bekannt unter dem schönen Namen „Kornkammer Österreichs“, darüber hinaus aber der gesamte pannonische Raum nach Süden über das Brucker Gebiet hinunter bis ins südliche Burgenland, nach Norden hinauf das Gebiet bis Hohenau oder Laa, leiden trotz der sprichwörtlichen Fruchtbarkeit an einer nicht ausreichenden Niederschlagstätigkeit. Wir haben im zehnjährigen Durchschnittsmittel etwa 450 bis 500 mm Niederschlag. Dazu kommt noch, daß die Niederschlagsverteilung sehr schlecht und sehr unregelmäßig ist. Das heurige Jahr war in dieser Richtung sehr extrem; die Auswirkungen dieses Extremes dauern leider bis heute noch an. Darauf ist auch zurückzuführen, daß jetzt vor Weihnachten noch mehr als 7000 Waggon Rüben im gefrorenen Boden stecken und nicht eingebracht werden konnten. Dieser Zustand ist so furchtbar und so existenzbedrohend, daß es notwendig ist, hier im Hohen Hause einiges gerade darüber zu sagen. Während sich tausende Menschen über die langanhaltende Schönwetterperiode aufrecht gefreut haben, haben ebenso viele tausende Menschen um ihre Existenz gebangt. Tatsächlich waren die Auswirkungen katastrophal. In 124 Tagen sind in diesem Gebiet kaum Niederschläge gefallen, und zwar waren es einmal 3 und einmal 7 mm, also faktisch nichts. Im anderen Extrem waren es in 30 Tagen 180 mm, die es wieder unmöglich machten, die Rübenenernte rechtzeitig zu bergen. Warum sage ich das im Zusammenhang mit dem von mir aufgezeigten Bodenschutz? Es war naheliegend, daß sich die Menschen schon lange damit beschäftigt haben, dieser Entwicklung zu Leibe zu rücken. Einer meiner Vorgänger, der Herr Abg. Theuringer, hat im Jahre 1948 hier im Hohen Hause einen Antrag zur Durchführung eines generellen Projektes für die Marchfeldbewässerung eingebracht. Ich darf Ihnen heute hier die erfreuliche Mitteilung machen, daß wir, auf diesem Gedanken aufbauend, um einen Schritt weitergekommen sind. Es liegt heute ein solches generelles Projekt für die Marchfeldbewässerung baureif in der Tischlade des Landwirtschaftsministeriums. Wir wissen, daß z. B. der hier anwesende Hofrat Dipl.-Ing. Jung sich schon sehr lange mit dem Gedanken beschäftigt hat, ein solches Projekt für die Marchfeldbewässerung zu erstellen. Aufbauend auf diesem Gedanken hat nunmehr der

Zivilingenieur Kopf ein solches Projekt erstellt, das zur Grundlage die Wasserentnahme bei Langenzersdorf aus der Donau vorsieht, das in einem sogenannten Marchfeld-Kanal diesem trockenen Gebiet zugeführt werden soll. Auf der Höhe von Deutsch-Wagram ist ein Pumpwerk vorgesehen, mit dessen Hilfe man dieses Wasser auf die Gänserndorfer Höhe pumpen will, damit auch dieses Gebiet mit dem köstlichen Naß versorgt werden kann. Es ist sicherlich noch nicht soweit, und es wird noch einiges Wasser die Donau hinunterfließen, bis dieses Projekt auch verwirklicht werden kann. Die Projektkosten, die vom Bund, Land und den zuständigen Bezirksbauernkammern zu tragen waren, wurden (aufgebracht). Sie betrugen ungefähr 360.000 S und sind zur Gänze bezahlt. Es liegt nunmehr an der Bauernschaft, sich jetzt in einen noch größeren Verband zusammenzuschließen, um die Wasserversorgung sicherzustellen. Ich darf annehmen, daß gerade das heurige Jahr dafür sehr günstig war, weil die Bauernschaft in diesem Gebiet neuerlich bestätigt erhielt, wie notwendig es sein wird, daß man dieser Frage wirklich nähertritt und die erforderlichen Kosten nicht scheut, um die Existenz der Bauern dieses Gebietes einigermaßen sicherzustellen. Nunmehr hängt aber die Bewässerungsfrage innig mit den von mir genannten Bodenschutzmaßnahmen zusammen. Wir wissen, daß die Sünden wider die Natur sich hier nur allzu rasch (gerächt haben). Man hat gemeint, man müßte jeden Strauch und jeden Baum aus diesem Gebiet entfernen, damit man möglichst bequem und ungehindert der landwirtschaftlichen Produktion nachgehen kann. Schon sehr früh hat es Menschen gegeben, die die Gefahren dieser Situation erkannt haben.

Ich habe durch einen glücklichen Zufall einmal in einer Antiquitätenbuchhandlung ein kleines Büchlein entdeckt, das sich betitelt: „Das Marchfeld“. Geschrieben wurde dieses Buch genau vor 100 Jahren, nämlich im Jahre 1864, von einem geistlichen Herrn, der damals die Gutsherrschaft von Obersiebenbrunn geleitet hat. Wir wissen, daß die geistlichen Herren damals auch Betriebsführer von Gütern gewesen sind. In diesem Buch steht wörtlich geschrieben: „Die Zukunft und die Entwicklung des Marchfeldes“. Man könnte das Buch aufschlagen und sagen: Es ist für die heutige Zeit geschrieben. Denn bereits damals hat dieser geistliche Herr davon gesprochen, daß die Fruchtbarkeit des Marchfeldes nur dann erhalten werden wird, wenn die Übung nicht fortgesetzt wird, daß man bemüht ist, jeden Strauch und jeden Baum

zu entfernen Man werde einmal beides tun müssen: nämlich entwässern und bewässern Die Gegensätze sind eben in diesem Gebiet sehr groß und liegen nahe nebeneinander.

Dieser Gedanke bat sich fortgesponnen, und es ist vom Lande aus in dieser Richtung sehr viel unternommen worden Das Land hat sich in besonderem Maße bemüht, die sogenannten Wohlfahrtsaufforstungen durchzuführen Ich darf, bezogen auf meine eigene Heimatgemeinde, darauf hinweisen, daß wir mehr als 100 Hektar solcher Wohlfahrtsaufforstungen durchgeführt haben und daß die Gemeinde selbst, die in der glücklichen Situation ist, Boden zu besitzen, im Austausch mit den Grundbesitzern weniger wertvollen Boden zur Aufforstung herangezogen und dafür guten Boden wieder den Bauern zur Verfügung gestellt hat

Aber alle diese Maßnahmen haben die Situation nicht zu meistern vermocht. Es ist der glückliche Gedanke des Bodenschutzes geboren worden. Herr Dr. Mažek-Fialla, der Vater dieses Gedankens, hat nicht nur die Idee geboren, er hat zu ihrer Verwirklichung auch die notwendigen Voraussetzungen auf technischem Gebiet geschaffen. Es wäre ja unmöglich, solche Windschutzaufforstungen von Hand aus zu pflanzen Er hat von sich aus die notwendigen technischen Voraussetzungen geschaffen und den Bodenschutz ins Leben gerufen. Wer Zeit und Muße hat, soll heute schon ins Marchfeld hinausgehen und sich davon überzeugen, wie segensreich sich diese Maßnahmen auszuwirken beginnen

Zwischen Bewässerung und Bodenschutz besteht ein inniger Zusammenhang Wir Praktiker aus der Landwirtschaft wissen, daß die Pflege des Wasserhaushaltes eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Ernte ist. Das beginnt mit der Bearbeitung des Bodens im Frühjahr und endet irgendwann im Herbst bei der Herbstackerung Immer sind wir bemüht, möglichst schonend mit unserem Wasserhaushalt umzugehen

Es darf nicht so weitergehen, daß hunderte und aberhunderte künstliche Beregnungsanlagen aus dem Boden schließen, die aus dem Grundwasser jene Mengen an Wasser entnehmen, die sie zur Bewässerung brauchen. Das dürfte nicht gemacht werden Es muß die Wasserzuführung von Oberflächenwasser tatsächlich gesteuert werden, damit man diesem Übel auf der anderen Seite einen Riegel vorschieben kann

Damit steht aber schon wieder ganz eng der Bodenschutz in Zusammenhang, denn jede Bodenschutzanlage hilft ja, das vorhandene Wasser zu erhalten Die Wasserver-

dunstung an einer Oberfläche, wo kein Fang und kein Schlag vorhanden ist, wird auf diese Weise eingengt. Es gibt Beweise dafür, es gibt Hekatomben Beweise dafür, daß der Bodenschutz imstande ist, alle Ausgaben, die auf diesem Gebiet getätigt werden müssen, innerhalb kürzester Zeit zu amortisieren.

Wir freuen uns darüber, daß der Gedanke des Bodenschutzes lebt, daß bereits drei solcher Bodenschutzstationen existent sind und daß sie tatsächlich schon sehr schön arbeiten. Sie sind jetzt dabei, sich selbst ihr eigenes Pflanzenmaterial in den dazu geschaffenen Baumschulen heranzuziehen. Wenn wir bedenken, daß zum Beispiel in einem Jahr rund eine Million Pflanzen gebraucht werden, dann können wir uns vorstellen, daß hier der Bodenschutz eine sehr große und schöne Aufgabe vor sich hat. Unsere Baumschulen wären gar nicht imstande, dieses Pflanzenmaterial selbst zu erzeugen. Dem Herrn Dr. Mažek ist es bereits gelungen, 600.000 der erforderlichen Pflanzen in seinen eigenen Schulen anzubauen, also zwei Drittel des Bedarfes zu decken. Diese Pflanzen stellen einen Wert dar, der ungefähr 800.000 S entspricht, also eine sehr namhafte Summe.

Wir sehen, daß der Ausbau dieser Stationen in einer gewissen Größenordnung eine ökonomische Voraussetzung dafür ist, daß der Bodenschutz nicht in der Entwicklung steckenbleibt, sondern daß er immer weiter fortschreitet.

Da das Landesgut Reuhof verkauft werden soll, haben wir daran gedacht, dort unsere vierte Bodenschutzstation zu errichten. Wir wissen, daß dort die Bodenproduktivität nicht sehr groß ist und daß gerade dort der Bodenschutz am allernotwendigsten ist. Wenn wir daher in diesem Raum die vierte Bodenschutzstation errichten, sind wir unserem Ziel, das ganze Gebiet in den Bodenschutz einzubeziehen, einen Schritt näher.

Es ist für uns daher sehr betrüblich, daß wir uns jährlich um 500.000, 600.000, 700.000 oder 800.000 S raufen und streiten müssen, die erforderlich wären, um den Bodenschutz dort hinzubringen, wo wir ihn unbedingt brauchen. Wir wissen, daß die Beträge, die für diesen Zweck aufgewendet werden, ein gut angelegtes Kapital sind. Der Bodenschutz ist nicht nur vom volkswirtschaftlichen, sondern auch vom agrarischen Standpunkt aus von großer Bedeutung, er beeinflußt aber auch in entscheidender Weise die Volksgesundheit in diesen Gebieten.

Es ist nicht gleichgültig, ob der Wind über dieses Gebiet hinwegbrausen kann wie es ihm paßt. Wir wissen zum Beispiel aus der

Kranken,  
schen es  
es vielleicht  
ein Opfer  
habe ein  
mir, weil  
dauernd  
wissen, c  
deren in  
von früh  
Felde zu  
schutzlos  
am Rand

Ich m  
in welch  
in unser  
veränder  
einmal k  
Gedanke  
Menschen  
lich. Ich  
gefaßt, a  
Person k  
che Bede  
zerstreue  
daß er s  
in dem C  
mal gese  
voll zum  
schutz zu  
ist, wie  
genden v  
derzeitig  
viel Verg

Ich ha  
ich schor  
sie noch  
es ernstl  
fragen, i  
richtig is  
laut. We  
dann lai  
ich möch  
gut und  
denn de  
auf ein  
weil wi  
zungen  
und alle  
men. Ich  
die in A  
einem U  
Land ü  
anderen  
rigkeit  
Ich glau  
mehr zu  
Davon s  
zeugt, d  
Tätigkei

ein Fang  
auf die-  
se dafür,  
daß der  
aben, die  
müssen,  
rtisieren.  
Gedanke  
'drei sol-  
sind und  
arbeiten.  
r eigenes  
chaffenen  
nn wir  
nem Jahr  
icht wer-  
llen, daß  
roße und  
re Baum-  
le, dieses  
gen. Dem  
gelungen,  
n in sei-  
also zwei  
se Pflan-  
ungefähr  
namhafte

er Statio-  
nung eine  
ist, daß  
ntwicklung  
ier weiter

ft werden  
ort unsere  
hten. Wir  
duktivität  
e dort der  
i ist. Wenn  
rte Boden-  
cerem Ziel,  
utz einzu-

üblich, daß  
00, 700.000  
en müssen,  
en Boden-  
ihn unbe-  
ie Beträge,  
et werden,  
Der Boden-  
wirtschaftli-  
hen Stand-  
; er beein-  
r Weise die  
n.

Wind über  
nn wie es  
iel aus der

Krankenstatistik, wieviel ohrenleidende Men-  
schen es in diesem Gebiet gibt. Sie werden  
es vielleicht nicht glauben, aber auch ich bin  
ein Opfer der geschilderten Verhältnisse und  
habe eine schwere Mittelohroperation hinter  
mir, weil wir ja seinerzeit von früh bis abends  
dauernd dem Wind ausgesetzt waren. Sie  
wissen, daß es in der früheren Zeit im beson-  
deren in der Landwirtschaft notwendig war,  
von früh morgens bis spät abends auf dem  
Felde zu arbeiten, man war jeder Witterung  
schutzlos ausgesetzt. Aber das wollte ich nur  
am Rande anführen.

Ich möchte gar nicht 'darüber sprechen,  
in welcher Weise sich das Landschaftsbild  
in unserem Gebiet durch den Bodenschutz  
verändern würde. Herr Dr. Mažek hat sich  
einmal bei mir darüber beklagt, daß seine  
Gedanken nicht sofort in die Herzen aller  
Menschen eindringen. Er war sehr unglück-  
lich. Ich mußte ihn trösten. Er hat es so auf-  
gefaßt, als ob eine Aversion gegen seine  
Person bestünde. Ich halbe diese und ähnli-  
che Bedenken, die er vorgebracht hat, zu  
zerstreuen versucht und habe ihm versichert,  
daß er sich allen Schwierigkeiten zum Trotz  
in dem Gebiet draußen 'schon heute ein Denk-  
mal gesetzt hat. Seine Idee wird ja 'erst dann  
voll zum Tragen kommen, wenn der Boden-  
schutz zur Gänze in der Weise verwirklicht  
ist, wie wir es 'heute schon in manchen Ge-  
genden vor uns sehen. Wir 'betrachten die  
derzeitige Entwicklung mit viel Freude und  
viel Vergnügen.

Ich habe eine Überlegung angestellt, die  
ich schon seit Jahren mit mir trage. Ich habe  
sie noch nie ausgesprochen. Heute möchte ich  
es ernstlich tun. Ich möchte das Hohe Haus  
fragen, ob der von mir vertretene Gedanke  
richtig ist oder nicht. Ich denke jetzt nur  
laut. Wenn Sie ihn nicht für richtig halten,  
dann lasse ich auch mit mir darüber reden.  
Ich möchte die Frage aufwerfen, ob es nicht  
gut und notwendig wäre, den Bodenschutz  
denn doch auf eine gesetzliche Grundlage,  
auf ein gesetzliches Fundament zu stellen,  
weil wir damit die notwendigen Vorausset-  
zungen für seine Verwirklichung schaffen  
und alle Schwierigkeiten aus dem Wege räu-  
men. Ich meine damit keineswegs, daß wir  
die in Aussicht genommenen Maßnahmen in  
einem Umfang durchführen sollen, der das  
Land überfordert, das sicherlich auf vielen  
anderen Gebieten genug Soilgen und Schwie-  
rigkeiten und einen großen Geldbedarf hat.  
Ich glaube aber, daß wir diese Frage nicht  
mehr zum Ruhen kommen lassen dürfen.  
Davon sind wir als Praktiker zutiefst über-  
zeugt, die wir auf eine 40jährige praktische  
Tätigkeit in der Landwirtschaft zurückblik-

ken können, und die wir mit so viel Liebe  
und mit so viel Herz auch an unserer Heimat  
hängen, der wir natürlich auch alles das  
wünschen wollen, 'was uns und unseren Kin-  
dern in der Zukunft gut tut. (Beifall bei der  
ÖVP.)

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum  
Wort kommt Herr Abg. Maurer.

ABG. MAURER: Hohes Haus! Es wurde  
heute in Gruppe 7 wiederholt auf die Not-  
wendigkeit der Ent- und Bewässerungen un-  
serer 'landwirtschaftlichen Kulturflächen hin-  
gewiesen. Im Vordergrund dürfte wohl die  
Entwässerung stehen. Es wurden diesbezüg-  
lich seitens des Herrn Abg. Scherz bereits  
detaillierte Aufzeichnungen 'gegeben. Er hat  
auch 'angeführt, wie viele Entwässerungsan-  
suchen bei den Landesämtern ihrer Behand-  
lung harren. Trotzdem dürfen wir uns nicht  
versagen, die Leistungen aufzuzeigen, die auf  
diesem Gebiet bisher geschaffen werden  
konnten.

Wenn wir feststellen, daß im Jahre 1962  
104 Großanlagen und 214 Kleinanlagen — un-  
ter Kleinanlagen versteht man Anlagen, die  
unter 5 Hektar Meliorationsfläche liegen —  
durchgeführt bzw. fachtechnisch überprüft  
werden konnten, so glaube ich, ist dies 'schon  
eine erkleckliche Anzahl, die dazu beitragen  
kann, einen Schritt vorwärts zu kommen.  
Die Aufnahmen erstrecken sich auf 110 Ge-  
meinden, die aufgenommene Meliorations-  
fläche betrug 3080 Hektar. Die Länge der  
aufgenommenen Grabenstrecken, die notwen-  
digen Erfordernisse, um überhaupt eine Ent-  
wässerung durchführen zu können, betru-  
gen 62.500 m, die teils in Betonrohren, teils  
in Betongraben und teils in offenen, norma-  
len Gräben liegen.

Vom Landesamt B/4 wurden im Jahre  
1962 302 Projekte für Ent- und Bewässerung  
und Regulierungen ausgearbeitet, wovon  
wieder 221 auf Kleinanlagen unter 5 Hektar  
entfallen. Die Meliorationsfläche dieser Pro-  
jekte im Ausmaß von 3362 Hektar, die Gra-  
benstrecken und Rohrkanäle in der Länge  
von rund 69.100 m und die veranschlagten  
Baukosten von rund 62,5 Millionen Schilling  
geben uns ein Bild von dem Arbeitsumfang,  
den dieses Landesamt zu bewerkstelligen  
hat. Die Baustellen liegen in 119 Katastral-  
gemeinden, ein großer Teil dieser Projekte  
befindet sich bereits in Baudurchführung.  
Die Arbeiten im Jahre 1962 wurden nach  
Ende der Frostperiode auf 115 Baustellen  
begonnen. Insgesamt wurde an 109 Großan-  
lagen, auf 272 Baustellen bei Kleinanlagen,  
zusammen also auf 381 Baustellen, gearbeitet.

Auf dem Gebiete des Meliorationswesens  
wurden im gleichen Zeitraum 220 Baustellen

beaufsichtigt und bautechnisch weiter beraten.

Der Umfang der Arbeitsleistung im Jahre 1962 erbrachte folgendes Ergebnis:

Die gesamte Meliorationsfläche betrug 3385 Hektar; davon entfallen auf entwässerte Flächen durch Drainagierungen, offene Gräben, Instandsetzungen und hochwassergeschützte Flächen 2208 Hektar und auf bewässerte Flächen durch künstliche Beregnung und Berieselung 1097 Hektar.

Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten war aber auch eine Reihe anderer Maßnahmen notwendig, so die Unterführung dieser Kanäle unter Straßen, die Errichtung von Feldwegen, Brücken usw., was zusätzliche Arbeit und zusätzliche Mittel erforderte. Eine Erhöhung der Mittel konnte sich dadurch ergeben, daß für diesen Zweck auch Gelder des Grunen Planes und auch AIK-Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten. Schwierigkeiten haben sich aber insofern ergeben, als sich leider die Lohn- und Maternalpreise bedenklich erhöht haben und infolge der Hochkonjunktur das Rohrmaterial und verschiedenes anderes Material nicht zeitgerecht herbeigeschafft werden konnte. Hiedurch wurden diese Arbeiten doch etwas beeinträchtigt.

Wir mußten auch in Zukunft ein besonderes Augenmerk der Bewässerung zuwenden. Mein Vorredner, Herr Abg. Weiss, hat auf die Bewässerung des Marchfeldes hingewiesen. Ich glaube, es sollte diese Bewässerung nicht auf ein Gebiet beschränkt bleiben. Es ist sehr erfreulich, wenn wir heute feststellen können, daß im Marchfeld, im Einzugsgebiet der Leipnitz-Lundenburger Zuckerfabrik, bereits 25 Prozent der Zuckerruben bewässert werden, wodurch Ertragssteigerungen herbeigeführt werden, zumal ja in unseren Gebieten, dort, wo diese Bewässerungsanlagen stehen, der Grundwasserspiegel sehr hoch ist und sich dadurch die Möglichkeit ergibt, ohne Schädigung des Wasserhaushaltes auch Bewässerungen durchzuführen.

Darf ich nun einen Blick auf einen anderen Landesteil werfen. Ich denke hier — abgesehen von dem großen, unterirdischen See, der sich bei Moosbrunn befindet — an das sandige Gebiet von Wiener Neustadt, das vor allem für Bewässerungsanlagen prädestiniert war. Wo besteht die Möglichkeit, in diesem Gebiet auch nur Kleinanlagen von Bewässerungen durchzuführen? Für meinen Betrieb wollte ich eine dieser Bewässerungsanlagen anschaffen, mußte aber aufgeben, weil kein Wasser vorhanden war. Auch im Gebiet von Bruck Leitha, in jenem Gebiet,

das sich sicherlich bewässern ließe, ist kein Grundwasser vorhanden, es sei denn in Tiefen von 40, 60, 80 oder 100 m.

Und nun auch ein Wort zur Wasserentnahme aus den öffentlichen Gerinnen und Werkskanälen. In den letzten Jahren haben wir kennenlernen müssen, welchen Schwierigkeiten die Landwirtschaft gegenübersteht, wenn die Absicht bestand, auch nur einen Tropfen Wasser daraus zu entnehmen. Selbst wenn die Möglichkeit einer Bewässerung gegeben wäre, bestünden aus wasserrechtlichen Gründen Schwierigkeiten. Es wäre eine dankbare Aufgabe, dafür zu sorgen, auch auf diesem Gebiet eine erleichternde Regelung zu treffen. Ich kenne einige Projekte, die nicht zur Durchführung gelangen können, weil es wasserrechtlich einfach nicht möglich ist, aus den Bächen Wasser zu entnehmen. Vielleicht ist dieses Verbot gerechtfertigt, weil seine Industrie daran hängt, weil Turbinen betrieben werden müssen usw. Vielleicht gäbe es aber auch hier einen gangbaren Weg.

Es wäre dringend notwendig, 'besonders in Trockengebieten eine Bewässerung herbeizuführen, auch wenn sie kostspielig ist. Letzten Endes stehen wir vor einem Vereinten Europa, vor einer europäischen Integration; dieser Entwicklung sehen wir teils besorgt entgegen, und die Landwirtschaft wird heute oder morgen heftigster Konkurrenz gegenüberstehen. Daher muß dementsprechend Vorsorge getroffen werden.

Sollten vielleicht jene, die in 'diesen Gebieten wohnen, ihre Betriebe nur deshalb aufgeben müssen, weil die notwendigen Vorkehrungen nicht getroffen wurden?

Dazu noch eine Feststellung. Wenn hier vom Herrn Abg. Weiss, meinem Vorredner, festgestellt wurde, daß der Bauer von frühmorgens bis spätabends den Unbilden der Witterung ausgesetzt ist, dann gilt dasselbe auch von jenen braven Ingenieuren und Beamten des Landesamtes B/3 und B/4, die in der freien Natur die Erhebungen (machen und denselben Witteungseinflüssen ausgesetzt sind, und die trotzdem brav und redlich ihre Arbeiten verrichten.

Im Zusammenhang mit 'diesen Maßnahmen ergibt sich immer wieder der Ruf nach Zusammenlegung der Grundstücke, nach einer Kommassierung, damit die Riemenparzellen verschwinden. Wir wissen sehr genau, daß wir bei solchen Zusammenlegungen manchesmal heftiger Kritik ausgesetzt sind, denn viele der Beteiligten glauben, sie werden bei solchen Zusammenlegungen benachteiligt. In der Regel ist es aber 'so, daß nach einigen Jahren der Beteiligte doch einsieht, daß der Enderfolg nicht versagt bleibt.

So konn  
1962 36 V  
6872 Pari  
den. 16 V  
Fläche --  
visorische:  
wissen, da  
viele Ver  
gen, die  
sind. Ich v  
solchen Ü  
zuhören, v  
ten muß. I  
bis 1962 w  
Zeitraum  
61.127 ha  
geführt wa  
Bilanz, di  
kommt in  
biet um F  
te; dabei  
Fläche, die  
wird, ein A  
faßt. Aller  
bewässerte  
eine komm

Wie Her  
der frühe  
8000 Wag  
Das sind r  
mens. Ab  
sehen nich  
ihren eige  
genen Ver  
wiegt. Es  
Verarbeitu  
pagne durc  
rube noch  
Macht, die  
Ich kein  
kalkulierer  
Höheren al  
vordringlic  
für zu so  
setzungen  
den; dies a  
dern auch

Von ein:  
bauaktion  
bäuerliche  
nicht ailei  
auch die  
lungen in  
sehen wir  
die Landes  
Landwirtso  
reich betre  
Jahren ha  
gleich gebi  
Bäuerin. U



ist kein  
in Tie-

usserent-  
en und  
n haben  
Schwie-  
bersteht,  
ur einen  
n. Selbst  
rung ge-  
chtlichen  
ne dank-  
auf die-  
elung zu  
die nicht  
weil es  
ist, aus  
Vielleicht  
eil eine  
n betrie-  
gäbe es

esonders  
ng her-  
ielig ist.  
1 Verein-  
Integra-  
teils be-  
aft wird  
nkurrenz  
nentspre-

esen. Ge-  
deshalb  
igen Vor-

kenn hier  
orredner,  
von früh-  
ilden der  
, dasselbe  
und Be-  
B/4, die  
n machen  
en ausge-  
und red-

Maßnah-  
Ruf nach  
, nach ei-  
iemenpar-  
ehr genau,  
ngen man-  
sind, denn  
werden bei  
iteiligt. In  
ch einigen  
t, daß der

So konnten auf diesem Gebiet im Jahre 1962 36 Verfahren mit 18.197 ha — mit 0872 Parteien — technisch bearbeitet werden. 16 Verfahren mit 7437 ha einbezogener Fläche — 2585 Parteien — konnten zur provisorischen Übergabe gebracht werden. Wir wissen, daß sich hinter diesen Ziffern viele, viele Verhandlungen der Beamten verbergen, die dabei stärkster Kritik ausgesetzt sind. Ich würde jedem empfehlen, bei einer solchen Übergabe dabei zu sein, um mitanzuhören, welchen Angriffen man standhalten muß. Die Gesamtleistung vom Jahre 1946 bis 1962 war folgende: Es konnten in diesem Zeitraum 139 Zusammenlegungsgebiete mit 61.127 ha Fläche und 19.576 Parteien durchgeführt werden. Es ist dies sicher eine stolze Bilanz, die aufgezeigt werden kann. Mir kommt in Erinnerung, daß ich heuer das Gebiet um Florenz in Italien besichtigen konnte; dabei fällt mir ein, daß die (dortige) Fläche, die durch ein Grabensystem bewässert wird, ein Ausmaß von ca. 60.000 Hektar umfaßt. Allerdings handelt es sich dort um ein bewässertes Areal und in unserem Falle um eine kommassierte Fläche.

Wie Herr Abg. Weiss richtig sagte, hat der frühe Wintereinbruch bewirkt, daß noch 8000 Waggon Zuckerrüben im Boden sind. Das sind rund 5 Prozent des Gesamtaufkommens. Aber, Hohes Haus, die Betroffenen sehen nicht die 5 Prozent, sondern sie sehen ihren eigenen Betrieb, sie sehen ihren eigenen Verlust, der für den einzelnen schwer wiegt. Es wurde Vorsorge getroffen, daß die Verarbeitung auch nach Abschluß der Kampagne durchgeführt wird, sofern die Zuckerrübe noch zu verwerten ist. Es gibt eine Macht, die größer ist als wir; hier gibt es einfach kein Planen. Man kann noch so schön kalkulieren, das Resultat hängt von einem Höheren ab. Ich glaube, daß es trotzdem eine vordringliche Aufgabe ist, zumindestens dafür zu sorgen, daß alle technischen Voraussetzungen für die Zukunft geschaffen werden; dies aber nicht nur auf dem Felde, sondern auch im bäuerlichen Haushalt.

Von einem Redner wurde bereits die Wohnbauaktion des Landes Niederösterreich für bäuerliche Betriebe erwähnt. Wenn man nun nicht allein die Wohnverhältnisse, sondern auch die notwendigen betrieblichen Umstellungen in den Bauernhöfen betrachtet, dann sehen wir gewaltige Aufgaben, die vor allem die Landes-Landwirtschaftskammer und unser Landwirtschaftsreferat im Lande Niederösterreich betreffen. Denken Sie zurück: vor zwei Jahren habe ich an dieser Stelle einen Vergleich gebracht über die Arbeitstätigkeit der Bäuerin. Und zwar im Hinblick auf die Ver-

sorgung des bäuerlichen Haushaltes mit Wasser. Ich habe damals erklärt, daß statistisch nachgewiesen werden kann, daß eine Bäuerin, wenn der Hof über keine Wasserleitung verfügt, jährlich mit zwei Eimern voll Wasser einen Weg zurücklegt, der dem Umfang Österreichs entspricht, nur um die Wasserversorgung eines mittelbäuerlichen Haushaltes zu bewältigen. Da muß eine Umstellung erfolgen. Es geschieht auf diesem Gebiete sicher schon manches, und es werden dafür auch Mittel aus dem ALK zur Verfügung gestellt. Vieles bleibt aber noch zu tun.

Darf ich vielleicht abschließend zu einer Feststellung des Herrn Abg. Jirovetz Stellung nehmen. Er hat (erklärt, daß der verstorbene Abg. Tatzber die Idee gehabt habe, die bestehende Heereswasserleitung — er hat sie zitiert, ich kann mir nähere Erklärungen ersparen — anzuzapfen, um das Gebiet weiter mit Wasser zu versorgen. Darf ich dazu ein persönliches Erlebnis erwähnen. Ich habe diese Wasserleitung nicht gekannt, nur als ich im Jahre 1945 von der Gefangenschaft heimkehrte und durch dieses Gebiet fuhr, habe ich mich gewundert, wieso denn in diesem Gebiet unterirdische Quellen vorhanden seien, bis man mich aufklärte, daß dies jene Wasserleitung sei, die der Herr Abg. Jirovetz zitiert hat. Es steht fest, daß diese Wasserleitung nicht vollkommen einwandfrei verlegt wurde und größte Gebrechen aufwies. Außerdem handelt es sich um eine Zuleitung der Gemeinde Wien. Ich habe mich wiederholt mit Abg. Tatzber über diese Wasserleitung unterhalten; er war nicht so optimistisch, wie Herr Abg. Jirovetz das hingestellt hat. Ich darf betonen, daß, wenn die Verhandlungen in dieser Richtung weitergeführt worden wären, Reisenberg wahrscheinlich heute noch keine Wasserleitung hätte. Ich darf aber auch darauf hinweisen, daß es keineswegs so ist, wie Abg. Jirovetz die Verhältnisse dargestellt hat, daß nämlich für die beiden Brunnenstuben, die geschaffen wurden, zuviel Geld ausgegeben worden wäre. Abg. Jirovetz müßte wissen, daß aus diesen Brunnen heraus die Ringwasserleitung errichtet werden soll, an die sieben Gemeinden, unter anderem auch die Gemeinde Enzersdorf, in der Landtagsabgeordneter Binder Bürgermeister ist, angeschlossen werden sollen. Es ist dies also auf weite Sicht sicherlich nicht eine Ausgabe einer Gemeinde allein, sondern sie dient für eine künftig zu errichtende Ringwasserleitung.

Ich darf feststellen: Wir haben in jeder Gemeinde freigewählte Gemeinderäte. Es kann daher nicht Aufgabe des Hohen Land-

tages sein, sich darüber zu unterhalten, ob nun pro Schwein 20 S, pro Kuh 50 S oder vielleicht pro Haushalt soundsoviel als Wasserzins eingehoben werden soll. Dafür ist — das wollte ich hier nur kurz erwähnen — der Gemeinderat zuständig. Und dieser hat sich den gesetzlichen Bestimmungen zu unterwerfen. Wir wollen es der Kontrolle überlassen, festzustellen, ob Ausgaben gerechtfertigt oder ungerechtfertigt waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe versucht, einen Überblick über ein Kapitel der Gruppe 7 zu geben und die vollbrachten Leistungen aufzuzeigen. Ich bin ein Optimist und glaube, daß dieses Gebiet — gerade dieses Gebiet — besonderes Augenmerk verdient. Ich hoffe, daß wir auch in Zukunft die Möglichkeit haben, noch weitere Leistungen aufzuzeigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Worte kommt der Abg. Präsident Fuchs.

ABG. FUCHS: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Hohen Hause wurde der Voranschlag für 1963 vorgelegt. Die Erfüllung dieses Voranschlages wird aber nur dann möglich sein, wenn sich die wirtschaftliche Situation unseres Bundeslandes und ganz Österreichs nicht verschlechtert. Nun haben wir aus der bisherigen Diskussion über den Voranschlag gehört, daß es noch sehr viele ungelöste Probleme in Niederösterreich gibt, deren Erfüllung zusätzliche Mittel erfordern wird.

Ich möchte mich zunächst mit der Lage Niederösterreichs, wie ich sie derzeit sehe, beschäftigen. Immer wieder — auch der Herr Finanzreferent und ebenso der Herr Landeshauptmann Figl haben dies bei der Einleitung der Budgetverhandlungen im Finanzausschuß getan — müssen wir mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß Niederösterreich auch heute noch nicht den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung Gesamtösterreichs gefunden hat.

Wir müssen an die Bundesregierung die dringende Forderung richten, endlich ihr Wort, das sie in der schwersten Zeit Österreichs, aber besonders in der schwersten Zeit Niederösterreichs gegeben hat, auch zu erfüllen.

Wenn Sie die Arbeitslosenrate vom Mai oder Juni dieses Jahres betrachten und der Arbeitslosenrate des gesamten Bundesgebietes gegenüberstellen, dann werden Sie finden, daß die Arbeitslosenrate in Niederösterreich auch in den Sommermonaten wesentlich höher als in Gesamtösterreich gewesen ist. Noch deutlicher kommt dies zum Ausdruck, wenn wir der Arbeitslosenrate Nieder-

Österreichs vom Jänner 1962 die des Bundes gegenüberstellen. Hier zeigt sich besonders deutlich die Anfälligkeit der niederösterreichischen Wirtschaft. Es wirft sich die Frage auf: Können wir als Landtag, können wir als Niederösterreicher dieser Erscheinung entgegenwirken? Ich glaube, ja! Bis zu einem gewissen Grade muß es möglich sein, zu verhindern, daß gerade in Niederösterreich in den Wintermonaten eine so große Arbeitslosigkeit herrscht. Es muß deshalb möglich sein, weil wir Vergleiche mit den anderen Bundesländern anstellen können. Die Planung der Bauvorhaben des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der anderen öffentlichen Körperschaften muß koordiniert werden.

Wir haben heute wieder gehört, daß sich auch die Bundeswirtschaftskammer, besonders der Sektor Bauwesen, mit dieser Frage beschäftigt und eine Entschließung gefaßt hat, in der verlangt wird, daß die Bauvorhaben — zum Beispiel Hochbauten — schon zeitig im Frühjahr, sobald man mit dem Bau beginnen kann, einsetzen, daß man den Rohbau fertigstellt und die Innenarbeiten den Winter hindurch weiterführt. Das muß auch in Niederösterreich möglich sein und wird sicherlich dazu beitragen, die saisonbedingte Arbeitslosigkeit in Niederösterreich einigermaßen zu verringern.

Wir haben die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß wir in Niederösterreich auch einen Höchststand an Arbeitern haben. Auf einzelnen Gebieten haben wir sogar einen Mangel an Arbeitskräften. Trotzdem ist eine starke Abwanderung festzustellen.

Was ist denn die Ursache, daß Arbeitskräfte aus Niederösterreich in andere Bundesländer abwandern, zum Teil in das Ausland? Liegt die Ursache nicht vielleicht gerade darin, daß sich die Beschäftigung in Niederösterreich oftmals nur auf wenige Monate beschränkt? Die Arbeitskräfte werden dann freigestellt, sie sind arbeitslos, sie müssen sich dann irgendeine andere Arbeit suchen. Diese Arbeitskräfte überlegen sich dann, ob es für sie nicht besser ist, sich in anderen Bundesländern einen Arbeitsplatz zu suchen, auf dem sie das ganze Jahr hindurch Beschäftigung finden.

In diesem Zusammenhang möchte ich neuerlich auf die Tatsache hinweisen, daß die industrielle Entwicklung in Niederösterreich wesentlich hinter der Entwicklung der Industrie in Gesamtösterreich zurückbleibt. Wenn man das Jahr 1963 als Basis nimmt, dann beträgt die Beschäftigung in der Industrie 226; das heißt, auf 100 Beschäftigte

des Jahres  
österreich  
der österre  
des Jahres  
Sie, da  
offen ist  
dahin zu  
biete —  
gel um  
rung an  
erfolgt.

Aber  
sondern  
Jahre 1  
daß Ni  
In der  
schäftig  
100 Bes  
in Nied  
auch he  
über Wa

Es wi  
Landwi  
ses Kap  
ten. Ges  
be, daß  
ernsthaft  
tigt, übt  
des La  
kann. B  
fährt zur  
ren Häl  
legen D  
dieser J  
die Ben  
schaftssta  
zur Sch  
Es wird  
druck zu  
wirtschaft  
dige Ver  
wirtschaft  
zahl bet  
51.500 i  
das sind  
tenstand  
Prozent,  
13 Proze  
Beschäft  
der Bes  
chen Ark  
9,2 Proz  
Die Lan  
wenigen  
welche z  
selten. D  
nützt un  
Frage be  
nen, um  
und wen

des Jahres **1936** kommen heute im gesamt-österreichischen Durchschnitt **226**. In Niederösterreich kommen auf **100** Beschäftigte des Jahres **1936** heute **183**. Hieraus ersehen Sie, daß die Schere noch sehr, sehr weit offen ist. Es muß daher unsere Aufgabe sein, dahin zu wirken, daß auch auf diesem Gebiete — und hier handelt es sich ja in der Regel um Dauerarbeitsplätze — eine Annäherung an die Entwicklung in Gesamtösterreich erfolgt.

Aber nicht nur der Vergleich mit **1936**, sondern auch der Vergleich mit dem Jahre **1953** zeigt uns noch immer deutlich, daß Niederösterreich im Hintertreffen liegt. In der Gesamtentwicklung beträgt der Beschäftigtenstand in Österreich gegenüber 100 Beschäftigten im Jahre **1953** heute **129**, in Niederösterreich nur **120**. Wir haben also auch heute noch eine Benachteiligung gegenüber Westösterreich zu verzeichnen.

Es wurde mit Recht sehr viel über die Landwirtschaft gesprochen. Ich möchte dieses Kapitel von einer anderen Seite beleuchten. Gestatten Sie eine Feststellung. Ich glaube, daß niemand in diesem Hause, der sich ernsthaft mit Wirtschaftsproblemen beschäftigt, über die Bedeutung der Landwirtschaft des Landes Niederösterreich hinwegsehen kann. Bekanntlich ist Niederösterreich ungefähr zur Hälfte ein Industrie- und zur anderen Hälfte ein Agrarland. Ich bin mit Kollegen Dienbauer darüber einer Meinung, daß dieser Fragenkomplex unteilbar ist; denn die Benachteiligung eines Teiles der Wirtschaftsstruktur muß natürlich zwangsläufig zur Schädigung des anderen Teiles führen. Es wird immer wieder versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob ich für die landwirtschaftlichen Probleme nicht das notwendige Verständnis hätte. Wenn wir die Landwirtschaft in bezug auf die Beschäftigtenzahl betrachten, so finden wir im Jahre **1956** **51.500** in der Landwirtschaft Beschäftigte, das sind **15,1** Prozent des Gesamtbeschäftigtenstandes. **1957** waren es **48.800** oder **14,1** Prozent, und **1958** nur mehr **45.126**, das sind **13** Prozent. Man sieht den steten Abfall des Beschäftigtenstandes. Im Jahre **1962** betrug der Beschäftigtenstand an landwirtschaftlichen Arbeitern gar nur mehr **32.542**, das sind **9,2** Prozent des Gesamtbeschäftigtenstandes. Die Landwirtschaft hat also innerhalb dieser wenigen Jahre **18.900** Beschäftigte verloren, welche auf andere Arbeitsplätze überwechselten. Die bloße Feststellung dieser Tatsache nützt uns aber nichts. Wir müssen jetzt die Frage beantworten, ob wir etwas tun können, um die Abwanderung zu verhindern, und wenn ja, welche Maßnahmen zu treffen

sind. Eine Frage beantwortet sich von selbst. Die Landwirtschaft wird in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen. Im Gegenteil, die Abwanderung aus den landwirtschaftlichen Betrieben wird anhalten.

Nun zum Kapitel Fremdenverkehr. Im Fremdenverkehr sind große Erfolge zu verzeichnen, und es wurde bereits darauf hingewiesen, daß diese Erfolge das Resultat langjähriger intensiver Bemühungen sind. Letzten Endes ist aber der Fremdenverkehr auf das Einkommen der Fremden angewiesen. Wenn wir in eine schwierige wirtschaftliche Situation kommen und das Einkommen der Fremden sinkt, wird es natürlich zwangsläufig zu einem Absinken des Fremdenverkehrs kommen. Andererseits dürfen wir auch nicht übersehen, daß wir unser Augenmerk nicht nur auf die Fremdenverkehrswerbung, sondern auch auf die Fremdenbetreuung richten müssen. Mein Kollege Abg. Sigmund hat auf diesen Umstand bereits hingewiesen. Wenn wir den internationalen Fremdenverkehr betrachten, so können wir in den letzten Jahren eine gewaltige Verschiebung feststellen. Der Fremdenverkehrsstrom verlegte sich infolge der Währungsänderung von Frankreich nach Italien. Seit dem Vorjahr und insbesondere heuer erfolgte eine neuerliche Verschiebung von Italien nach Jugoslawien. Wie gesagt, genügt die Fremdenverkehrswerbung allein nicht. Was wir brauchen, ist die Fremdenbetreuung. Damit unsere Arbeiter und Angestellten in Urlaub fahren können, ist eine florierende Wirtschaft Voraussetzung. Es ist selbstverständlich, daß wir alle Bestrebungen, der niederösterreichischen Landesregierung zur Sicherung der niederösterreichischen Wirtschaft, der Arbeitsplätze und des Einkommens unterstützen werden. Wir sind der Meinung, daß es nicht genügt, das Wirtschaftsvolumen des Jahres **1962** auch im kommenden Jahr zu erhalten, sondern daß wir alles versuchen müssen, um die niederösterreichische Wirtschaft auszudehnen. Dies sowohl im Hinblick auf die Erfüllung des Budgets als auch mit Rücksicht auf die hier vorgebrachten berechtigten Forderungen. Würden wir, wie wir es im Schulbausektor gehört haben, eine Klassifikation der notwendigen Maßnahmen vornehmen, so könnten wir uns darüber sicherlich lange nicht einigen. Es besteht ein dringender Bedarf an Wohnraum, der Ausbau unseres Straßennetzes ist nicht weniger dringlich, ganz abgesehen von der Wasserversorgung und den Bodenschutzmaßnahmen. Es wäre sehr schwer, hier eine Reihung der Dringlichkeit vorzunehmen. Wir sind daher

der Meinung und haben diese auch immer wieder vertreten, daß es unbedingt notwendig ist, der Regierung zur Klärung dieser Fragen ein beratende; Organ zur Seite zu stellen. Ein Wirtschaftsausschuß, der über bis jetzt ein sehr kümmerliches Dasein führt, wurde gegründet. Gerade die laufenden Budgetverhandlungen hoben uns vor Augen geführt, wie dringend notwendig Besprechungen über schwebende Probleme sind. Man kann nicht, wie es in einer Fachschrift des Industriellenverbandes zu lesen war, offene Fragen damit abtun, daß man sagt: „Wir brauchen keinen Wirtschaftsrat, sondern eine Wirtschaftspolitik.“ Eine Wirtschaftspolitik hatten wir ja auch in der ersten Republik, nur hat uns diese 600.000 Arbeitslose gebracht. Was wir brauchen, ist ein Wirtschaftskonzept, das die Existenz aller Berufsschichten unseres Bundeslandes sichert und ein Absinken unseres Realeinkommens verhindert. Wir wissen, daß der Lebenshaltungskostenindex im Mai dieses Jahres auf 65 Prozent und im Juni auf 7,1 Prozent gestiegen ist. Die Landwirtschaft war nicht schuld daran, daß die Preise für Obst und Gemüse im April um 43 Prozent und im Mai um mehr als 50 Prozent gestiegen sind. Dies war eine Folge der Witterungsverhältnisse. Die eigene Landwirtschaft, der eigene Gartenbau waren außerstande, den Markt zu beschicken, weil eben die Produkte nicht vorhanden waren. Wir haben hier das Gegenteil mit der Zuckerrübe gehabt. Ist es denn da nicht notwendig, über diese Fragen zu reden? Hinsichtlich der Fleischversorgung hat man sich auf ein Preisband geeinigt. Berüglich der Einfuhr von Obst und Gemüse wurde mit der Landwirtschaft ein Übereinkommen getroffen, nur in jenen Zeiten einzuführen, wo die eigene Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den Markt zu versorgen, und man hat sich geeinigt, die Einfuhr dann abzustoppen, wenn die eigene Landwirtschaft wieder imstande ist, den Bedarf zu decken.

Aber diese Preisentwicklung hat eine andere Gefahr mit sich gebracht. Wenn die Verdünnung des Geldes größer ist als die Verzinsung von Spareinlagen, dann wird man die Spareinlagen abheben, sie werden zusätzlich in den Konsum einströmen, sie werden zur Verknappung der Ware führen und damit zu neuen Preisauftrieben. Es war daher zu begrüßen, daß im Juli diese „Ihres“ das sogenannte Raab-Olah-Abkommen geschlossen wurde. Sicherlich konnte auch durch dieses Abkommen die allgemeine Entwicklung nicht restlos rückgängig gemacht werden. Aber wir müssen feststellen, daß dennoch eine gewisse Beruhigung in der Wirtschaft

eingetreten ist. An uns wird es liegen, dazu beizutragen, daß sich diese Beruhigung verstärkt und daß nicht wieder neue Auftriebstendenzen diese Entwicklung stören. Es ist zum Großteil der Disziplin unserer Arbeiter, Angestellten und Beamten zu danken, daß sie mit ihren berechtigten Forderungen zurückhaltend gewesen sind, sowohl in der Zeit als auch im Ausmaß. An uns wird es nun liegen, dafür zu sorgen, daß die heimische Wirtschaft imstande ist, die Erfüllung berechtigter Wünsche — und es gibt berechnete Wünsche — durch ein erhöhtes Sozialprodukt aufzufangen. Wir stehen vor großen Problemen im westeuropäischen Raum. Man spricht von Krisenerscheinungen, von Konjunkturverflachung. Es handelt sich aber im wesentlichen um etwas ganz anderes. Seit 5 oder 6 Jahren wird im westeuropäischen Raum, den EWG-Staaten, auch in England, Kanada und vor allem in Japan investiert. Gigantische Summen, von denen wir uns kaum eine Vorstellung machen können, wurden in neue Industrieanlagen hineingepumpt; diese Anlagen kommen nun zum Tragen, zum Teil schon jetzt, zum größten Teil im Jahre 1963. Der Verbrauch konnte mit der erhöhten Produktion nicht mithalten, er wird aber sicherlich kommen, nur wird es ein oder zwei Jahre dauern. Sicherlich wird im Jahre 1964 dann wieder eine andere Situation sein, aber gegenwärtig bemühen sich diese neuen Betriebe, ihre Produkte abzusetzen.

Sie drücken immer mehr auf die Preise, und dieser Preisverfall ist gerade für Österreich, besonders aber für Niederösterreich, sehr unangenehm, denn wir haben ja eine sehr exportorientierte Wirtschaft, nämlich die Textil-, Papier- und vor allem die Eisen- und Metallindustrie. Für Bleche hat man noch vor ungefähr einem Jahr am Weltmarkt einen Preis von 170 Dollar bezahlt, heute liegt der Weltmarktpreis bei 102 bis 125 Dollar, und in der vergangenen Woche hat Japan auch Blech um 94 Dollar angeboten. Wir haben es also hier mit einer ganz speziellen wirtschaftlichen Entwicklung zu tun. Wir sehen einen gewaltigen Preisverfall, der unsere Wirtschaft zur Ausnützung aller Möglichkeiten zwingen wird. Es ist also keine echte Krisenerscheinung, es ist eine Erscheinung, die auf die Entwicklung in der Investitionstätigkeit zurückgeht. Hier möchte ich auch dem Hellenen Glanzer — er ist gerade nicht hier — erwähnen. Ich bin froh, daß er das Thema angesprochen hat. Er hat erklärt: „Würde die verstaatlichte Industrie die Millionen an Steuerschuld bezahlen, hätten wir keine Sorge um unser Kulturbudget.“ Ich möchte offiziell Herrn Abgeordneten Stang-

ler bitten, triebe der hier hand bin selbst Betrieben z. B. eine triebe, die im Gegenmen, die Generalve schon im v ler noch S haben. Ich nicht, daß hen. Wohl mögen der ner Übern 11.300 Mil nen Schill daß die ve schuldeten ich, nicht USIA-Betr wendet ha dustrie un mischen Preisnachl 2 Milliarde Kohlenber, einer Zeit, wäre, nich Entwicklur Verluste ir den übern Eröffnungs Unternehm 808 Millior 13.116 Mill liefert. Ich Industrie i restlos erfü

Nun eini rungen des sind, wie ic Meinung: E politik. Wi Landwirtscl auf die Int man nicht s schäftlichen die Landwi mitkann, da len haben. Dienbauer: die ganze V Voraussetzu zu seinem ( die Konsum Denn wenn den ist, kan

gen, dazu  
ung ver-  
Auftriebs-  
n. Es ist  
Arbeiter,  
iken, daß  
ingen zu-  
1 in der  
s wird es  
ie heimi-  
Erfüllung  
ot berech-  
es Sozial-  
or großen  
aum. Man  
von Kon-  
i aber im  
eres. Seit  
ropäischen  
England,  
investiert.  
wir uns  
nen, wur-  
angepumpt;  
n Tragen,  
n Teil im  
e mit der  
n, er wird  
s ein oder  
d im Jah-  
Situation  
sich diese  
abzusetzen.  
die Preise,  
für Öster-  
rösterreich,  
en ja eine  
iämlich die  
Eisen- und  
man noch  
Weltmarkt  
ihlt, heute  
is 125 Dol-  
he hat Ja-  
angeboten.  
ganz spe-  
ng zu tun.  
verfall, der  
aller Mög-  
also keine  
ne Erschei-  
1 der Inve-  
möchte ich  
r ist gerade  
roh, daß er  
hat erklärt:  
rie die Mil-  
hätten wir  
udget.“ Ich  
eten Stang-

ler bitten, mir mitzuteilen, um welche Be-  
triebe der verstaatlichten Industrie es sich  
hier handelt. Ich habe mich erkundigt, ich  
bin selbst in einer Reihe von verstaatlichten  
Betrieben im Aufsichtsrat und ich weiß, daß  
z. B. einer der größten verstaatlichten Be-  
triebe, die ÖMV, keine Steuerschulden hat,  
im Gegenteil, sie bezahlt sogar die Tanti-  
men, die weder vom Aufsichtsrat oder der  
Generalversammlung beschlossen werden,  
schon im vorhinein. Ich weiß, daß weder Böh-  
ler noch Schoeller-Bleckmann Steuerschulden  
haben. Ich weiß auch von anderen Betrieben  
nicht, daß hier wesentliche Schulden beste-  
hen. Wohl weiß ich, daß sich das Eigenver-  
mögen der verstaatlichten Industrie seit sei-  
ner Übernahme nach dem Staatsvertrag von  
11.300 Millionen Schilling um 5800 Millio-  
nen Schilling vermehrt hat; wohl weiß ich,  
daß die verstaatlichte Industrie für die ver-  
schuldeten USIA-Betriebe — und hier sage  
ich, nicht durch eigene Schuld verschuldeten  
USIA-Betriebe — ca. 500 Millionen aufge-  
wendet hat, daß die verstaatlichte Eisenin-  
dustrie unter dem Weltmarktpreis der hei-  
mischen weiterverarbeitenden Industrie  
Preisnachlässe gewährt, die ungefähr bei  
2 Milliarden liegen. Das gleiche gilt für den  
Kohlenbergbau, der seine Preissituation in  
einer Zeit, wo dies leicht möglich gewesen  
wäre, nicht genützt hat und im Interesse der  
Entwicklung der österreichischen Wirtschaft  
Verluste in der Höhe von rund 5,8 Milliar-  
den übernommen hat. Seit der Schilling-  
Eröffnungsbilanz haben die verstaatlichten  
Unternehmungen bis Ende 1961 dem Staate  
808 Millionen Schilling an Dividenden und  
13.116 Millionen Schilling an Steuern abge-  
liefert. Ich glaube also, daß die verstaatlichte  
Industrie ihre Pflicht gegenüber dem Bund  
restlos erfüllt hat.

Nun einige Bemerkungen zu den Ausführ-  
ungen des Herrn Kollegen Dienbauer. Wir  
sind, wie ich schon gesagt habe, der gleichen  
Meinung: Es gibt keine geteilte Wirtschafts-  
politik. Wir brauchen eine leistungsfähige  
Landwirtschaft. Wir brauchen sie im Hinblick  
auf die Integration. Die Integration kann  
man nicht sentimental, sondern nur mit wirt-  
schaftlichem Denken bewältigen. Wenn da  
die Landwirtschaft oder die Industrie nicht  
mitkann, dann wird sie die Kosten zu bezah-  
len haben. Wir sind einer Meinung, Kollege  
Dienbauer: „Hat der Bauer Geld, dann hat's  
die ganze Welt.“ Aber zunächst muß ich die  
Voraussetzungen schaffen, damit der Bauer  
zu seinem Geld kommt. Das heißt, ich muß  
die Konsumkraft der breiten Massen stärken.  
Denn wenn diese Konsumkraft nicht vorhan-  
den ist, kann doch der Bauer nicht zu seinem

Geld kommen. Und du weißt genau, wie das  
in der Zwischenkriegszeit gewesen ist. Es er-  
gibt sich also auch hier wieder die Untrenn-  
barkeit (unserer Interessen).

Die Frage ist nur, wie ein vermehrtes So-  
zialprodukt verteilt wird. Das erhöhte Sozial-  
produkt beansprucht die Landwirtschaft für  
sich, beanspruchen die Gewerkschaften für  
sich und beanspruchen andere Berufsgruppen  
für sich. Entscheidend ist nur, daß das So-  
zialprodukt steigt, damit mehr vorhanden  
ist, was verteilt werden kann. Dabei dürfen  
wir nicht übersehen, daß in der Zukunft  
das Sozialprodukt — wir müssen sagen: lei-  
der — sicherlich nicht mehr in dem Ausmaß  
erhöht werden kann, wie das in den vergan-  
genen Jahren der Fall gewesen ist.

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter  
Müllner hat bei der Einleitung seiner Bud-  
getrede erklärt: „Eigentlich bin ich heute et-  
was gerührt. Es ist das 15. Budget, das ich  
dem Hohen Landtag vorlege. Ich erinnere  
mich an die Zeit vor 15 Jahren.“ Ich möchte  
dem hinzufügen, daß man auch die notwen-  
digen Schlüsse daraus zu ziehen hat. Ich er-  
innere mich an die Zeit von 1945, wo ein  
Dipl.-Ing. Leopold Figl und ein Oskar Hel-  
mer nebeneinander vor den Trümmern des  
Staates, vor den Trümmern einer zerstör-  
ten Wirtschaft {gestandensind; Figl und Hel-  
mer — nicht die ÖVP und nicht die SPÖ.  
Wir haben uns wieder daran zu erinnern,  
daß die Parteiinteressen gegenüber den wirt-  
schaftlichen Erfordernissen zurückgestellt  
werden müssen. Und wir haben uns darauf  
zu besinnen, daß wir letzten Endes dafür ver-  
antwortlich sind, ob die niederösterreichische  
Wirtschaft den Anschluß an die allgemeine  
Entwicklung findet, ob die niederösterreichi-  
sche Wirtschaft imstande ist, die zusätzlichen  
Mittel aufzubringen, um alle jene Forderun-  
gen zu erfüllen, die auch hier bei der Budget-  
beratung immer wieder gestellt wurden.  
(Beifall bei der SPÖ.)

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Ich  
bitte den Herrn Abg. Hubinger, zu sprechen.

ABG. HUBINGER: Hohes Haus! Ich danke  
vor allem meinem Vorredner, Herrn Präsi-  
denten Kollegen Fuchs, für seine Sympa-  
thien, die er der Landwirtschaft gegenüber  
zum Ausdruck gebracht hat. Ich will an seine  
Ausführungen anschließen, mit denen er vom  
Erhalten der Konsumkraft gesprochen hat.  
Ich möchte hier als Landwirt auch die Kon-  
sumkraft der Landwirtschaft herausstellen.  
Es ist ja nicht unbekannt, daß die heutige  
Landwirtschaft ein sehr großer Konsument  
industrieller Erzeugnisse ist. In diesem Sinne  
sind auch die Worte des Kollegen Dien-

bauer zu verstehen: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.“ Wir müssen uns darüber im klaren sein: Es kann nicht ein Berufsstand bevorzugt werden, unser Wirtschaftsgefüge muß ein ganzes, ein unteilbares Gebilde sein. Es muß der eine wie der andere leben und leben lassen, wie es im Volksmund heißt.

In der Debatte wurde erwähnt, daß die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft sehr stark zurückgegangen ist. Jawohl, das ist leider Gottes richtig. Zurückgegangen ist nicht nur die Beschäftigtenzahl, sondern auch die Zahl der Berufstätigen in der Landwirtschaft, besonders in den Grenzgebieten.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Kultur, die uns noch einen Teil der Bevölkerung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe bindet, etwas genauer eingehen. Diese Kultur, die nicht nur im Nordosten unseres Landes, im Weinviertel, sondern auch im Süden betrieben wird, ist der Weinbau. Der Kollege Scherz hat die Flächenanzahl erwähnt. 53.000 Betriebe, zirka 200.000 Menschen in Niederösterreich leben von dieser Spezialkultur. Sehen wir uns einmal diese Betriebe an. Es sind Klein- und Kleinstbetriebe. Es ist durch Intensivierung der Betriebe möglich, die Menschen an die Scholle zu fesseln und zu halten.

Die heurige Weinernte zeigt gegenüber dem Vorjahr ein Absinken. Heuer wurden über 800.000 Hektoliter geerntet, um einige hunderttausend Hektoliter weniger. Der Weinbau ist eben stark von der Witterung beeinflusst. So gibt es einmal hohe Ernten und niedere Preise, dann wieder geringe Ernten und höhere Preise.

Das veranlaßt uns, auch im Preissektor des Weinbaues Maßnahmen zu treffen. Bisher wurden Preisbänder bei Rindern und bei Schweinen geschaffen. Wir müssen betonen, daß auch wir als Weinbauer daran interessiert sind, auf dem Sektor des Weines ein solches Preisband zu haben. Warum? Wir sind nicht daran interessiert, daß einmal bei kleinen Ernten hohe Preise entstehen, daß importiert werden muß, weil die erforderliche Menge nicht vorhanden ist, und so die Gefahr besteht, daß der Geschmack unseres Publikums sich vielleicht nach einer anderen Richtung orientiert.

Mit dem neuen Weingesetz wurden bereits verschiedene Maßnahmen getroffen. Wir müssen uns an den europäischen Markt, der doch vor uns steht, anpassen. Sehen wir uns die weinbautreibenden Länder um uns im EWG-Raum an! Die beiden führenden Länder sind Italien und Frankreich. Frankreich hat in diesem Jahr über 40 Millionen Hektoliter ge-

erntet. Unsere Ernte in Österreich war heuer nicht besonders. Aber wir können in guten Jahren bis an die Grenze von 2 Millionen Hektoliter herankommen. Und da würden wir natürlich, wenn wir nicht rechtzeitig Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung und zur Rationalisierung des Weinbaues durch Umstellung ergreifen, die Gefährdung vieler Betriebe auf uns nehmen müssen. Deshalb ist die Schaffung solcher Maßnahmen notwendig. In erster Linie vielen diese gesetzlichen Bestimmungen ja darauf hin, eine Qualitätsverbesserung zu erreichen. Dieses Streben gilt ja nicht nur für uns im Weinbau, sondern für die ganze Wirtschaft, begonnen vom billigen Bedarfsartikel bis zum hochwertigen industriellen Erzeugnis. Im Grünen Plan sind im Rahmen des Landwirtschaftsgesetzes deshalb Förderungsmaßnahmen enthalten, die die Umstellung fördern und unterstützen sollen, um die hohen Betriebskosten im Weinbau herabzusetzen.

Kollege Scherz hat von der hohen Besteuerung des Weines gesprochen. Wir Weinbauer empfinden es tatsächlich als ungerecht, daß unsere Einheitswerte das Vier- bis Fünffache des normalen Einheitswertes ausmachen. Auch über diesen Punkt muß gesprochen werden, wenn man nicht die Existenz der Kleinbetriebe gefährden will. Es ist unser Bestreben, auf dem Sektor der Weinwirtschaft nicht nur durch Rationalisierungsmaßnahmen Qualitätsverbesserungen durchzuführen, sondern auch durch die Erfassung auf genossenschaftlicher Basis. Dabei ist nicht daran gedacht, den Weinbauer in eine Abhängigkeit zu bringen. Wir müssen mit größeren Mengen der gleichen Ware auf den Weltmarkt treten, um gegenüber den anderen Ländern konkurrenzfähig sein zu können.

Ich komme nun zu einem anderen Kapitel, das heute noch nicht erwähnt wurde. Es ist das bäuerliche Bildungswesen in unserem Lande. Obwohl es keinen so großen Raum einnimmt, werden doch ansehnliche Summen zur Verfügung gestellt. Es ist von so eminenter Bedeutung, daß das Land Niederösterreich großzügig Mittel zur Verfügung stellt, um der bäuerlichen Jugend die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufstieg zu geben. Wir haben in Niederösterreich 18 Fachschulen, die im Jahre 1962 in 34 Lehrgängen mit 797 Schülern geführt wurden. Das bedeutet gegenüber dem vergangenen Jahr einen Zuwachs um sieben Schüler. Diese Zahl ist nicht groß, ist aber immerhin ein Prozent. Wenn man bedenkt, daß es gerade die Geburtenjahrgänge 1945 bis 1947 sind, also die schwächsten nach dem Krieg, so ist der Zuwachs immerhin

bedeutend. Fachschulen können aber nicht allein den Bedarf stellen.

Und die hohen Kosten leicht zu einigen auch in was die Schichten untergeordnet gefachlich ebenso der Industrie haben mühen, den und im Bauern mit der Schädlichkeit langt na

Es könnte liche Betriebe oder Ti besuche zehntausend Bäuerr aus der nun ein chen, u terfüh unmögl ihn zu warum terri: geteilt

Seit 19 Fachsch Fortbild bei den ben im gen un: nur 8,5 168.500 Budget denen Ien ist. 221 die ten im Rückgar mehr 2 ein Ala tere En dungs rück.

Wir h

ar heuer  
in guten  
Millionen  
würden  
rechtzeitig  
ung und  
es durch  
ng vieler  
Deshalb  
nen not-  
e gesetz-  
nin, eine  
1. Dieses  
im Wein-  
haft, be-  
bis zum  
gnis. Im  
Landwirt-  
smaßnah-  
g fördern  
ohen Be-  
zen.

n Besteu-  
ir Wein-  
mgerecht,  
bis Fünf-  
rtes aus-  
muß ge-  
die Exi-  
t will. Es  
ektor der  
tionalisie-  
ssierungen  
h die Er-  
Basis. Da-  
Weinhauer  
Wir müs-  
hen Ware  
gegenüber  
fähig sein

m Kapitel,  
rde. Es ist  
t unserem  
ßen Raum  
e Summen  
so eminenz-  
rösterreich  
stellt, um  
rdlage für  
geben. Wir  
chulen, die  
t 797 Schü-  
gegenüber  
iwachs um  
at groß, ist  
n man be-  
njahrgänge  
chsten nach  
immerhin

bedeutend. Es wurden aber nicht nur unsere Fachschulen mit einem Betrag von 7,5 Millionen Schilling ausgebaut, auch für die Arbeiter und Angestellten unserer Schulen werden bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt.

Und nun für nichtbäuerliche Kreise, die die hohen Ausgaben für die Schulen vielleicht einer Kritik unterziehen. Es wurde vor einigen Jahren von dieser Stelle aus, ebenso auch im Ausschuß, die Frage aufgeworfen, was die Lehrkräfte in der Zeit machen, wenn die Schulen gesperrt sind, da doch die meisten unserer Fachschulen nur über den Winter geführt werden. Dazu ist zu sagen, daß sich unsere Lehrkräfte in den Fachschulen, ebenso wie die Ingenieure und Techniker in der Industrie, einer Weiterbildung unterziehen müssen. Wir leben im Zeitalter der Technik, der betriebswirtschaftlichen Umstellung, und immer mehr zieht die Maschine in den Bauernhof ein, immer mehr hat der Bauer mit der Chemie in der Düngerlehre, in der Schädlingsbekämpfung zu tun. All das verlangt natürlich mehr Wissen.

Es kommt aber so mancher landwirtschaftliche Betrieb in Schwierigkeiten, wenn Söhne oder Töchter eines solchen Hofes die Schule besuchen sollen. Die Statistik sagt uns, daß zehntausende bäuerliche Betriebe nur von Bäuerinnen geführt werden, weil der Bauer aus dem Krieg nicht zurückgekehrt ist. Ist nun ein Sohn da, muß er die Schule besuchen, um den Betrieb einmal rationell weiterführen zu können; doch kann er diesem unmöglich ein ganzes Jahr fernbleiben, ohne ihn zu gefährden. Das ist auch der Grund, warum wir in unseren Fachschulen den Unterrichtsstoff zum Teil auf zwei Winter aufgeteilt haben.

Seit einigen Jahren haben wir neben den Fachschulen auch die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen. Es fällt uns auf, daß bei den Ansatzposten im Budget die Ausgaben im vergangenen Jahr 8,685.000 S betrugen und im Jahre 1963 für diesen Sektor nur 8,516.500 S vorgesehen sind, also um 168.500 S weniger. Wir werden im heurigen Budget nur wenige Ansatzposten finden, bei denen eine rückläufige Tendenz festzustellen ist. Wo liegt die Ursache? Wir haben 221 dieser Fortbildungsschulen, doch konnten im vergangenen Jahr auf Grund des Rückganges der bäuerlichen Bevölkerung nur mehr 206 geführt werden. Das ist für uns ein Alarmzeichen. Ich kamme auf die weitere Entwicklung, die sich auf dem Fortbildungsschulensektor bereits abzeichnet, noch zurück.

Wir haben 167 Burschenlehrgänge mit über

2500 Schülern und 225 Mädchenlehrgänge mit über 3200 Schülerinnen in den Fortbildungsschulen geführt. Gegenüber dem vergangenen Jahr bedeutet das einen Zuwachs von 805 Schülern, weil ein Jahrgang früher erfaßt wurde. Trotzdem konnten nicht alle Schulen geführt werden, weil mit 2, 3 oder 4 Schülern ein Lehrgang nicht geführt werden kann. Dazu kommt, daß die Schüler oft einen weiten Weg bis zur Schule zurücklegen müssen. Ich möchte in Erinnerung bringen, daß ich vor zwei Jahren — Herr Abg. Ing. Robl vor einem Jahr — einen Resolutionsantrag betreffend die Fahrpreismäßigung für unsere Fortbildungsschüler auf öffentlichen Verkehrsmitteln eingebracht habe. Leider blieb bisher der Erfolg aus. Das Verkehrsministerium hat diese Forderung mit einer fadenscheinigen Begründung abgelehnt. Wir haben die „Landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen“ und beim gewerblichen Sektor sind es die „Berufsschulen“. Ich möchte an das Hohe Haus die Frage stellen, ob in Sinn und Zweck der Fortbildungsschulen und der Berufsschulen ein Unterschied besteht oder ob wir Bauern und unsere Jugend zweitklassige Staatsbürger sind. Ich glaube, es müßte das gleiche Recht gelten und unsere bauerliche Jugend für den Besuch der Fortbildungsschulen die gleichen Begünstigungen erhalten wie die Jugend anderer Berufsgruppen.

Die Entwicklung macht es notwendig, Fortbildungsschulen — so wie es sich bisher schon im Voralpengebiet gut bewährt hat — als Internatsschulen zu führen, vor allem, um den Schülern und Schülerinnen den weiten Anmarschweg im Winter bei Schnee und Eis, Wind und Regen zu ersparen. Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden wir uns veranlaßt fühlen, vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt an das Land mit der Forderung um größere Mittel heranzutreten, um die Internatsschulen auch auf das flache Land zu bringen. Ich möchte aus meinem Bezirk Poysdorf ein Beispiel bringen, wo wir 5 Fortbildungsschulen hatten. Zur Zeit stehen aber nur mehr drei in Betrieb; die Schüler haben bis zu 20 Kilometer Schulweg zurückzulegen. Die Lehrkräfte unserer Fortbildungsschulen müssen laufend geschult werden. Dazu sind in erster Linie unsere Landesbildungsstätten Langenlois und Tullnerbach da. Es wurde aber mehr gemacht, es wurde ein Betriebswirtschaftsinstitut in Ober-St. Veit geschaffen. Die Lehrkräfte werden auch als Betriebs- und Hofberater eingesetzt; sie sind den Bauern Berater und Helfer. Es wurden noch zwei Seminare für Betriebsberatung, zwei für Pflanzenbau und eines für die Tier-



haltung, geschaffen. Sehen Sie, das ist der Weg des Fortbildungsschulwesens. Mit der Schule allein ist es aber heute nicht abgetan, denn wenn ein junger Mensch auch seine Fachschule besucht, um im späteren Leben weiterzukommen, muß er, um auf dem laufenden zu bleiben, sich auch später durch Kurse weiterbilden können. In den Kursstätten Langenlois und Tullnerbach hatten wir nun im vergangenen Jahr eine ganz stattliche Anzahl von Kursteilnehmern zu verzeichnen. Es waren bei 10.000 junge Menschen, die solche Kurse besuchten. Ich möchte betonen, daß Bildung, Schulung und Fortbildung auch in der Landwirtschaft die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges sind. Warum wird das alles so intensiv betrieben? Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Die bäuerliche Bevölkerung ist auf Grund der letzten Volkszählung von 21 auf 16 Prozent zurückgegangen. Die Anforderung in den Betrieben an den einzelnen Menschen ist größer geworden, und auch die Verantwortung der Bauernschaft gegenüber dem Staat und der Bevölkerung ist gewachsen. Wir sind uns bewußt, daß die Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln nicht nur in guten, sondern auch in schlechten und krisenhaften Zeiten die Bauernschaft zu bewerkstelligen hat, und deshalb möchte ich um Verständnis für die schwere und harte Arbeit und für die Bedürfnisse in der Landwirtschaft bei den Konsumenten, welcher politischen Richtung oder welchem Berufsstand sie auch angehören mögen, bitten. Wir im Hohen Hause wollen durch die Bereitstellung der Mittel für das bäuerliche Schulwesen die Voraussetzung schaffen, daß durch geistige und fachliche Bildung trotz Rückganges der bäuerlichen Bevölkerung die Ernährung unseres Volkes in guten und schlechten Zeiten gesichert wird. (Beifall bei der ÖVP.)

DRITTER PRÄSIDENT MÜLLNER: Zum Worte (gelangt Herr Abg. Dr. Litschauer.

ABG. DR. LITSCHAUER: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Finanzreferent hat in seiner Einbegleitungsrede zum Budget 1963 die schwierige Situation Niederösterreichs, vor allem als das Ergebnis einer langjährigen Benachteiligung durch den Bund, dargestellt. Seine Schlußfolgerungen bezogen sich daher auch in erster Linie auf Forderungen beim Bund; darauf, daß wir bei den künftigen Verhandlungen für den neuen Finanzausgleich einen geänderten Aufteilungsschlüssel bei den gemeinsamen Bundesabgaben bekommen sollen, darauf, daß man die Sonderlage Niederösterreichs als Bundesland ohne Landeshaupt-

stadt berücksichtigen oder darauf, daß man eine Entlastung unseres angespannten Straßenbudgets ins Auge fassen möge.

Wenn ich mich bei der Gruppe 7 zum Wort gemeldet habe, so betrachte ich meine Aufgabe nun primär darin, diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor allem als das Ergebnis der Wirtschaftsstruktur unseres Landes darzustellen. Ich werde mich daher auch bemühen, zu untersuchen, ob es nicht einige Möglichkeiten gibt, diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch vom Lande her zu bekämpfen. Meine Betrachtung fußt auf der Tatsache des Bevölkerungsverlustes; nur will ich nicht so sehr von der Tatsache des Rückganges der Bevölkerung um mehr als 27.000 Menschen ausgehen, sondern von der Abwanderungsbilanz; also von der Tatsache, daß wir einen Verlust von 77.200 Menschen seit dem Jahre 1951 zu verzeichnen hatten. Ohne diese Abwanderung würde sich unsere Bevölkerung auf Grund der Geburtenbilanz im Zeitraum von 1951 bis 1961 um 50.000 Menschen oder um 3,5 Prozent vermehrt haben. Ohne diese Abwanderung ins Kalkül zu ziehen, würden wir den Rückgang der Bevölkerung unseres Bundeslandes nicht richtig verstehen können. Es ist bemerkenswert, daß diese Abwanderung gar nicht so sehr in jenen Gebieten in Erscheinung tritt, die wir seit Jahren als die eigentlichen entwicklungsbedürftigen Gebiete Niederösterreichs betrachtet haben. Besonders wirkte sich (diese Abwanderung, und zwar mit 15,13 Prozent der Bevölkerung, im Gerichtsbezirk Geras, mit 15,18 Prozent im Gerichtsbezirk Eggenburg, mit 15,76 Prozent im Gerichtsbezirk Allentsteig, mit 15,79 Prozent im Bezirk Ottenschlag, mit 16,25 Prozent im Gerichtsbezirk Poysdorf, mit 17,49 Prozent im Gerichtsbezirk Laa a. d. Th. und mit 20,42 Prozent im Gerichtsbezirk Haugsdorf aus. Und gerade Poysdorf, Laa a. d. Th. und Haugsdorf hatte man in der letzten Zeit durchaus nicht als entwicklungsbedürftig betrachtet, weil dort die Merkmale, die das Finanzministerium und die Sektion V dieses Ministeriums als ursächlich für eine Entwicklungsbedürftigkeit angesehen hatten, eben nicht so ausgeprägt in Erscheinung traten.

Diese Tatsache würde vielleicht auch dazu führen müssen, daß wir uns auch auf Landesebene in der nächsten Zeit einmal mit der Frage beschäftigen, ob die bisherige Abgrenzung der entwicklungsbedürftigen Gebiete, die bekanntlich ja auch für die Förderungsmaßnahmen maßgebend ist, noch aufrechterhalten werden kann.

Keine Überraschung gebracht hat die Feststellung, daß alle diese Bezirke mit sehr

starke. Donau Erbruten, du

Das trage gierung wande Frage diese Auch ren eig dabei tel der sen, da gen E dafür Mensch logisch eben M te, die diesen

Das sem Zi Nur r politik wendig damit lung k gional Erford für be dern e Land. einen Dienba tik gin diese Agrarp Entwic wünsch stärker wicklun könnte wirtsch sam w der Fa daß sie lungsv leicht Institu großen allem dieses lichen ten —, Ich k ner Au bleme lungsb

daß man  
ten Stra-

7 zum  
ch meine  
irtschafts-  
s das Er-  
eres Lan-  
hier auch  
ht einige  
raftlichen  
er zu be-  
auf der  
; nur will  
des Rück-  
mehr als  
von der  
Tatsache,  
Menschen  
n hatten.  
ch unsere  
tenbilanz  
m 50.000  
vermehrt  
is Kalkül  
g der Be-  
ht richtig  
wert, daß  
hr in je-  
die wir  
ricklungs-  
eichs be-  
;ich diese  
1 Prozent  
k Geras,  
k Eggen-  
tsbezirk  
n Bezirk  
erichtsbe-  
Gerichts-  
2 Prozent  
nd gerade  
iorf hatte  
nicht als  
weil dort  
nisterium  
riums als  
ürftigkeit  
usgeprägt

auch dazu  
f Landes-  
l mit der  
e Abgren-  
Gebiete,  
rderungs-  
aufrecht-

die Fest-  
mit sehr

starker Abwanderung Bezirke nördlich der Donau waren. In dieser Richtung hat das Ergebnis mit dem, was wir seit Jahren wußten, durchaus übereingestimmt.

Das Institut für Raumplanung hat im Auftrage der niederösterreichischen Landesregierung an 147 Gemeinden, in denen ein Abwanderungsverlust zu verzeichnen war, die Frage gerichtet, welche Gegebenheiten sie für diese Abwanderung verantwortlich machen. Auch die Antworten dieser Gemeinden waren eigentlich nicht überraschend. Es hat sich dabei herausgestellt, daß mehr als zwei Drittel der befragten Gemeinden darauf hinwiesen, daß ihrer Auffassung nach die zu geringen Erwerbsmöglichkeiten in der Gemeinde dafür maßgeblich gewesen seien, daß die Menschen die Gemeinde verlassen haben. Die logische Konsequenz daraus ist, daß man eben Maßnahmen treffen sollte, die vermehrte, die zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten in diesen Gemeinden schaffen.

Das Institut für Raumplanung hat in diesem Zusammenhang ausdrücklich festgestellt: Nur mit Hilfe einer planmäßigen Regionalpolitik kann es gelingen, langfristig die notwendigen strukturellen Umstellungen und damit eine günstigere Bevölkerungsentwicklung herbeizuführen. Eine planmäßige Regionalpolitik, Hohes Haus, ist aber nicht ein Erfordernis für bestimmte Berufsschichten, für bestimmte Bevölkerungsgruppen, sondern eine Notwendigkeit für das gesamte Land. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Ausspruch des Herrn Abgeordneten Dienbauer abwandeln. Er meinte, Agrarpolitik ginge alle an. Ich (bestätige gleichfalls diese Meinung, will aber Ainzufügen: Die Agrarpolitik geht vor allem im Rahmen der Entwicklungspolitik alle an! Es wäre daher wünschenswert, daß sich die Landwirtschaft stärker in die niederösterreichische Entwicklungspolitik einschaltet. Insbesondere könnte in dieser Beziehung die Landeslandwirtschaftskammer in starkerem Maße wirksam werden als das in der Vergangenheit der Fall war, vor allem auch in der Form, daß sie in Zukunft doch im Landesentwicklungsverein ihre Mitarbeit anbietet. Vielleicht könnten wir auf diese Weise eine Institution, die wir im Jahre 1958 mit sehr großen Erwartungen geschaffen haben — vor allem in der Erwartung, daß wir mit Hilfe dieses Vereines die schwierigen wirtschaftlichen Fragen einer Lösung zuführen könnten —, etwas beleben.

Ich komme damit zu einem Kernpunkt meiner Ausführungen. Wenngleich wir alle Probleme im Zusammenhang mit den entwicklungsbedürftigen Gebieten Niederösterreichs

kennen, muß festgestellt werden, daß zu ihrer Lösung nach wie vor sehr wenig geschieht und das Wenige nicht selten auch planlos ist. Gerade dann, wenn man wenig Mittel zur Verfügung hat, um einen Übelstand zu bekämpfen, wäre es besonders erforderlich, die zur Verfügung stehenden Mittel planvoll und zielstrebig diesem Zwecke zuzuführen.

Was ist bisher für die entwicklungsbedürftigen Gebiete unseres Landes geschehen? In organisatorischer Hinsicht wurden 1957 regionale Entwicklungsausschüsse im oberen Waldviertel und im Raum Wiener Neustadt gegründet. Ein Jahr später, im Jahre 1958, wurde ein Landesentwicklungsverein geschaffen. In finanzieller Hinsicht haben wir in den Jahren 1960, 1961 und 1962 für die Förderung dieser Gebiete einen Betrag von rund 60 Millionen Schilling aufgewendet, Mittel, die aus den Zuweisungen des Bundes für die unterentwickelten Gebiete stammen, aufgestockt mit einem niederösterreichischen Landesanteil. Dazu kommt, daß wir heuer im Frühjahr, wie im Rahmen der Debatte zu Gruppe 7 schon einige Male erwähnte, wurde, den Betriebsinvestitionsfonds gründeten und die Möglichkeit einer Landeshaftung für Kommalkredite eröffneten.

60 Millionen Schilling sind in Anbetracht der großen Aufgaben in diesen Gebieten sicherlich nicht sehr viel. Sind nun (diese Mittel zweckentsprechend verwendet worden? Ich glaube, wir können im allgemeinen diese Frage bejahen. Diese Mittel sind nur zuwenig zielstrebig, zuwenig planvoll verwendet worden. Die Mittel hat man zu etwas mehr als 40 Prozent der Verkehrserschließung zugeführt, zu knapp 35 Prozent Maßnahmen auf dem Gebiete des Gewerbes und des Fremdenverkehrs und den Rest von etwa einem Viertel der Besitzfestigung der Landwirtschaft.

Die Mittel, die dem Gewerbe und der Industrie zufließen, wurden so verwendet, daß man hinsichtlich der Gewerbeförderung eine Zinsenzuschußaktion ins Leben rief; darüber hat der Herr Abgeordnete Popp ja heute schon berichtet. Daß diese Zinsenzuschußaktion sinnvoll gewesen ist, beweist der Umstand, daß derzeit 110 Anträge auf solche Zinsenzuschüsse in Bearbeitung stehen und noch unerledigt sind.

Die Mittel, die für den Fremdenverkehr bestimmt waren, hat man der allgemeinen Fremdenverkehrsförderungs-Kreditaktion des Landes zugeführt. Auch dort sind sie sicher zweckmäßig eingesetzt gewesen, wenngleich sie nicht zusätzlich den entwicklungsbedürftigen Gebieten zugute kamen. Zusätzlich kamen diese Mittel lediglich in einem Aus-

maße von 1,7 Millionen Schilling den entwicklungsbedürftigen Gebieten zugute, nämlich als man in den Jahren 1960 und 1961 eine Sonderaktion für die Modernisierung der sanitären Anlagen in den Gaststätten der entwicklungsbedürftigen Gebiete durchführte.

Insgesamt sind nach meiner Meinung also die Mittel für Gewerbe und Fremdenverkehr nutzbringend eingesetzt gewesen.

Die Landwirtschaft hat von Anfang an diese Förderungsmittel für Meliorationen, für den Güterwegebau und eine Findlingsstein-Sprengaktion verwendet.

Die im Frühjahr des heurigen Jahres beschlossenen Maßnahmen, Betriebsinvestitionsfonds und Landeshaftung, haben sich bisher nicht auswirken können, weil die entsprechenden Mittel erst vergeben werden bzw. auf dem Gebiete der Landeshaftung eine konkrete Antragstellung durch das Finanzreferat noch nicht vorliegt. Wie notwendig die Bildung des Betriebsinvestitionsfonds war, geht schon daraus hervor, daß wir in der kurzen Zeit, seit dieser Fonds besteht, 62 Anträge vorliegen haben, also weitaus mehr Anträge, als Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stehen. Dies veranlaßt mich auch, daran einige Bemerkungen zu knüpfen.

Hohes Haus! Als wir den Betriebsinvestitionsfonds am 24. Mai dieses Jahres hier im Landtag verabschiedet haben, wurden gleichzeitig auch Richtlinien vom Landtag beschlossen, in denen vor allem zwei wesentliche Punkte Erwähnung verdienen: Einerseits wurde in diesen Richtlinien zum Ausdruck gebracht, daß diese Mittel für die Förderung von Betriebsneugründungen und Betriebserweiterungen in den entwicklungsbedürftigen und grenznahen Gebieten eingesetzt werden sollen. Im zweiten Punkt wurde der Wunsch des Hohen Landtages zum Ausdruck gebracht, in den Jahren 1962, 1963 und 1964 diesem Betriebsinvestitionsfonds mindestens je 10 Millionen Schilling aus Budgetmitteln zufließen zu lassen. Beide Punkte dieses Landtagsbeschlusses sind nach meinem Dafürhalten nicht sehr ernst genommen worden.

Was die Verpflichtung anlangt, daß wir jährlich mindestens 10 Millionen Schilling diesem Fonds zuweisen, so hat sich bei der Beratung des Voranschlages 1963 herausgestellt, daß es nicht 10 Millionen, sondern lediglich 9 Millionen Schilling sind. Ich glaube, daß diese Kürzung um 1 Million Schilling auch nicht dadurch entschuldigt werden kann, daß im Jahre 1962, gewissermaßen als Fleißaufgabe, nicht 10 Millionen, sondern 11 Millionen Verwendung finden

sollen. Wir können uns mit dieser Kürzung um so weniger abfinden, als ja der Betrag, der selbst bei der Eirhaltung der vollen Verpflichtung, der Zuweisung von 10 Millionen Schilling im kommenden Jahr, weitaus zu gering ist, um auch nur die Hälfte der Ansuchen, die einlaufen und bereits vorliegen, befriedigen zu können.

Diese Überlegung hat mich dazu veranlaßt, zu dieser Budgetgruppe einen Resolutionsantrag vorzubereiten, den ich dem Hohen Hause zur Beschlußfassung unterbreiten möchte. Er lautet (Ziest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen eines allfälligen Nachtrages zum Voranschlag 1963 für den Niederösterreichischen Betriebsinvestitionsfonds zusätzliche Mittel im Ausmaße von mindestens 3 Millionen Schilling vorzusehen.“

Daß dieser Wunsch leicht erfüllt werden kann, vermute ich deshalb, weil im Zusammenhange mit den Vorberatungen für das Budget 1963 ein sehr umfangreiches Konzept für Nachtragskredite des Jahres 1963 beraten wurde, aus dem gewaltige Summen in ein Nachtragsbudget für das Jahr 1962 herübergenommen worden sind. Es kann daher meines Erachtens der Finanzverwaltung überhaupt keine Schwierigkeiten bereiten, einen Betrag von 3 Millionen Schilling aus den im kommenden Jahr sich als überschüssig erweisenden Einnahmen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Der zweite Punkt, der nach meinem Dafürhalten bis jetzt den Richtlinien entsprechend nicht ernst genug genommen wird, ist die Zweckwidmung für die entwicklungsbedürftigen Gebiete. Wir haben uns, wie schon erwähnt, dazu verpflichtet, diese Förderungsmittel ausschließlich zur Förderung von Betriebsneugründungen und Betriebserweiterungen in den grenznahen und entwicklungsbedürftigen Gebieten Niederösterreichs zur Verfügung zu stellen. Besonders dann, wenn für die gestellten Anträge die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß man dieser Zweckwidmung auch hundertprozentig Rechnung trägt. Es geht ganz einfach nicht an, daß dieser Zweckwidmung auch nur ein einziger Schilling entfremdet wird, solange nicht sämtliche vorliegende Anträge aus den entwicklungsbedürftigen Gebieten befriedigt wurden. In den letzten 14 Tagen ist offenkundig geworden, daß das zuständige Referat beabsichtigt, die Mittel des Jahres 1962 nicht zur Gänze zweckwidmungsgemäß zu verwenden. Der für die Verwendung der Förderungsmittel vorgelegte Vorschlag — er bezog sich auf 13 Kreditwerber — enthielt auch Antragsteller, die in Ge-

bieten  
Entwic  
zu tun  
daß m  
Richtlir  
Nachdr  
gen so  
Hinkun  
eine ein

Aus  
Hohen  
trag zu  
lautet (

„Die  
mit Rü  
digter  
aus des  
spreche  
triebsne  
rungen  
grenzna

Nebe  
dem ich  
chen h  
Frühja  
tung al  
entwick  
Das zu  
Anträge  
bung u  
und gr  
daß mö  
art gro  
würdig  
weil o  
Überpr  
werber  
von zw  
denm v  
Haftung  
derung  
wenn i  
Haftung  
sichtsp  
gelegen  
aber d  
zu erw  
der Üb  
Zweck  
institut  
sammel  
aktion.  
institut  
halben  
solut n  
für die  
Förder  
dürftig,  
dieses  
kann n

r Kürzung  
er Betrag,  
vollen Per-  
Millionen  
weiteraus zu  
e der An-  
vorliegen,

veranlaßt,  
olutionsan-  
hen Hause  
möchte. Er

gefordert,  
rages zum  
österreichi-  
zusätzliche  
s 3 Millio-

ilt werden  
m Zusam-  
1 für das  
s Konzept  
res 1963  
tuge Sum-  
für das  
rden sind.  
itens der  
e Schwie-  
von 3 Mil-  
nden Jahr  
innahmen  
zu stellen.  
em Dafür-  
sprechend  
d, ist die  
ngsbedürf-  
schon er-  
örderung-  
g von Be-  
bserweite-  
wicklungs-  
reichs zur  
ann, wenn  
rhandenen  
Selbstver-  
kwidmung  
trägt. Es  
ser Zweck-  
illing ent-  
liche vor-  
cklungsbe-  
urden. In  
lig gewor-  
absichtigt,  
zur Gänze  
er für die  
vorgelegte  
Kreditwer-  
die in Ge-

bieten Investitionen geplant hatten, die mit Entwicklungsbedürftigkeit schon gar nichts zu tun haben. Ich bin daher der Meinung, daß man den von mir zitierten Punkt der Richtlinien des Betriebsinvestitionsfonds mit Nachdruck noch einmal in Erinnerung bringen soll, damit das zuständige Referat in Hinkunft für die Verwendung dieser Mittel eine einwandfreie Richtlinie hat.

Aus diesem Grunde gestatte ich mir, dem Hohen Hause einen weiteren Resolutionsantrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Er lautet *(liest)*:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, mit Rücksicht auf die große Anzahl unerledigter Anträge die Gewährung von Krediten aus dem n.-ö. Betriebsinvestitionsfonds entsprechend seiner Zweckwidmung auf Betriebsneugründungen und Betriebserweiterungen in den entwicklungsbedürftigen und grenznahen Landesteilen zu beschränken.“

Neben dem **Betriebsinvestitionsfonds**, von dem ich nun lange genug zu Ihnen gesprochen habe, hat das Hohe Haus im heurigen Frühjahr auch die Übernahme der Landeshaftung als Möglichkeit einer Förderung für die entwicklungsbedürftigen Gebiete eröffnet. Das zuständige Referat hat bereits zahlreiche Anträge um Haftungsübernahme in Bearbeitung und überprüft diese sehr gewissenhaft und gründlich. Ich glaube, es ist angezeigt, daß man sich bei der Übernahme einer derart großen Verpflichtung über die Kreditwürdigkeit im klaren ist. Gerade deshalb, weil offensichtlich eine sehr gewissenhafte Überprüfung der Kreditwürdigkeit der Bewerber Platz greift, halte ich eine Belastung von zwei Prozent als **Haftungsgebühr** zu hoch, denn wir dürfen nicht vergessen, daß diese Haftungsübernahme auch eine Art der Förderung sein soll. Es ist wohl gerechtfertigt, wenn in solchen Fällen die Übernahme der Haftung nicht nach rein kommerziellen Gesichtspunkten erfolgt. Ich stelle in dieser Angelegenheit keinen Resolutionsantrag, möchte aber doch das zuständige Referat ersuchen, zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, bei der Übernahme der Landeshaftung für diesen Zweck ähnlich vorzugehen wie die Kreditinstitute bei der Haftungsübernahme im Zusammenhang mit der Fremdenverkehrskreditaktion. In diesen Fällen wird von den Kreditinstituten eine Haftungsgebühr von einem halben Prozent verrechnet. Ich halte es absolut nicht für gerechtfertigt, wenn das **Land** für die Übernahme der Landeshaftung bei Förderungsmaßnahmen für entwicklungsbedürftige Gebiete Niederösterreichs mehr als dieses halbe Prozent verrechnet. Vielleicht kann man über diese Frage im Schoße der

Landesregierung diskutieren und sie einer befriedigenden Lösung zuführen.

Meine Damen und Herren! Da ich gerade beim Vorbringen von Wünschen bin, möchte ich noch einen weiteren Wunsch hinzufügen. Dieser bezieht sich auf die von mir bereits erwähnte Sonderaktion zur Modernisierung der sanitären Anlagen der Gaststätten in den entwicklungsbedürftigen Gebieten. Diese Aktion hat überall großen Anklang gefunden und stellt auf Grund der guten Ergebnisse einen vollen Erfolg dar. Als sie zu Beginn dieses Jahres eingestellt wurde, lagen 17 unerledigte Anträge vor, und mehr als zwei Dutzend Interessenten, die sich um Antragsformulare für das Jahr 1962 beworben hatten, mußten abgewiesen werden.

Es wurde heute während der Debatte zur Gruppe 7 mehrmals mit Recht auf die große Bedeutung des Fremdenverkehrs hingewiesen. Es gibt Gegenden — und dazu gehören Teile der entwicklungsbedürftigen Gebiete Nidderösterreichs —, in denen der Förderung des Fremdenverkehrs durch den Ausbau der Gaststättenbetriebe keine geringere Bedeutung zukommt als der Errichtung von gewerblichen und industriellen Betrieben. Ich glaube daher, daß wir uns bemühen sollten, die im Jahre 1962 eingestellte Sonderaktion ehestens wieder aufleben zu lassen; ich möchte auch nicht verhehlen, daß der zuständige Referent, Herr Landesrat Hirsch, diesem Gedanken durchaus nicht negativ gegenübersteht. Einem diesbezüglichen im Ausschuß vorgebrachten Wunsch hat er lediglich entgegengehalten, daß die Sonderaktion mangels der erforderlichen Mittel zunächst nicht weitergeführt werden konnte, daß er aber gerne bereit sei, sie bei Bereitstellung entsprechender Mittel wieder fortzuführen. Ich glaube, Herr Landesrat, daß wir die notwendigen Beträge aufbringen können, und zwar dann, wenn wir bei der Aufteilung der Förderungsmittel des Bundes für das Jahr 1963 nach einem anderen Schlüssel vorgehen als im heurigen Jahr.

In den vergangenen zwei bis drei Jahren haben wir verhältnismäßig hohe Summen für die Verkehrserschließung aufgewendet. Im Jahre 1963 wird aber dem Straßenbau an Budgetmitteln aus dem ordentlichen Voranschlag mehr zugeführt werden als in der Vergangenheit. Dazu kommt, daß die Verkehrserschließung ohne Zweifel eine Maßnahme darstellt, die von der Hoheitsverwaltung mit ordentlichen Budgetmitteln finanziert werden mußte.

Man könnte daher meines Erachtens im kommenden Jahr eine Million S aus diesen Bundesförderungsmitteln zu Lasten der Ver-

kehrerschließung abzweigen, um die von uns allen als nützlich und notwendig erachtete Sonderaktion weiter fortzuführen. Um Ihnen, Herr Landesrat, die Durchsetzung dieses Wunsches zu erleichtern, möchte ich die Unterstützung des Hohen Hauses in Anspruch nehmen und auch zu diesem Punkte einen Resolutionsantrag einbringen, der lautet (Ziest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, aus den im Jahre 1963 vom Bund zu erwartenden Mitteln für die Förderung der unterentwickelten Gebiete Niederösterreichs einen Betrag von 1.000.000 S bereitzustellen, damit die Sonderaktion zur Modernisierung der sanitären Anlagen von Gaststätten, die in den entwicklungsbedürftigen Landesteilen gelegen sind, fortgesetzt werden kann.“

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Worte zur Notwendigkeit eines zweckmäßigen Einsatzes dieser Förderungsmittel. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es gerade dann, wenn der Umfang der Mittel bescheiden ist, notwendig wäre, diese Mittel um so zweckmäßiger zu verwenden. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, wäre es vor allem wichtig, die verstreuten Förderungsmittel zu koordinieren und womöglich kombiniert einzusetzen. Ich denke dabei beispielsweise daran, daß man in jenen Landesteilen, in denen eine industrielle Neugründung weder wünschenswert noch zu erwarten ist, die Förderungsmittel für die Landwirtschaft mit den Förderungsmitteln des Fremdenverkehrs kombiniert und konzentriert in bestimmten Teilen zum Einsatz bringt. Dafür sollte man aber auch in diesen Gebieten wiederum nicht die Förderungsmittel für Industrieneugründungen verzetteln, weil sie in diesem Falle in keiner Weise dazu geeignet wären, eine Strukturverbesserung zu erreichen, sondern mitunter sogar die Struktur belasten würden. Man soll also versuchen, die verschiedenen Stellen, die sich mit diesen Förderungen befassen, zu einem koordinierten Einsatz zu bewegen; ich glaube, daß diese Koordinierungsstelle der Landesentwicklungsverein, der Verein zur Förderung der Wirtschaft in den unterentwickelten Gebieten Niederösterreichs, sein kann. Nicht nur, daß dieser Entwicklungsverein es schon höchst notwendig hätte, daß er endlich eine Aktivität entfaltet: er hat immerhin seit 20 Monaten keine Sitzung mehr abgehalten. Ich glaube, daß es auch eine echte Notwendigkeit gibt, daß er eine Aktivität entwickelt. Diese würde darin bestehen müssen, daß er ein Instrument einer koordinierten und planvollen Entwicklungspolitik wird. Das würde auch deshalb wün-

inn des  
enschaft-  
ur prak-  
kommen  
Unter-  
teignun-  
cher Ge-  
it einer  
m Wald-  
Raum-  
u erwar-  
och nicht  
rstauben,  
zu einer  
. Daher  
haftlichen  
lungsver-  
in müße  
erung der  
Die Not-  
reits auf-  
las durch  
ie Thema  
slosigkeit  
die Aus-  
Krediten  
ner Bera-  
die Ver-  
uns der  
eren; das  
ittel des  
hen. Seit-  
diese För-  
mit dem  
mit einer  
in diesen,  
öchte die  
nicht be-  
in Instru-  
Lande hat,  
licht dazu,  
die Förde-  
am zweck-  
werden sol-  
r Entwick-  
in dem die  
agen zur  
Daß dazu  
nn je Ver-  
ucht nicht  
möchte in  
Ausführun-  
nn gestern  
6 hinsicht-  
ht hat, zu-  
die Frage  
rage allge-  
e im Lan-  
itiert wer-  
assung wie

der Herr Landeshauptmann, daß es lediglich deshalb in Langau nicht zu einer Betriebe-neugründung kommen kann, weil die 65-km-Zone dem hinderlich entgegensteht. Sonst müßten wir in anderen Gebieten des Bezirkes Horn, wo sich die 65-km-Zone nicht auswirkt und wir uns mit gleicher Intensität um Betriebsneugründungen bemühen, schon längst solche Betriebsgründungen aufweisen. Es ist in Langau so, daß neben der 65-km-Zone zweifellos eine ganze Reihe widriger Standortfragen mitspielen, die es wahrscheinlich nicht ermöglichen, daß dort von der Privatwirtschaft her eine Neugründung zustande kommen wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch hier die Grenzen der Möglichkeiten der freien Marktwirtschaft aufzeigen. Es ist ganz einfach nicht zu erwarten, daß sich nach den Prinzipien der freien Marktwirtschaft ein Betrieb in einer Gegend niederläßt, wo die Standortvoraussetzungen ungünstiger sind als wo anders. Hier müssen Maßnahmen einsetzen, die nicht auf dem Boden der freien Marktwirtschaft erwachsen, sondern die von anderen Beweggründen als vom Motiv des (Gewinnstrebens) her bestimmt werden. Es ist in Langau so, daß der Bergbau der verstaatlichten Industrie zugehört. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß hier die verstaatlichte Industrie, die diesen Bergbau seit Jahren aufrecht erhält — und ich bin überzeugt, daß er nur deshalb aufrecht erhalten wurde und von privaten Unternehmern mutmaßlich schon längst gesperrt worden wäre — nun, wenn das Bergwerk stillgelegt werden muß, weil es ausgekohlt ist, in irgendeiner Form die Arbeitsplätze (weiter) beläßt. Man würde dort mit Hilfe der verstaatlichten Industrie und mit Unterstützung des Landes Niederösterreich eine Produktionsstätte errichten, die das ersetzt, was wir auf privatwirtschaftlicher Ebene in Langau nicht erwarten dürfen. Vielleicht kann in dieser Richtung der Landesentwicklungsverein sehr brauchbare Vorschläge unterbreiten. Ich möchte aber auch zu einer anderen Angelegenheit eine Bemerkung machen: Der Herr Landeshauptmann hat die 65-km-Zone gewissermaßen zum Sündenbock dafür gemacht, daß es in den entwicklungsbedürftigen Gebieten zu einer starken Abwanderung kommt bzw. diese für die Abwanderung verantwortlich gemacht. Sie kennen unsere Einstellung zum Problem der 65-km-Zone. Wir haben sowohl in der Arbeiterkammer als auch hier im Hohen Hause mit Ihnen gemeinsam die gleichen Ziele verfolgt und die bezüglichen Anträge beschlossen. Ich bin durchaus wie Sie der Auffassung, daß die 65-km-Zone die Neu-

gründung von Betrieben behindert und erschwert. Aber eines ist sicherlich nicht richtig: daß sie für die Abwanderung der Bevölkerung verantwortlich wäre. Wenn Sie sich die Abwanderungsquoten, die ich eingangs zitiert habe, etwa in Poysdorf, in Haugsdorf, in Laa an der Thaya ansehen, so sind die größten Abwanderungsquoten gerade dort zu verzeichnen, wo die 65-km-Zone sich überhaupt nicht auswirkt. Die Abwanderung kann daher nicht diese Ursache haben. Das wollte ich nur zur Richtigstellung einer Bemerkung des Herrn Landeshauptmannes von gesterh noch sagen.

In einer Periode der wirtschaftlichen Entwicklung, in der selbst die Industriellenvereinigung ein langfristiges Wirtschaftskonzept als nützlich und notwendig bezeichnet und einen wirtschaftspolitischen Beirat akzeptiert, der die Bundesregierung in ihren Entscheidungen berät, kann sich nach meinem Dafürhalten gerade Niederösterreich, das doch in den nächsten Monaten bei den Verhandlungen mit dem Bund die Entwicklungsbedürftigkeit seiner Gebiete besonders in den Vordergrund stellen wird und das immer wieder im besonderen Maße Förderungsmittel für sich beansprucht, nicht länger leisten, daß wir unsere Entwicklungsinstitution, die dafür geschaffen wurde, über diese Maßnahmen zu beraten und eine Lösung herbeizuführen, weiterhin im Ausgedinge belassen. Ich möchte daher in diesem Zusammenhang doch der Erwartung Ausdruck verleihen, daß wir mit einer sehr baldigen Reaktivierung und Aktivierung dieses Vereines rechnen dürfen.

Und nun, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich noch zu einem Problem Stellung nehmen, das meines Erachtens deshalb zur Budgetgruppe 7 gehört, weil es bis zu einem gewissen Grad auch eine Förderungsmaßnahme für die Landwirtschaft darstellen dürfte. Sie wissen alle, daß die Preisentwicklung seit dem Jahre 1961 alles andere als befriedigend gewesen ist. Vor allem die Preise bei Obst und Gemüse — auch das hat der Herr Abgeordnete Fuchs bereits betont — sind weit höher gelegen als in den Jahren vorher. Selbst wenn man den November mit seinen saisonbedingten Rückgängen in den Preisen von Obst und Gemüse zum Vergleich heranzieht, so liegen im November die Obst- und Gemüsepreise in Niederösterreich horrend höher als im Vorjahr. Wenn ich diese Behauptung aufstelle, möchte ich dafür auch nicht den Beweis schuldig bleiben und nur an Hand der amtlichen Marktberichte aus Wiener Neustadt etwa einige Beispiele zitieren.

So waren in Wiener Neustadt im November

'dieses Jahres die Preise für Blätterspinat um 44 Prozent höher als im November 1961, bei Kohl um 25,7 Prozent, bei Weißkraut um 11,8 Prozent (*Abg. Weiß: Das war doch auf die schlechte Witterung zurückzuführen!*) — ich komme darauf noch zu sprechen, Herr Kollege Weiß —, bei Häuptelsalat um 66,7 Prozent, bei Endiviensalat um 51,6 Prozent, bei Sauerkraut um 17,8 Prozent, bei Zwiebeln um 29,1 Prozent, bei Chinakohl um 23 Prozent, bei Karfiol um 103 Prozent usw. Ich will Sie nicht damit ermüden, daß ich die Verlesung dieser Liste ins Endlose fortsetze.

Sie ersehen daraus, daß die Behauptung tatsächlich stimmt. (*Abg. Dipl.-Ing. Robl: Da nützt aber die Einfuhr auch nichts!*) Herr Kollege Ing. Robl, ich plädiere gar nicht, wie Sie vielleicht befürchten, für eine Erweiterung der Einfuhr. Aber die Hauptursache dieser Preissteigerung liegt vor allem darin, daß man gerade bei Obst und Gemüse im Kleinhandel die von der Paritätischen Kommission empfohlenen Handelsspannen nicht einhält. Die Paritätische Kommission hat für die Handelsspanne im Großhandel eine Obergrenze von 20 Prozent und für die Handelsspannen im Kleinhandel eine Höchstgrenze von 40 Prozent empfohlen. Die Nichteinhaltung dieser Spannen ist vor allem mit die Ursache dieser hohen Preise. Das wird besonders immer dann sehr deutlich, wenn es sich um Waren handelt, die von inländischen Produzenten auf den Markt gebracht werden, wo daher der Konsument recht genau weiß, was der Bauer für diese Ware erhält. Ich verweise dabei etwa auf Kirschen, auf Erdbeeren, auf Zwetschken, auf Marillen oder auch auf Erdäpfel. (*Zwischenrufe.*)

Die Tatsache, daß diese Waren verteuert wurden, obwohl sie mitunter vom Bauern beim Handel kaum noch an den Mann gebracht werden können und sehr häufig nur zu sehr schlechten Preisen ihren Absatz finden, hat gerade in Industriebetrieben sehr viel Unmut ausgelöst. In den letzten Monaten wurde daher immer stärker der Wunsch laut, das Betriebsaktionenverbotsgesetz in der Richtung hin zu novellieren, daß rnsn so wie in der Steiermark eine Verordnungsermächtigung schafft, die für agrarische Produkte einen Direktbezug vom Produzenten, also von den Bauern, ermöglicht.

Ich glaube, daß diese Forderung vernünftig und auch gerechtfertigt ist. Daß sie gerechtfertigt ist, hat, wie ich glaube, auch die letzte Vollversammlung der Arbeiterksmmer bewiesen, denn in dieser Vollversammlung wurde eine Resolution mit den Stimmen der Vertreter der christlichen Gewerkschafter

beschlossen, in der ausdrücklich auch die Forderung enthalten war, man möge das Betriebsaktionenverbotsgesetz da'hingehend novellieren, daß man einen derartigen Direktbezug vom Bauern ermöglicht.

Ich mache mich im Zusammenhang mit meiner Wortmeldung gerne zum Sprecher dieser Forderungen und der in der Resolution zum Ausdruck gekommenen Wünsche und erlaube mir daher, dem Hohen Hause nachfolgenden Recolutionsantrag zu unterbreiten (*Ziest*):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag ehestens eine Novelle des Landesgesetzes vom 19. Juli 1956, LGBl. Nr. 801 1956, zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen; welche es in Hinkunft ermöglicht, daß agrarische Prodirkte im Verordnungswege vom Betriebsaktionenverbot ausgenommen werden können.“

Ich bin der Ansicht, daß einer Beschlußfassung dieses Antrages nichts im Wege stehen kann, denn es läuft zweifellos nicht den Interessen der Bauernschaft zuwider, wenn eine solche Möglichkeit eröffnet wird. Es haben sich, wie schon betont, die christlichen Gewerkschafter 'dafür ausgesprochen. Und obendrein ist das auch keine Sonderregelung für Niederösterreich, sondern wir haben beispielsweise die gleiche Regelung seit Jahren auch schon in der Steiermark. Ich darf daher wohl, wie ich hoffe, mit der Unterstützung auch der Mehrheit dieses Hauses rechnen.

Damit bin ich auch schon, sehr geehrte Damen und Herren, am Schluß meiner Ausführungen. Es war mir mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nicht möglich, alle Fragen, die mich bedrängen, zur Sprsche zu bringen. Ich habe mich daher auf die vorrangigsten Probleme beschränkt. Wenn aber die Zustimmung des Hohen Hauses zu den Anträgen, die ich gestellt habe, erfolgt, so bin ich mir gewiß, daß wir damit bei der Lösung einiger Fragen sicher einen guten Schritt weiterkommen würden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT WONDRAK: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schneider. Ih erteile es ihm.

ABG. SCHNEIDER: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte zu den vielen Gedanken, die hier zur Debatte gestellt wurden, kurz Stellung nehmen. Ich glaube, Herr Dr. Litschauer, Sie haben vier Resolutionen eingebracht. Ich fange gleich bei der Resolution an, die Sie zuletzt eingebracht haben, und die eine Novellierung des Betriebsaktionenverbotsgesetzes verlangt. Da sind Sie bei mir gerade recht! (*Heiterkeit.*) Ich habe näm-

lich c  
tragsve  
führt,  
Bereich  
Handel  
nissen  
später  
was ich  
wierige  
ständni  
Spreche  
beitneh  
'stellten  
sere G  
dingung  
ja prak  
Wege e  
in Teil  
der Pro  
Darauf  
geben: l

Diese  
die-bezi  
haben.  
Handel:  
Klein- u  
Existenz  
Sie ken  
Tisch; s  
nisse at  
(Zwisch  
schaftlic  
lange m  
Sie viel  
Zwische  
sagt: Ma  
wissens  
müsse  
würde s  
ihren w  
disponie

Wir h  
— obwo  
betriebe  
hinnehn  
lischen  
eine Ge  
irgendw  
15 Stun  
eine gol  
tragbar  
Handels  
Feind, s  
ter- un  
selbst ei  
haben m  
Vertraut  
sam eine  
das Prob  
ich kenn



ch die  
das Be-  
end no-  
Direktbe-

ang mit  
Sprecher  
resolution  
sche und  
se nach-  
erbreiten

gefordert,  
des Lan-  
l. Nr. 80/  
ung vor-  
möglich,  
ordnungs-  
usgenom-

Beschluß-  
Wege ste-  
nicht den  
er, wenn  
wird. Es  
iristlichen  
nen. Und  
rregelung  
haben bei-  
it Jahren  
arf daher  
erstützung  
chnen.

r geehrte  
einer Aus-  
t auf die  
alle Fra-  
pnache zu  
die vor-  
kt. Wenn  
Hauses zu  
e, erfolgt,  
it bei der  
nen guten  
Beifall bei

RAK: Zum  
bgeordnete

imen und  
den vielen  
stellt wur-  
aube, Herr  
esolutionen  
der Reso-  
nicht haben,  
etriebsaktio-  
ind Sie bei  
habe näm-

lich die Handelsangestellten-Kollektivvertragsverhandlungen für Niederösterreich geführt, die wir vorgestern nacht für meinen Bereich abgeschlossen haben. Wir haben den Handelsangestellten aus moralischen Erkenntnissen heraus — das werde ich Ihnen auch später belegen und zu erklären versuchen, was ich mir darunter vorstelle — nach langwierigen, schwierigen Verhandlungen Zugeständnisse gemacht. Aber Sie wollen als Sprecher der von Ihnen zu vertretenden Arbeitnehmerschaft demselben Handelsangestellten, dem wir an seinem Arbeitsplatz bessere Gehälter und damit bessere Lebensbedingungen zugestehen, mit Ihrer Resolution ja praktisch Umsätze entziehen, weil Sie im Wege einer Durchlöcherung dieses Gesetzes in Teilbereichen zu einem Direktverkauf von der Produktion zum Konsumenten drängen. Darauf kann ich Ihnen nur die Antwort geben: Nein!

Dieses Nein gilt zunächst einmal für den diesbezüglichen Vorschlag, den Sie gebracht haben. Wir haben in Niederösterreich 21.000 Handelsbetriebe. Darunter gibt es 15.000 Klein- und Mittelbetriebe, die härter um ihre Existenz ringen, als Sie das vielleicht wissen. Sie kennen die Dinge sehr gut vom grünen Tisch; sie müssen die tatsächlichen Verhältnisse aber auch aus der Praxis heraus sehen. (Zwischenrufe.) Wenn Sie wirtschaftswissenschaftliche Auffassungen und praktische Belange mischen, meine Herren, dann kommen Sie vielleicht zu einer besseren Sicht. (Weitere Zwischenrufe.) Maria Theresia hat schon gesagt: Man dürfe ihr nicht nur mit Wirtschaftswissenschaftlern kommen, sondern man müsse ihr auch Praktiker schicken; dann würde sie die richtige Mischung haben, um in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen richtig disponieren zu können.

Wir haben uns bei diesen Lohnforderungen — obwohl wir für 15.000 Klein- und Kleinstbetriebe keine zusätzlichen Belastungen mehr hinnehmen hätten können — aus einer moralischen Auffassung heraus gesagt, es liegt eine Geldwertverdünnung vor, das muß man irgendwie berücksichtigen. Wir sind in 15 Stunden zu einem Ergebnis gelangt, das eine goldene Mitte dargestellt hat und noch tragbar ist. Am Montag fangen wir mit den Handelsarbeitern zu sprechen an. Ich bin kein Feind, sondern ein Freund der Handelsarbeiter- und Handelsangestellten. Ich glaube, selbst einen ganz gut geführten Betrieb zu haben mit 18 Mitarbeitern, die mir das nötige Vertrauen zurückgeben und mit mir gemeinsam eine hohe Leistung erbringen. Ich kenne das Problem seit Jahrzehnten aus der Praxis, ich kenne es auch von der wirtschaftswissen-

schaftlichen Ebene her und habe mich auch bemüht, von dieser Warte das Problem zu begreifen. Das war die letzte Resolution.

In einer anderen Resolution wollen Sie haben, daß der Bund zu der Entwicklungshilfe, die er jetzt schon gibt, eine Million zuschießt. Wenn der Bund die Million gibt, stimmen wir gerne zu. (Zwischenruf links: Überlegen Sie doch einmal, Sie haben jetzt zugesichert, obwohl Sie das mißverstanden haben! Abg. Rösch: Lesen Sie es zuerst!) Ich habe es mir nicht aufgeschrieben, Sie haben ja einen nach dem anderen sozusagen im vollen Einsatz serviert. (Abg. Rösch: Lesen Sie den Antrag zuerst!) Wir werden also diesen Millionenantrag noch einmal studieren.

Ich greife auf den zweiten Resolutionsantrag zurück. Da wollen Sie haben, daß die Vergabe aus dem Betriebsinvestitionsfonds nach von Ihnen gezielten Gesichtspunkten stattfindet, und zwar an die tote Grenze, in andere Räume aber nicht. Da sage ich auch gleich, unbeschadet einer Rücksprache mit meinen Herren, nein. Und zwar aus folgenden Gründen. Sie können doch nicht schon wieder ungleiche Bedingungen für alle möglichen Leute schaffen! Der bekommt, der bekommt nicht. Es gibt ja zu den Kriterien, die Ihnen vom grünen Tisch vorschweben, auch noch praktische Ergänzungen. (Zwischenruf links: Diese Beschränkung steht im Gesetz!) Die Beengtheit, meine Herren, die im Gesetz drinnen ist, geht in Ordnung, aber hier wird eine weitere verlangt, nämlich noch mehr einzuengen, um beispielsweise eine Anforderung, die von einem bestehenden Betrieb zur Betriebsausweitung kommt, nicht erfüllen zu können. Da können wir nicht zustimmen. (Abg. Rösch: Wenn er nicht im entwicklungsbedürftigen Gebiet ist!) Sie werden mich nicht verwirren, Herr Staatssekretär, in keiner Weise. Dem Antrag, der wegen der Einengung gekommen ist, kam nicht zugestimmt werden.

Den ersten Antrag, den Sie gebracht haben, haben Sie mir weggenommen. Ich habe einen ähnlichen, einen weitergehenderen gehabt. Ich trage ihn hier nicht vor, es wird Ihrer vorgetragen werden. Der Antrag, den Sie betreffend der Einengung eingebracht haben, lautet wörtlich (liest): „Die Landesregierung wird aufgefordert, mit Rücksicht auf die große Anzahl unerledigter Anträge die Gewährung von Krediten aus dem niederösterreichischen Betriebsinvestitionsfonds entsprechend seiner Zweckwidmung auf Betriebsneugründungen und Betriebserweiterungen in den entwicklungsbedürftigen und grenznahen Landesstellen zu beschränken.“ Das ist eine weitere Einengung der bestehenden Be-

schränkung, der man nicht zustimmen kann. (Heiterkeit bei der SPÖ. Abg. Rösch: Das ist eine Logik!) Ich werde Ihnen meine Logik gleich darstellen. Ich darf Sie aber, Herr Staatssekretär, bitten, mich hier aussprechen zu lassen. Ich 'bin sehr gerne bereit, ohne jeden persönlichen Angriff zur Sache zu sprechen. Ich darf Sie aber bitten, mir die Möglichkeit dazu zu geben, indem Sie störende Zwischenrufe unterlassen. (Präsident Tesar übernimmt den Vorsitz.)

Betreffend Industrialisierung und der bereits bekannten Kriterien, die Sie uns, 'Herr Doktor, vorgetragen haben, gibt es auch noch andere Dinge, die man gleichfalls zu berücksichtigen hat. Glauben Sie, daß es richtig ist, Industrieneugründungen zu unterstützen, oder 'meinen Sie nicht, daß es vielleicht fallweise klüger wäre, bestehende Unternehmungen mit diesem Fremdkapital zu unterstützen, damit diese entsprechend modernisiert, vielleicht sogar automatisiert und rationalisiert werden können, wodurch sie zu einer 'betrieblich höheren Leistung kommen, als das bisher der Fall war. Ich glaube, das müßte die sinnvollere Tätigkeit auf diesem Gebiet sein. Man soll nicht grundsätzlich immer nur für Neugründungen reden. Bei einer Neugründung ist doch zunächst zu überlegen, ob die Kapazität in diesem Wirtschaftszweig nicht schon so groß ist, daß die Produktion gegenüber der möglichen Konsumation bereits in eine Verzerrung geraten ist. Man würde dann mit der Neugründung eines weiteren derartigen Unternehmens volkswirtschaftlich keine positive Handlung setzen.

Ich darf Ihnen vielleicht eine zweite Überlegung vortragen.

Wenn Industrieunternehmungen aus dem EWG-Raum. — solche Fälle hat es auch 'gegeben — versuchen, die Zollmauern in den EFTA-Raum zu überspringen und nunmehr hier Teilbetriebe errichten, um ihre Produkte günstiger auf den Markt zu bringen, dann glaube ich auch nicht, daß es richtig ist, solchen Bestrebungen das Wort zu reden. Wenn eines Tages die europäische Integration wirksam wird und es keine EWG und keine EFTA, sondern einen gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum gibt, was würden diese Betriebe mit ihren Teilbetrieben tun, die sie jetzt aus zolltechnischen Gründen schaffen? Sie würden wieder nach Hause gehen und uns bliebe ein Industriefriedhof zurück. Das ist alles sehr zu bedenken. Darum bin ich der Meinung, daß dieser Antrag nicht ganz richtig sein kann.

Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren — das war ja meine eigentliche Absicht zu diesem Kapitel 7 — auch einen Resolutions-

antrag vorlegen, der parallel mit einem Ihrer Anträge, ja vielleicht sogar etwas weiter geht, und dem Sie Ihre Zustimmung geben können. Er lautet (liest):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Entwicklungshilfe des Bundes hat durch überweitr Streuung an Wirksamkeit verloren. Damit der diesbezügliche Aufwand des Bundes im ursprünglichen Ausmaß von 100 Millionen Schilling pro Jahr seiner Widmung gerecht wird, müßten die echten Entwicklungsgebiete stärkere Berücksichtigung finden. Hier ist vor allem an die Lage an der Toten Grenze, den Bevolkerungsschwund, das Ausmaß der Kriegs- und Besatzungsschäden sowie die dadurch verursachte Verschuldung zu denken. Da das Land seit Jahren aus eigenen Mitteln Hilfsaktionen für die Entwicklungsgebiete des Landes durchführt — es sei in diesem Zusammenhang insbesondere an die in diesem Jahr erfolgte Errichtung eines Betriebsinvestitionsfonds und die Übernahme der Lande-Haftung, insbesondere für Kommunalkredite, erinnert —, muß auch eine stärkere Beitragsleistung des Bundes erwartet werden, da die Landesmittel nicht ausreichen, den wirtschaftlichen Rückstand dieser Gebiete so rasch als nötig zu beseitigen“

Darf ich noch zu einigen Punkten Stellung nehmen.

Zunächst hat Herr Abg. Sigmund über den Fremdenverkehr gesprochen. Er hat uns dargelegt, daß dem Fremdenverkehr eine ungeheure Bedeutung zukommt, weil er als Devisenbringer eine an und für sich passive Handelsbilanz zur aktiven Zahlungsbilanz macht, und daß nichts unversucht bleiben sollte, um diesem Zweig immer wieder Förderungsmaßnahmen zukommen zu lassen. Er hat auch erklärt, man müsse nicht grundsätzlich daran denken Neues zu bauen, sondern bestehende Betriebe auszubauen. Ich hab' heute nachmittags als Berichterstatter über einen zusätzlichen 30-Millionen-Kredit referiert, der als Ergänzung zu den bereits bewilligten 230 Millionen gedacht ist. Erfreulich ist es, daß seit 1955 die niederösterreichischen Fremdenverkehrsbetriebe größte Bereitschaft zur Modernisierung ihrer Einrichtungen zeigen. Vorher war diese Bereitschaft aus begreiflichen Gründen nicht gegeben. Bis 1955 lag über dem Lande eine gewisse Lethargie, hervorgerufen durch die Anwesenheit der Besatzungstruppen. Wenn aber nun soviel von Krediten die Rede ist, dann ein Wort überhaupt zu den Kreditbedürfnissen. Sie sehen, daß durch das verstärkte Begehren nach Krediten eine große Kapitalsnot ent-

standen  
kapital  
Betrieb  
Kraft z  
Fall ist  
die bek  
klaren  
Wirtsch  
müsse  
um in  
Zukunft  
Präside  
schafts  
mer, wi  
Das sin  
diese Fi  
her seh  
sind ur  
füllen k  
Zukunft  
Tätigkei  
zuhalter

Mit I  
staatlich  
verstanc  
Ststistik  
chischen  
zu dem  
triebe C  
Milliard  
müssen,  
die Fein  
wir wol  
Vielleicht  
gendes  
Gelegen  
mit Dirt  
gen, wi  
Da wurc  
in der le  
ergaben,  
mehr fi  
Grunde  
müßten.  
wir so  
wunderr  
schäftigt  
ßer Sorg  
staatlich  
des Ch  
denke, d  
biete di  
halten,  
große K  
Aufträge  
alles; di  
Krug un  
und mal  
ist nicht  
fügen: d

em Ihrer  
iter geht,  
können.

en:

ides hat  
ksamkeit  
Aufwand  
maß von  
ner Wid-  
iten Ent-  
ichtigung  
ge an der  
vund, das  
sschäden  
schuldung  
hnen aus  
die Ent-  
führt —  
besondere  
rrichtung  
ind die  
insbeson-  
—, muß  
des Bun-  
desmittel  
en Rück-  
ig zu be-

Stellung

über den  
uns dar-  
ne unge-  
als De-  
passive  
ngsbilana  
bleiben  
der För-  
assen. Er  
t grund-  
uen, son-  
uen. Ich  
terstatter  
en-Kredit  
n bereits  
t. Erfreu-  
terreichi-  
öste Be-  
Einrich-  
reitschaft  
eben. Bis  
wisse Le-  
Anwesen-  
aber nun  
dann ein  
ürfnissen.  
Begehren  
snot ent-

standen ist. Es wäre schöner, wenn Eigenkapital vorhanden wäre, und wenn es den Betrieben möglich wäre, sich aus eigener Kraft zu modernisieren. Daß dies nicht der Fall ist, liegt an verschiedenen Umständen, die bekannt sind, so daß man sie nicht erklären muß. Herr Präsident Fuchs hat den Wirtschaftsrat erwähnt und gemeint, man müsse ein derartiges Instrument schaffen, um in planvoller Form den Problemen der Zukunft gegenüberzutreten zu können. Herr Präsident, wozu brauchen wir einen Wirtschaftsrat? Wir haben doch die Arbeiterkammer, wir haben doch die anderen Kammern. Das sind jene Instrumente, mit denen man diese Fragen abzusprechen hat und die bisher sehr segensreich in Erscheinung getreten sind und ihre Aufgaben bisher auch erfüllen konnten. Ich glaube, daß sie auch in Zukunft in der Lage sein müßten, diese ihre Tätigkeit ebenso segensreich wie bisher beizuhalten.

Mit Ihren Ausführungen über die verstaatlichte Industrie sind wir nicht ganz einverstanden. Wenn man beispielsweise die Statistik Westdeutschlands mit der österreichischen Situation vergleicht, so kommt man zu dem Schluß, daß die verstaatlichten Betriebe Österreichs seit 1955 bis heute ca. 28 Milliarden mehr an Steuern hätten erbringen müssen, als sie enbracht haben. Wir sind nicht die Feinde der verstaatlichten Betriebe, aber wir wollen nur, daß sie gut funktionieren. Vielleicht darf ich bei dieser Gelegenheit folgendes sagen: Ich habe heuer im Frühjahr Gelegenheit gehabt, in mehreren Ländern mit Direktoren zu sprechen und diese zu fragen, wie der Handelsverkehr funktioniere. Da wurde mir immer wieder gesagt, daß sich in der letzten Zeit erhebliche Schwierigkeiten ergaben, weil wir in preislicher Hinsicht nicht mehr funktionieren, und weil aus diesem Grunde verschiedene Stornierungen ergehen müßten. Sie sagten uns im Ausland, wenn wir so weitermachen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir eines Tages die Vollbeschäftigung verlieren. Das hat uns mit großer Sorge erfüllt. Wenn ich nun an die verstaatlichten Betriebe und an die Bemühungen des Chefs dieser verstaatlichten Betriebe denke, durch Reisen in unterentwickelte Gebiete die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten, dann muß ich sagen, es ist keine große Kunst, in unterentwickelten Gebieten Aufträge zu holen, denn dort braucht man ja alles; die brauchen ein Wasserglas, einen Krug und einen Tisch; die haben ja nichts, und man kann ihnen alles verkaufen. Das ist nicht schwer. Eines ist aber noch hinzuzufügen: die haben ja auch kein Geld, um diese

Lieferungen zu bezahlen. Ob wir Österreicher es uns leisten können, durch langfristige Geschäfte in eine enge Finanzlage zu kommen, wie es bei den verstaatlichten Betrieben derzeit der Fall ist, das lasse ich zunächst dahingestellt. Wenn Sie erklären, daß die verstaatlichte Industrie ihre Verpflichtungen erfüllt hat, dann muß ich sagen, sie hat es nicht sehr schwer, neben den privatwirtschaftlichen Betrieben mit viel besseren Startbedingungen im Wirtschaftsgeschehen zu stehen. Bedenken Sie doch, daß sich auf Grund der heutigen Steuergesetzgebung die Konzentrationstendenzen zugunsten dieser Mammutunternehmen auswirken und daß die Klein- und Mittelbetriebe wesentlich schlechtere Startbedingungen haben. Die ERP-Kredite, welche die verstaatlichten Betriebe bekommen haben, sind in die Milliarden gegangen, in einer Zeit, wo die übrige Wirtschaft des Landes und insbesondere die niederösterreichische Wirtschaft keinen Groschen von diesen Hilfgeldern gesehen hat.

Herr Präsident Fuchs hat auch von der Geldverdünnung gesprochen. Wir kennen das Problem, wir wissen sehr genau, daß eine Geldverdünnung nicht eine österreichische Krankheit allein ist, sondern ein westliches Übel, die vielleicht dann tragbar ist, wenn sie den Zinsauftrieb nicht verschluckt, sondern darunter liegt. Wenn eine Entwicklung wie in den letzten 7, 8 Jahren eine jährliche Geldverdünnung von 2 bis 3 Prozent bringt, dann kann man sagen, daß diese Geldverdünnung der Gegenpreis für die absolute Vollbeschäftigung ist. Man kann entweder eine absolute Vollbeschäftigung mit einer leichten Überhitzung anstreben und muß diese Geldverdünnung dann in Kauf nehmen; oder man stellt sich auf den Standpunkt: Stabilerhaltung des Geldwertes um jeden Preis, wobei dann die Gefahr einer gewissen Arbeitslosigkeit gegeben wäre. Wir sprechen also für die Vollbeschäftigung, wenn man die Geldverdünnung in Kontrolle hält. Wir haben sie aber leider in den letzten Jahren nicht im Griff behalten; das sagten Sie ja, Herr Präsident. Die Ursachen liegen vor allem darin, daß man durch verschiedene Steuern und durch verschiedene Belastungen die Wirtschaft zu sehr belastet hat, so daß diese dann irgend einmal in die Preise ausweichen mußte. Dann kommen selbstverständlich Lohnforderungen; und dieses üble Rad bewegt sich weiter. Darf ich Sie nun bitten, dem Resolutionsantrag, den ich hier zur Verlesung gebracht habe, Ihre Zustimmung zu geben. Wenn Sie das nicht wollen, dann bitte es zu unterlassen. Ich darf mich mit meinen Herren noch besprechen, damit Sie nicht

meinen, ich würde in eigener Machtvollkommenheit die Angelegenheiten des Herrn Dr. Litschauer behandeln. Hinsichtlich des Handelns nehme ich mir diese Machtvollkommenheit schon heraus. Es scheint mir ein wenig zu weitgehend, was hier in einem serviert wurde. Im großen und ganzen nehmen Sie die Versicherung entgegen, daß wir auch unsere Grundsätze haben und daß diese Grundsätze auf dem Boden einer freien und sozialen Marktwirtschaft stehen, daß wir glauben, berechtigterweise glauben, mit dieser Einstellung richtig zu handeln und auch in den europäischen Wirtschaftsraum hineinzufinden, denn auch dieser europäische Wirtschaftsraum ist nach den Grundsätzen einer freien sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet. Wir werden uns jedenfalls bemühen, auch innerhalb Niederösterreichs mit jedem Ansatz dem Lande zu dienen. Wir werden versuchen, als Treibende und nicht als getriebener Teil diesem Befruchtungsprozeß gegenüberzustehen. Alle verfügbaren Mittel, auch die des Landes, sollen für die sinnvolle Industrialisierung, für die wirtschaftliche Befruchtung Niederösterreichs eingesetzt und das Wohlstandsfälle nivelliert werden. Überall wo sich eine Möglichkeit ergibt, sich in den Dienst der Sache zu stellen, um der Bevölkerung, um dem Lande zu dienen und um der Zukunft des Landes eine gute Tat zu setzen, soll dies geschehen. (Beifall bei der ÖVP.)

PRÄSIDENT TESAR: Zum Wort gelangt Herr Abg. Litschauer.

Abg. Dr. LITSCHAUER: Ich nehme Ihre Zeit nicht gerne in Anspruch, aber einige Minuten muß ich Sie bitten, mir Gehör zu schenken, weil ich einige Mißverständnisse zu beseitigen habe.

Herr Abg. Schneider hat sicher als Interessenvertreter für seinen Berufsstand, für die Industrie, ehrlich und aufrichtig seine Meinung geäußert; ich versuche auch, ihn zu verstehen. Aber man kann eben nicht immer nur als reiner Interessenvertreter sprechen, vor allem dann nicht, wenn es sich um Entwicklungsfragen handelt, denn das sind keine Fragen der Arbeiter oder der Unternehmer oder der Bauern, sondern das sind gesamtwirtschaftliche Fragen, die man auch nur nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilen kann.

Sie sagen, Herr Abgeordneter Schneider man sollte doch auch den Betriebserweiterungen das nötige Augenmerk schenken und nicht so sehr den Betriebsneugründungen. Ich bin da vollkommen Ihrer Auffassung, aber wir müssen doch die verschiedenen Ver-

hältnisse auseinanderhalten. Es kann die Alternative die sein, ob man 50 neue Arbeitsplätze entweder zusätzlich in einem bestehenden Betrieb oder durch eine Neugründung schaffen kann. Da bin ich der gleichen Meinung wie Sie: Man soll in einem solchen Falle unbedingt der Betriebserweiterung, die (diesen Erfolg zeitigt, den Vorzug geben. Aber Sie dürfen doch nicht übersehen, daß wir eine Fülle von Gebieten haben, wo dieses Problem einer Betriebserweiterung überhaupt nicht zur Diskussion steht, weil kein Betrieb, der erweitert werden könnte, vorhanden ist. Hier kann man nur Neugründungen fordern. Und darum geht es ja letzten Endes. Nehmen wir im Waldviertel etwa die Gerichtsbezirke Litschau, Weitra, den ganzen Verwaltungsbezirk Zwettl, den Gerichtsbezirk Geras und noch andere Bezirke, die in der gleichen Lage sind, her. Ich frage Sie: Was soll ich denn dort erweitern? Da kann ich nur Neugründungen vornehmen — oder ich gebe es auf. Ich glaube daher, daß wir nicht verschiedener Auffassung sind, sondern daß man nur jeweils eine bestimmte Haltung zu einem gesonderten Problem einnehmen kann.

Was Sie hinsichtlich der Einengung des Betriebsinvestitionsfonds sagen, die durch meinen Resolutionsantrag Ihrer Ansicht nach bewirkt würde, so muß ich Ihnen widersprechen. Nehmen Sie sich das Protokoll der Landtagssitzung vom 23. Mai zur Hand und lesen Sie die Ausführungen des Herrn Berichterstatters! Hier heißt es ausdrücklich auf Seite 322: „Für die Errichtung dieses Fonds und die Durchführung der Aktion werden somit die folgenden grundlegenden Bestimmungen aufgestellt.“ Dann wird angeführt, welche Bestimmungen grundlegend sein sollen. Und in Punkt 8 dieser grundlegenden Bestimmungen heißt es wörtlich: „Der Zweck des Fonds besteht in der Gewährung von niederverzinslichen Darlehen an physische oder juristische Personen zur Errichtung und Erweiterung von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft in wirtschaftlich ungünstig gelegenen Gebieten des Landes Niederösterreich.“

Wenn ich mich also auf den Standpunkt gestellt habe, daß diese Kredite in die entwicklungsbedürftigen grenznahen Gebiete fließen müssen, so habe ich damit nichts anderes getan als den Punkt 8 der von uns am 24. Mai einhellig beschlossenen Richtlinien interpretiert. Und jemand, der damals die Richtlinien beschlossen hat, kann heute nicht sagen, er sei anderer Auffassung und dagegen. Das ist mein persönlicher Standpunkt.

Zum Schluß noch ein Wort zur Frage der Handelsspannen. Sie haben, Herr Abgeordne-

ter, die  
Hande  
liche  
Wir h  
des kl  
welche  
Dieses  
daß  
hätten  
ist voi  
Luft  
müse-  
zitiert  
lich ir  
bis 30  
der H  
stattgi  
die s  
streck  
insges  
von d  
ten H  
Ursach  
ten he  
die Fo  
war,  
daß s  
kann  
Grund  
Verstä  
sind in  
halb d  
der  
Höchs  
Prozer  
den 18  
ständn  
des kl  
bringe

PRÄ  
Herr

ABC  
Ich da  
nehme  
Kolleg  
wäre,  
ren be  
siedlui  
Döllner

Bek  
richtui  
heim i  
ein so  
fen. D  
Areal  
schließ  
seiner:  
diese  
Besatz

kann die  
Arbeits-  
bestehen-  
gründung  
hen Mei-  
hen Falle  
die die-  
en. Aber  
daß wir  
vo dieses  
ig über-  
weil kein  
nte, vor-  
Neugrün-  
ja letzten  
etwa die  
den gan-  
Gerichts-  
zirke, die  
frage Sie:  
Da kann  
— oder  
daß wir  
sondern  
nte Hal-  
n einneh-

gung des  
ie durch  
sicht nach  
iderspre-  
okoll der  
Hand und  
ferrn Be-  
cklich auf  
ses Fonds  
werden so-

Bestim-  
ungeführt,  
sein sol-  
enden Be-  
er Zweck  
rung von  
physische  
rtung und  
verblichen  
stig gele-  
sterreich.“

andpunkt  
die ent-  
Gebiete  
nichts an-  
n uns am  
lichtlinien  
amals die  
eute nicht  
und dage-  
andpunkt.  
Frage der  
bgeordne-

ter, die Alternative aufgeworfen, ob man den Handel umbringen soll oder nicht, und ähnliche Worte gebraucht. Darauf antworte ich: Wir haben volles Verständnis für die Lage des kleinen Gewerbes. Wir wissen auch, mit welchen Schwierigkeiten es zu kämpfen hat. Dieses Verständnis geht aber nicht so weit, daß wir dadurch gleichzeitig Verständnis hätten für überhöhte Handelsspannen. Das ist von mir keine Anschuldigung, die aus der Luft gegriffen ist. Wenn ich die hohen Gemüse- und Obstpreise aus Wiener Neustadt zitiert habe, so mit gutem Grund, weil nämlich in Wiener Neustadt in der Zeit vom 4. bis 30. Oktober eine amtliche Überprüfung der Handelsspannen bei Obst und Gemüse stattgefunden hat. Bei dieser Überprüfung, die sich auf 65 Kleinhandelsbetriebe erstreckte, wurde in allen dieser 65 Betriebe bei insgesamt 345 Waren eine Überhöhung der von der Paritätischen Kommission festgelegten Handelsspannen festgestellt. Das ist die Ursache! Wenn Sie meinen, die von mir zitierten hohen Preise in Wiener Neustadt seien die Folge davon, daß die Witterung schlecht war, daß zu wenig importiert würde oder daß sonst ein triftiger Grund vorlag, so kann ich sagen: Nein! Wenn ein plausibler Grund gegeben wäre, dann würde ich dafür Verständnis aufbringen. Aber diese Preise sind in Wiener Neustadt in erster Linie deshalb so hoch gewesen, weil die Empfehlung der Paritätischen Kommission, daß die Höchstgrenze der Kleinhandelsspanne 40 Prozent betragen soll, nicht eingehalten worden ist. Da hört sich dann eben das Verständnis auf, das man sonst den Interessen des kleinen Gewerbes sehr gerne entgegenzubringen bereit ist. (Beifall bei der SPÖ.)

PRÄSIDENT TESAR: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmalzbauer.

ABG. SCHMALZBAUER: Hoher Landtag! Ich darf ganz kurz zu einem Thema Stellung nehmen, zu dessen Behandlung eigentlich der Kollege Marchsteiner befugt und berufen wäre, weil er in der Materie schon seit Jahren bewandert ist. Es betrifft die Wiederbesiedlung und die Besitzaufstockung im Raume Döllersheim.

Bekanntlich wurde im Anschluß an die Errichtung des Truppenübungsplatzes Döllersheim im Jahre 1938 in der Nähe dieses Platzes ein sogenannter Bombenabwurfplatz geschaffen. Dieser Bombenabwurfplatz umfaßte ein Areal von 368 Hektar. Es handelt sich ausschließlich um bäuerlichen Waldbesitz, der seinerzeit beschlagnahmt wurde. 1945 gingen diese Räume bekanntlich in den Besitz der Besatzungsmacht über. 1955 fielen diese Flä-

chen im Zuge des Abschlusses des Staatsvertrages dem österreichischen Staat zu. Es war zunächst ungeklärt, ab es zur Wiederbesiedlung kommt oder ob (dieses Gebiet für andere Zwecke verwendet wird. Nach längerem Hin und Her — das ist Ihnen ja allen bekannt — wurde entschieden, daß der Truppenübungsplatz Döllersheim wiederum für militärische Zwecke verwendet wird.

Ungeklärt war die Verwendung des Bombenabwurfplatzes. Der Bund war zunächst der Meinung, daß hier eine Genossenschaft aus den früheren Beisitzern gegründet werden soll, die diese Fläche von 368 Hektar bewirtschaften sollte. Aber letzten Endes ist es den Bemühungen der zuständigen Landesdienststellen — dank dem Entgegenkommen und dem Verständnis des Bundesministeriums für Landesverteidigung — gelungen, daß diese 368 Hektar Wald wieder in bäuerlichen Besitz zurückgeführt werden konnten. Außerdem verzichtete die Heeresverwaltung auf zirka 400 Hektar von Randgebieten des Truppenübungsplatzes, die heute zur Errichtung der Ortschaft Franzen und zur Aufstockung von kleineren bäuerlichen Besitzen in der Umgebung dienen.

Ich darf im Namen aller jener, die durch diese Aufstockung sozusagen eine Strukturverbesserung, eine Stärkung, eine Lebensfähigkeit ihres Betriebes erreicht haben, den Dank an alle Stellen des Bundes und des Landes zum Ausdruck bringen. Ganz besonders haben sich dabei verdient gemacht, wie ich schon erwähnt habe, der Kollege Marchsteiner, der der Initiator der Aktion war, und die Dienststellen des Landes, der Herr Landesrat Waltner und der Leiter des Landesamtes VI/12, Herr Dr. Edhofer. Es ist ihnen gelungen, vom Bund diese 368 Hektar zum Preis von 3 Millionen Schilling zu erhalten und dieses seinerzeit verlorene Bauernland ohne viel Bürokratie rasch wieder in Bauernhand zurückzuführen.

Ich will meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß im Zuge dieser Wiederbesiedlung und Besitzaufstockung beim Truppenübungsplatz Döllersheim zirka 40 und beim Bombenabwurfplatz 201 klein- und mittelbäuerliche Betriebe eine wirtschaftliche Stärkung erfahren haben. Das erfüllt uns alle mit-Genug-tuung.

Ich stamme aus einer ausgesprochenen Grenzgemeinde. Ich möchte daher mit einigen Sätzen auf ein Grenzlandbauern-Problem eingehen. Durch die Errichtung des kommunistischen Regimes in Prag im Jahre 1948 verloren bei uns Grenzlandbauern manche Bauern oft bis zu einem Drittel ihres Ackerlandes, so daß sie in ihrer Existenz gefähr-

det waren. Bis heute ist es nicht gelungen, für diese Bauern irgendeine Entschädigung zu erreichen. Mir ist bewußt, daß es keinen Sinn hat, in dieser Frage einen Resolutionsantrag einzubringen, weil ich weiß, daß alle staatlichen Stellen sich immer wieder bemüht haben, ins Gespräch mit Prag zu kommen, leider immer mit negativem Erfolg. Ich darf meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß es in den kommenden Jahren vielleicht doch möglich sein wird, daß diese Opfer der Grenzziehung von 1948 in irgendeiner Form eine Entschädigung erhalten. (Beifall bei der OVP.)

**PRÄSIDENT TESAR:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Stangler.

**ABG. STANGLER:** Hohes Haus! Ich möchte vorerst eine ganz kurze Antwort an den Herrn Präsidenten Fuchs richten, weil er mich in seiner Rede zitiert hat. Ich darf darauf verweisen, daß ich meine Behauptung von den Steuerschulden der verstaatlichten Industrie nicht aus der Luft gegriffen habe, sondern daß sich die österreichische Presse nicht zuletzt während der Reise des Herrn Vizekanzlers Pittermann nach Moskau auf Grund einer seiner eigenen Äußerungen mit der Frage der Steuerschulden der verstaatlichten Industrie beschäftigt hat, und der Herr Vizekanzler Pittermann — Sie können das in den Zeitungen aus diesem Zeitraum nachlesen — selbst Ziffern über die Steuerschulden der verstaatlichten Industrie genannt hat. Ich kann Ihnen einen Artikel der „Österreichischen Neuen Tageszeitung“ zitieren, der bis heute unwidersprochen geblieben ist. Wenn die Behauptungen in diesem Artikel unrichtig gewesen wären, hätte sicherlich der Herr Vizekanzler Pittermann als Chef der Sektion 4 des Bundeskanzleramtes durch einen Presseanwalt eine Entgegnung oder Berichtigung vornehmen lassen. Es heißt am 27. Oktober — es ist also noch gar nicht so lange her — „Liquiditätskrise bei staatlicher Industrie. Weitere Ansuchen um Steuerrateri. Die Steuerschulden der verstaatlichten Betriebe, die mit 1962 bereits 371 Millionen Schilling betrugen, drohen noch stärker anzuwachsen.“ (Staatssekretär Rösch: Sie haben von Milliarden gesprochen!) Das ist unrichtig. Sie können im Stenographischen Protokoll nachlesen, daß von Milliarden keine Rede war, sonst hätte ich, Herr Staatssekretär, von einer größeren Anzahl von Schulbauten gesprochen. Schon die von mir genannte Anzahl von Schulbauten konnte sich nur auf Hunderte von Millionen beziehen. Im Artikel heißt es weiter: „Nach den Voestwerken in Linz hat nun auch ein anderes Großunternehmen der Eisenindustrie um ratenweise

Abstattung seiner Steuerschulden angesucht.“ Um noch einmal festzustellen, hier handelt es sich um eine unwidersprochene klare Meldung. Es ist selbstverständlich, daß ich bei keiner Finanzstelle Österreichs eine detaillierte Aufstellung von Betrieben und deren Steuerschulden erhalten kann, weil natürlich auch bei der Verstaatlichten Industrie das Steuergeheimnis Gültigkeit hat. Ich kann Ihnen jedoch versichern, daß meine gestrige Behauptung, daß man aus den Steuerschulden der verstaatlichten Betriebe, die, vorsichtig geschätzt, mehr als eine halbe Milliarde betragen, mehr als ein Dutzend neuer Mittelschulen bauen könnte, richtig war. Dafür kann ich einstehen. Ich hoffe, daß einmal genügend Mittel vorhanden sein werden, um diese Mittelschulbauten tatsächlich durchführen zu können. Wir würden uns darüber wahrhaft sehr glücklich schätzen. Ich mußte diese Erwiderung geben, weil meine Worte zum Kapitel 2 in Zweifel gezogen wurden. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, aus billigen propagandistischen Gründen Behauptungen aufzustellen, für die ich keinerlei Beweise erbringen kann. Daß auch wir, so wie Sie, Herr Präsident, an einer gesunden Industrie und auch an einer gesunden verstaatlichten Wirtschaft interessiert sind, ist selbstverständlich. Das brauche ich nicht besonders zu betonen. Um auch in den verstaatlichten Betrieben zu einer gesunden Wirtschaft zu kommen, müssen unserer Meinung nach Maßnahmen getroffen werden, die bisher im Interesse dieser Industrien und der Arbeitsplätze der dort beschäftigten Arbeiterschaft unterblieben sind. (Abg. Graf: Wie hoch sind die Schulden der Privatwirtschaft?) Ich habe dazu nicht zu reden gehabt, Herr Abgeordneter, sondern ich bin aufgefordert worden, zu der gegenständlichen Frage konkret Stellung zu nehmen, und ich weiche einer solchen Stellungnahme prinzipiell nicht aus.

Zum Kapitel 7 erlaube ich mir, meine verehrten Damen und Herren, einen Antrag einzubringen und ihn kurz zu begründen: Viele Ufergemeinden der Donau sind bei der Überquerung des Flusses auf Rollfähren angewiesen. Eine Rollfähre in meinem Bezirk kann nun schon seit Monaten diesen Dienst nicht versehen, weil bei der Regulierung der Längsschiffahrt durch den Einbau von Bohlen westlich von Pöchlarn in einer Länge von 80 bis 100 Metern in der Strommitte derart starke Sand- und Schotterbänke entstanden sind, daß eine Einfahrt des Fährschiffes zwischen Klein-Pöchlarn und Groß-Pöchlarn einfach nicht mehr möglich ist. Was der Ausfall dieser Rollfähre für die dort wohnende Arbeiterschaft und insbesondere für die Schü-

ler bedei  
dern. Ma  
bereits c  
des nied  
jahr an  
an Opfe  
fahren s  
Beispiel  
starker  
sehr häu  
für gewi  
tisch un  
Bootes u  
aus dem  
der Früh  
in Pöchla  
nen, bed  
fährdung  
in St. Pol  
sind, we  
nützen m  
Arbeitspl  
im Finan  
Fähre im  
größtmög  
dennoch  
Hand mit  
Ich erla  
stellen (li  
„Durch  
Schiffahr  
verkehr c  
bundener  
von Sanc  
Pöchlarn  
durch zur  
rechterha  
ist unum  
öffentlich  
fährdet  
daher nei  
zu unter  
des Betrie

Im Inte  
fenen Gel  
Antrages.

**PRÄSIDENT TESAR:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Stangler.

**ABG. STANGLER:** Hohes Haus! Ich möchte vorerst eine ganz kurze Antwort an den Herrn Präsidenten Fuchs richten, weil er mich in seiner Rede zitiert hat. Ich darf darauf verweisen, daß ich meine Behauptung von den Steuerschulden der verstaatlichten Industrie nicht aus der Luft gegriffen habe, sondern daß sich die österreichische Presse nicht zuletzt während der Reise des Herrn Vizekanzlers Pittermann nach Moskau auf Grund einer seiner eigenen Äußerungen mit der Frage der Steuerschulden der verstaatlichten Industrie beschäftigt hat, und der Herr Vizekanzler Pittermann — Sie können das in den Zeitungen aus diesem Zeitraum nachlesen — selbst Ziffern über die Steuerschulden der verstaatlichten Industrie genannt hat. Ich kann Ihnen einen Artikel der „Österreichischen Neuen Tageszeitung“ zitieren, der bis heute unwidersprochen geblieben ist. Wenn die Behauptungen in diesem Artikel unrichtig gewesen wären, hätte sicherlich der Herr Vizekanzler Pittermann als Chef der Sektion 4 des Bundeskanzleramtes durch einen Presseanwalt eine Entgegnung oder Berichtigung vornehmen lassen. Es heißt am 27. Oktober — es ist also noch gar nicht so lange her — „Liquiditätskrise bei staatlicher Industrie. Weitere Ansuchen um Steuerrateri. Die Steuerschulden der verstaatlichten Betriebe, die mit 1962 bereits 371 Millionen Schilling betrugen, drohen noch stärker anzuwachsen.“ (Staatssekretär Rösch: Sie haben von Milliarden gesprochen!) Das ist unrichtig. Sie können im Stenographischen Protokoll nachlesen, daß von Milliarden keine Rede war, sonst hätte ich, Herr Staatssekretär, von einer größeren Anzahl von Schulbauten gesprochen. Schon die von mir genannte Anzahl von Schulbauten konnte sich nur auf Hunderte von Millionen beziehen. Im Artikel heißt es weiter: „Nach den Voestwerken in Linz hat nun auch ein anderes Großunternehmen der Eisenindustrie um ratenweise

ler bedeutet, ist in Worten fast nicht zu schildern. Man stelle sich vor, daß dieser Zustand bereits drei Monate andauert, wobei infolge des niedrigen Wasserstandes vor dem Frühjahr an keine Änderung zu denken ist. Was an Opfern verlangt wird und welche Gefahren sich ergeben, möchte ich an einem Beispiel vor Augen führen. Wenn mongens starker Neben herrscht, muß das Motorboot sehr häufig seinen Kurs ändern, weil auch für gewiegte Fährleute jede Steuerung praktisch unmöglich ist. Für die Insassen des Bootes und nicht zuletzt für die Schulkinder aus dem Raume südlich von Pöggstall, die in der Früh die Donau übersetzen müssen, um in Pöchlarn die Hauptschule besuchen zu können, bedeutet dies eine ausgesprochene Gefährdung. Dasselbe gilt für die Arbeiter, die in St. Pölten, Amstetten oder Ybbs beschäftigt sind, welche ebenfalls die erste Fährre überbrücken müssen, um die Züge, die sie an ihre Arbeitsplätze bringen, zu erreichen. Wie schon im Finanzausschuß erwähnt, befindet sich die Fährre im Privatbesitz. Der Besitzer ist bereit, größtmögliche Opfer zu bringen. Es wird aber dennoch notwendig sein, daß die öffentliche Hand mitwirkt.

Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu stellen (*Ziest*):

„Durch Maßnahmen technischer Art, die der Schifffahrtsrinne für den Donau-Schifffahrtsverkehr dienen, mußte infolge der damit verbundenen Schotterablagerungen und Bildung von Sandbänken der Betrieb der Rollfähre Pöchlarn schon durch volle drei Monate hindurch zur Gänze eingestellt werden. Die Aufrechterhaltung des Betriebes der Rollfähre ist unumgänglich notwendig, da andernfalls öffentliche Interessen auf das schwenste gefährdet wären. Die Landesregierung wird daher neuerlich (ersucht, alle nötigen Schritte zu unternehmen, um die Aufrechterhaltung des Betriebes zu gewährleisten.“

Im Interesse der Bevölkerung des betroffenen (Gebietes bitte ich um Annahme meines Antrages. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT TESAR: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Mondl.

ABG. MONDL: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verschiedene Redner haben sowohl gestern als auch heute die Notwendigkeit der Unterstützung der Landwirtschaft und insbesondere des landwirtschaftlichen Schulwesens betont. In Niederösterreich wird jedermann von der Notwendigkeit der bäuerlichen Fachschulen überzeugt sein. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß auch diese jungen Menschen den Anforderungen der Zeit, die auch in der Land-

wirtschaft infolge des technischen Fortschrittes immer höher werden, entsprechen. Die Mädchen müssen im Haushalt und in der Gartenpflege unterwiesen werden. Die Burschen müssen sich Kenntnisse und Fertigkeiten zur Führung von Ackerbau- und Weinbaubetrieben sowie in der Kellerwirtschaft aneignen. Dies soll in fortschrittlich geführten Internatsschulen erfolgen. Bei Betrachtung unserer Fachschulen hat man jedoch das Gefühl, daß dort Jahre hindurch bzw. jahrzehntelang alles in Fluß gehalten wird, so daß sozusagen viele Köche am Werke sind; und viele Köche verderben bekanntlich den Brei. Man hat scheinbar nicht den Mut, diese Köche zu kränken, und so nimmt man von jedem ein bißchen. Was dabei herauskommt, ist meistens so, daß man schon jetzt behaupten kann, es kann kaum mehr verdaut werden. Im Haushaltsplan 1963 ist im ordentlichen, außerordentlichen und Eventual-Budget 30.778.600 Schilling für die landwirtschaftlichen Fachschulen vorgesehen. An Einnahmen sind 10.891.000 Schilling zu erwarten.

Das ergibt immerhin noch Ausgaben von 19.887.600,—; wenn man dazu die Schülerzahl des Vorjahres zum Vergleich heranzieht, es waren 795, so ergibt das einen durchschnittlichen Aufwand pro Schüler von 25.000,— S, im Verhältnis zum ordentlichen Voranschlag 15.000,— S pro Schüler jährlich. In diesen Schulen, 18 an der Zahl, werden 570 Burschen und 225 Mädchen unterrichtet, und diese Schülerinnen und Schüler werden von 86 hauptberuflichen Lehrkräften und 69 Hilfslehrkräften unterrichtet, die im Schul- und Internatsdienst (beschäftigt sind. Sie sind ganze fünf Monate lang mit dem Schulbetrieb ausgelastet. Nun hat uns schon heute in weiser Voraussicht der Herr Abg. Hubinger aufgeklärt, daß die übrige Zeit für die Tätigkeit als Vortragende in sonstigen Kursen bestimmt ist oder zur eigenen Fortbildung dient, und er hat als Beispiel auch die Industrie angeführt. Ich weiß nicht, ob es sich ein Industriebetrieb leisten kann, seine Ingenieure und Fachkräfte fünf Monate lang einzusetzen und die restliche Zeit in Fachkurse zu schicken, um sich auf dem Gebiete weiter fortbilden zu können. Aber neben diesen schulischen Lehrkräften und Angestellten sind noch zusätzlich 13 Kanzleikräfte und 133 Wirtschaftskräfte in den den Fachschulen angeschlossenen Wirtschaftsbetrieben beschäftigt. Das ergibt einen Gesamtpersonalstand von 301 Bediensteten. Wenn man bedenkt, daß dieses Personal nur halbjährlich beschäftigt ist, weil der Schulbetrieb nur halbjährlich geführt wird, kann man feststellen, daß pro Schüler ein Mann notwendig



ist, um den Schulbetrieb in Niederösterreich aufrechtzuerhalten. Das kann kaum im Interesse der niederösterreichischen Bevölkerung gelegen sein.

Nun einige Worte zur Werbung. Die bäuerlichen Fachschulen leiden dauernd an Schülermangel. Man versucht mit verschiedenen Methoden zu werben. Die Fachschulen sind fast alle Gebietsfachschulen, und da sie auf unterschiedlichem Interessengebiet liegen, wandern oft Schüler von einer Schule in die andere ab. Das mag auch daran liegen, daß sich die Schulen hinsichtlich der Ausstattung ebenfalls stark unterscheiden. Es ist augenblicklich ein Überbelag von 15 Prozent zu verzeichnen.

Nun einige Worte zu den Lernbeihilfen. Ich glaube, schon bei der Werbung wird den Schülern und den Eltern der Schüler versprochen, daß sie auch um Lernbeihilfen ansuchen können, so daß ihnen der Schulbetrieb nicht so teuer kommt. Es werden drei Arten von Lernbeihilfen gewährt, und zwar vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, von der Landesregierung und von der Landes-Landwirtschaftskammer. Es sind auch zur Erlangung dieser Lernbeihilfen einheitliche Richtlinien vorhanden, ebenso Formblätter, die Auskunft geben sollen über Familienverhältnisse, Besitz, Vermögen der Eltern usw. Die Schulleitungen haben aber verschiedene Ansichten über Bedürftigkeit und richten sich in erster Linie danach, was sie schon bei der Anwerbung den einzelnen Schülern bzw. ihren Eltern versprochen haben, so daß man feststellen kann, daß die Lernbeihilfen so aufgeteilt wurden, daß jeder ein bißchen bekommt. Hinsichtlich der Schul- und Internatskosten wäre zu sagen, daß sie derzeit S 50,— bei externen Schülern und S 350,— mit Internatsaufenthalt betragen. Zusätzlich müssen die Mädchen einen Feinkostbeitrag von S 50,— bezahlen. Ich glaube, daß auch eine Neufestsetzung dieser Beträge auf jeden Fall gerechtfertigt und notwendig wäre, weil man einen ständig steigenden Abgang zu verzeichnen hat.

Nun zum Unterricht an den bauerlichen Fachschulen. Dieser Unterricht wird in der Theorie und in der Praxis durchgeführt. Der theoretische Unterricht wäre nach einheitlichen Plänen, die auf Fachtagungen erarbeitet werden, durchzuführen. Er wird aber sehr freizügig vom Lehrpersonal ausgelegt, so daß von einer Einheitlichkeit der Schulführung bzw. des Unterrichtes nicht gesprochen werden kann. Beim praktischen Unterricht ist die Situation so, daß den Mädchen die Gartenarbeit und das Kochen Freude bereitet, daß aber bei den Burschen nach Mitteilung

der Schulleiter sehr wenig Interesse an der praktischen Feld- und Stallarbeit besteht. Damit dürften auch die 133 Personen begründet sein, die in den Wirtschaftsbetrieben beschäftigt sind. Dazu kommt noch, daß manchen Fachschulen Maschinenhallen und Lehrwerkstätten angeschlossen sind. Diese Maschinen müssen dauernd auf den neuesten Stand gebracht werden und kosten zusätzlich sehr viel Geld. Ich glaube, es wäre zweckmäßig, wenn man sich dabei auf die Landmaschinenschule Mold beschränken und sich dort die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse aneignen würde.

Gestatten Sie mir noch einige Worte zu den angeschlossenen Wirtschaftsbetrieben. Die Notwendigkeit dieser Wirtschaftsbetriebe wird dadurch begründet, daß man Musterbetriebe und einen Schulbetrieb zur Übung braucht. Die Gesamtfläche sämtlicher Betriebe macht einen Eigenbesitz von 697 ha und Pachtgründe von 754 ha aus. Diese Wirtschaftsbetriebe hatten im Jahre 1957 einen Gesamtverlust von rund 642.000 S, im Jahre 1958 von 935.000 S und im Jahre 1959 bereits von 2.378.933 S. Man kann sich leicht vorstellen, wie hoch dieser Gesamtverlust im Jahre 1963 sein wird. Ich überlasse es daher Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, sich über den weiteren Ausbau und die Notwendigkeit dieser Wirtschaftsbetriebe Gedanken zu machen. *(Zwischenrufe bei der OVP — Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Die landwirtschaftlichen Fachschulen hatten von 1949 bis 1959 8133 Schülerinnen und Schüler. In diesem Zeitraum machte das Nettoerfordernis für den Schulbetrieb allein rund 53 Millionen Schilling aus, für Neu- und Umbauten wurden nahezu 75 Millionen Schilling ausgegeben. Das ergibt zusammen einen Betrag von nahezu 130 Millionen Schilling. Eine halbjährige Ausbildung eines landwirtschaftlichen Fachschülers kostet demnach in den vergangenen 15 Jahren im Durchschnitt die runde Summe von 16.250 S. *(Zwischenrufe.)*

Hohes Haus, ich bitte mich nicht mißzuverstehen. Ich bin von der Notwendigkeit einer guten fachlichen Ausbildung unserer bauerlichen Jugend vollkommen überzeugt. Aber ich glaube, bei mehr Überlegung, Planung und besserer Organisation könnte mit weit geringeren Mitteln derselbe schulische Erfolg erzielt werden, und auf diesen schulischen Erfolg sollte ja allein ankommen. *(Beifall bei der SPO.)*

PRÄSIDENT TESAR: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Robl.

ABG. DIPL.-ING. ROBL: Hoher Landtag! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten

Mondl  
einiges

Wenn  
nung ist  
Fachsch  
zuwenig  
Jahres  
nichts z  
sagen, c  
schaftlic  
bäuerlich  
übrigen  
ihre Stu  
Sie wiss  
darüber  
Land- un  
Jahren a  
haben al  
schenrufe

Was d  
Fachschu  
zwei Arg  
vorgehob  
Forstwirt  
haben, u  
Sohn od  
Fachschu  
daß gera  
im fachsc  
ultiert d

Im übr  
ordneten  
daß ich  
dieser Sch  
werden r  
Landtag  
uns mit c  
über unse  
zu befasse

Ich möc  
des Herrn  
eingehen.  
kraft der  
der Baue  
mich, daß  
Wirtschaft  
erkannt h  
der Fests  
der Arbei  
auch die  
**Diese** Fes  
acht Jahr  
in einer  
gegeben h  
Mehrprodi  
auch in e  
**Konsumen**  
gend Lebe

Der Arb  
die zum

e an der  
besteht.  
begrün-  
eben be-  
laß man-  
nd Lehr-  
iese Ma-  
neuesten  
1 zusätz-  
re zweck-  
ie Land-  
und sich  
d Kennt-

Worte zu  
betrieben.  
isbetriebe  
, Muster-  
ir Übung  
cher Be-  
n 697 ha-  
ese Wirt-  
957 einen  
im Jahre  
59 bereits  
nicht vor-  
erlust im  
es daher  
rren, sich  
Notwen-  
Gedanken  
ÖVP —  
Die land-  
von 1949  
chüler. In  
rfordernis  
53 Milli-  
Umbauten  
ng ausge-  
en Betrag  
ing. Eine  
landwirt-  
emnach in  
urchschnitt  
Zwischen-

mißzuver-  
gkeit einer  
er bäuer-  
agt. Aber  
, Planung  
e mit weit  
lische Er-  
sen schuli-  
men. (Bei-

te gelangt

r Landtag!  
geordneten

Mondl veranlassen mich, doch ganz kurz einiges zu sagen.

Wenn der Abgeordnete Mondl der Meinung ist, daß die Lehrer in den bäuerlichen Fachschulen viel zu wenig Unterricht erteilen, zuwenig Unterrichtsstunden im Laufe eines Jahres haben und sieben oder sechs Monate nichts zu tun hätten, dann möchte ich dazu sagen, daß selbstverständlich die landwirtschaftlichen Lehrer und Direktoren in den bäuerlichen Fachschulen ebenso wie alle übrigen Lehrkräfte ihre Lehrverpflichtung, ihre Stunden, vorgeschrieben (haben. Und wie Sie wissen, sind die Landwirtschaftslehrer darüber hinaus im Förderungsdienst der Land- und Forstwirtschaft tätig, sie sind seit Jahren als Wirtschaftsberater eingesetzt. Sie haben also wirklich genügend Arbeit. (Zwischenrufe.)

Was den Mangel an Schülern an unseren Fachschulen betrifft, so möchte ich dazu nur zwei Argumente anführen: Erstens sei hervorgehoben, daß wir eben in der Land- und Forstwirtschaft viel zu wenig Arbeitskräfte haben, und es vielfach nicht möglich ist, den Sohn oder die Tochter auf die bäuerliche Fachschule zu schicken. Zweitens wissen wir, daß gerade die geburtsarmen Jahrgänge jetzt im fachschulpflichtigen Alter sind. Daher resultiert dieser geringe Unterbelag.

Im übrigen möchte ich dem Herrn Abgeordneten Mondl und seinen Kollegen sagen, daß ich mich heute nicht ausführlich mit dieser Schulfrage beschäftigen will, denn wir werden recht bald im niederösterreichischen Landtag Möglichkeit und Gelegenheit haben, uns mit dem Bericht des Kontrollausschusses über unsere landwirtschaftlichen Fachschulen zu befassen. (Zwischenrufe.)

Ich möchte aber auch auf eine Feststellung des Herrn Präsidenten Abgeordneten Fuchs eingehen. Er sagte: „Je stärker die Konsumkraft der breiten Masse ist, um so eher bringt der Bauer seine Produkte an.“ Ich freue mich, daß er vorher die Bedeutung der Landwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft anerkannt hat. Ich muß aber sagen, daß er mit der Feststellung: je höher das Einkommen der Arbeitnehmer sei, um so reicher würden auch die Bauern sein, nicht mehr recht hat. Diese Feststellung mag vor sieben oder vor acht Jahren noch in Ordnung gewesen sein in einer Zeit, wo es zuwenig Lebensmittel gegeben hat, als die Landwirtschaft noch zu Mehrproduktion aufgefordert wurde, oder auch in einer Zeit, in der die Löhne der Konsumenten nicht ausgereicht haben, genügend Lebensmittel zu kaufen.

Der Arbeiterkammertag hat in einer Studie zum Ausdruck gebrannt, daß der Ver-

brauch an Fleisch, an Geflügel, an Eiern, an Obst, an Molkereiprodukten — mit Ausnahme von Frischmilch — ständig im steigen begriffen ist. Wir freuen uns sehr (darüber. Aber jeder Konsument, jeder Verbraucher, hat nur einen bestimmten Bedarf, er wird zur Sättigung nur einen gewissen Kalorien-satz benötigen. Wenn er auf der einen Seite mehr veredelte Agrarerzeugnisse, mehr ausländisches Obst oder auch mehr Genußmittel verbraucht, die letzten Endes ebenfalls Kalorien enthalten, dann muß auf der anderen Seite bei anderen Nahrungsmitteln — das sind Grundnahrungsmittel — eine Bedarfs-senkung oder ein milderer Verbrauch ein-treten. Das ist bei Kartoffeln der Fall, das ist bei Brot, Mehl, Teigwaren usw. der Fall und das ist bei Schweinefett der Fall. Es herrscht also keinesfalls eine Bedarfssteige-rung bei allen landwirtschaftlichen Erzeug-nissen.

Vor zehn Jahren betrugen in Österreich die Ausgaben für Nahrungsmittel 44,6 Pro-zent von den Gesamtausgaben eines Öster-reichers. Heute sind es nur noch 33,5 Prozent. Daraus ergibt sich, daß der österreichische Arbeitnehmer oder überhaupt der Österrei-cher um 10 Prozent seines Einkommens mehr zur Verfügung hat, um andere Bedürfnisse zu befriedigen, etwa um Industrieartikel oder Bekleidung anzuschaffen, sanitäre Ausgaben zu tätigen oder Aufwendungen zu machen für Einrichtungsgegenstände, Haushaltsge-räte und, wie wir gestern in einigen Red-en gehört haben, 3 Milliarden für Luxus-artikel, 2 Milliarden für Kosmetikartikel auszugeben. Abschließend sei also dazu ge-sagt: Wenn heute der Durchschnittsösterrei-cher 10 Prozent mehr seiner Bezüge zur Verfügung hat, die er früher für Nahrungs-mittel ausgeben mußte, dann steigt hiedurch nicht mehr das Einkommen der Landwirt-schaft.

Nun will ich zu einem Resolutionsantrag sprechen, den ich dem Hohen Hause zur Be-schlußfassung vorlegen möchte.

Die Volkszählung des Jahres 1961 hat eine Abwanderung aus der Landwirtschaft in sehr großem Ausmaße gezeigt. Die Zahl der Berufstätigen in der Landwirtschaft be-trug im Jahre 1951 noch 1 079 000. Im Jahre 1961 wurden nur mehr 765 000 Berufstätige, also um 314 000 oder 29 Prozent weniger fest-gestellt. Diese abnehmende Zahl der Berufs-tätigen, einschließlich der Landarbeiter, hat die Landwirtschaft veranlaßt, geradezu in revolutionärer Umstellung die motorische Zugkraft zu verwenden und in erhöhtem Aus-maße Arbeitsmaschinen einzusetzen. Die Ma-schinenzählung des heurigen Jahres hat einen

Traktorenbestand von 147.000 ergeben. Wir wissen, daß heute schon mehr als 150.000 Zugmaschinen in der österreichischen Landwirtschaft in Verwendung stehen.

Aber nicht jeder Betrieb hat Gelegenheit, mit diesen Zugmaschinen oder mit anderen Maschinen und Geräten seine Arbeiten durchzuführen. 400.000 landwirtschaftliche Betriebe wurden bei der letzten Betriebszählung in Österreich erfaßt. Die Einkommenslage erlaubt es also nicht jedem Landwirt, jede Maschine selbst anzuschaffen. *(Zwischenrufe.)* Die Klein- und Mittelbetriebe sind infolge Kapitalmangels dazu nicht in der Lage. Die Verschuldung, die heute in der österreichischen Landwirtschaft schon ein bedrohliches Ausmaß angenommen hat, kann durch Maschinenanschaffungen nicht noch gesteigert werden.

Letzten Endes ist auch der Ausnutzungsgrad, wenn der kleinste Betrieb alle Maschinen für sich selbst anschafft, von solchen Maschinen sehr gering, und es muß also auch eine Anschaffung für den einzelnen nicht empfohlen werden. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. Wir waren immer schon für Maschinenhöfe!)*

Wir kennen aber auch die Sorgen der gemeinsamen Maschinenanschaffung und der gemeinsamen Maschinenverwendung. Beim Ankauf ist man sich noch einig. Aber wenn dann die Reparaturen kommen, beginnen die Differenzen und die Sorgen.

Darum müssen neue Wege einer bäuerlichen Selbsthilfe beschritten werden. Neue Wege erfordern aber eine Gesetzesänderung, eine Änderung der Gewerbeordnung. Als im Jahre 1934 das Kundmachungspatent zur Gewerbeordnung beschlossen worden ist, gab es damals in Österreich kaum 1000 Traktoren. Innerhalb der seither verflossenen Zeit hat sich die Traktorenanzahl ver Hundertfünzigfach. Gewaltig angestiegen ist nicht nur die Zahl der Traktoren, sondern auch der anderen landwirtschaftlichen Maschinen. Auf Grund des Kundmachungspatentes könnte der Landwirt nur mit seinen Zuchtieren, seinen Fuhrwerken und seinen Personen bei anderen Bauern Arbeitsleistungen verrichten. Die Verwendung von Kraftfahrzeugen — Traktoren — ist jedoch ausgeschlossen. Das Kundmachungspatent trifft auch dafür keine Vorsorge, daß Dienstleistungen mit land- und forstwirtschaftlichen Maschinen in anderen Betrieben durchgeführt werden können. Es soll also dem Bauer erlaubt sein, bei einem anderen Bauern mit seinen Maschinen und Geräten zu arbeiten. Mit der gewerblichen Wirtschaft ist eine Einigung zustande gekommen. Zwei Initiativanträge sind im Juli

dieses Jahres dem Nationalrat zur Beschlußfassung vorgelegen, sie sind aber nicht mehr zur Behandlung gekommen.

Nun möchte ich dem Hohen Haus auch mitteilen, warum wir gerade für diese Regelung der Nachbarschaftshilfe — so heißt dieser Initiativantrag — so sehr eintreten. Gibt es schon Erfahrungen über diese neue Selbsthilfeeinrichtung? Jawohl! In Westdeutschland, besonders in Bayern — dort sind die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür schon gegeben — sind in den letzten Jahren Maschinenringe oder Maschinenvermittlungseinrichtungen — gebietsweise nennt man sie auch Maschinenbanken — errichtet worden, jedoch von keiner öffentlichen Einrichtung. Die Bauern selbst haben sich auf vollkommen freiwilliger Basis zu diesen Maschinenvermittlungseinrichtungen entschlossen und Maschinenringe gebildet. Es soll dadurch die außerordentliche Maschinenverwendung möglich sein, aber nicht unentgeltlich. Der Verein setzt in Verbindung mit den Raiffeisenorganisationen die Lohnsätze zum Selbstkostentarif fest. Nicht der einzelne Bauer rechnet mit dem andern ab. Die Kreditinstitute führen am Jahresende diese Abrechnung durch.

Hat dieser außerbetriebliche Maschineneinsatz Vorteile? Jawohl, und zwar deswegen, weil der technische Fortschritt, den wir in den letzten Jahren auch am Landmaschinen-sektor erzielen konnten, dem Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieb in vollem Ausmaße zugute kommen kann. Die Industrie würde keinen Nachteil haben und kein Arbeitnehmer würde entlassen werden. Auch das wäre sicherlich ein Auftrieb für unsere Landmaschinenindustrie.

Es würde aber auch eine gewisse Beratung und Planung beim Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen einsetzen, und zwar dadurch, daß der Verein immer wieder zusammenkommt, bespricht, welche neuen Maschinen in diesem oder jenem Gebiet noch einzusetzen wären. Es ließen sich dann Fehl-investitionen, die heute beim Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen feststellbar sind, vermeiden. Auch in der Landmaschinenindustrie bleibt die Technik nicht stehen, es ist eine ständige Fortentwicklung festzustellen. Nach vier oder fünf Jahren sind auch dort die Maschinen veraltet. Wenn der Mann, der die Maschine besitzt, nicht weiß, wo er sie ersetzen kann, wenn er nicht weiß, daß es eine entsprechende Amortisation gegeben ist, kann nach wenigen Jahren eine veraltete Maschine wieder durch eine neue ersetzt werden.

Wenn der Mann im Betrieb, der die Maschine betreut, verunglückt oder erkrankt,

dann stellt  
Auch in  
diese Na  
großen U  
über die  
viel gesp  
Vorteil; c  
telbetrieb  
können,  
neben ih  
Hof noch  
aber alle  
mechanis  
leisten, n  
Hause na

Ich erl  
Nachbars  
möglicher  
lutionsan

„Am 5  
zwei Inv  
zwar:

1. Antr  
(Graz).  
Fink, He  
Dipl.-Ing.  
treffend  
mit dem  
patentes  
wird;

2. Antr  
sef Walln  
und Genc  
Bundesge  
rungsgese  
und ergai  
Novelle 1

Beide A  
leistung v  
triebseige  
Maschinen  
Die Lande  
geeignete  
wählten  
narat ehe  
fassuna u

Ich bitt  
fall bei de

PRÄSIDIUM  
Herr Abg

ABG. P  
möchte m  
der Notw  
Verbesser

Anwesic  
Ben in Ni  
rend die  
verhältnis  
die wirt

Beschluß-  
nicht mehr

auch mit-  
Regelung  
ist dieser  
n. Gibt es  
ue Selbst-  
utschland,  
die gesetz-  
hon gege-  
Maschinen-  
einrichtun-  
auch Ma-  
en, jedoch  
tung. Die  
llkommen  
chinenver-  
und Ma-  
durch die  
dung mög-  
Der Ver-  
Raiffeisen-  
m Selbst-  
ine Bauer  
reditinsti-  
brechnung

chinenein-  
deswegen,  
en wir in  
naschinen-  
st-, Klein-  
maße zu-  
würde kei-  
beitnehmer  
das wäre  
Landma-

isse Bera-  
landwirt-  
und zwar  
wieder zu-  
neuen Ma-  
ebiet noch  
dann Fehl-  
nkauf von  
feststellbar  
andmaschi-  
nicht ste-  
klung feist-  
ihren sind  
Wenn der  
durch auch  
gegeben ist,  
veraltete  
ue ersetzt

er die Ma-  
erkrankt,

dann steht die Wirtschaft, es ist niemand da. Auch in einem solchen Fall würde gerade diese Nachbarschaftshilfe einen ungeheuer großen Wert haben. Auch unsere Bäuerinnen, über die während dieser Budgetdebatte so viel gesprochen wurde, hätten dadurch einen Vorteil; denn wenn sich die Klein- und Mittelbetriebe die Maschinen nicht anschaffen können, ist auch die Bäuerin gezwungen, neben ihrer großen Belastung in Haus und Hof noch auf dem Feld mitzuhelfen. Wenn aber alle Arbeitsgänge bei den Feldarbeiten mechanisiert sind, könnte es sich die Bäuerin leisten, nur mehr ihren Verpflichtungen im Hause nachzukommen.

Ich erlaube mir daher, um diese Art der Nachbarschaftshilfe auch in Österreich zu ermöglichen, dem Hohen Landtag einen Resolutionsantrag vorzulegen, der lautet:

„Am 5. Juli 1962 wurden im Nationalrat zwei Investitionsanträge eingebracht, und zwar:

1. Antrag der Abgeordneten Josef Wallner (Graz), Griebes, Scheibenreif, Dipl.-Ing. Fink, Hermann Guber, Hattmannsdorfer, Dipl.-Ing. Dr. Lechner und Genossen, betreffend die Erlassung eines Bundesgesetzes, mit dem Art. V lit. a des Kundmachungs-patentes zur Gewerbeordnung (abgeändert wird;

2. Antrag der Abgeordneten Kulhanek, Josef Wallner (Graz), Franz Mayr, Scheibenreif und Genossen, betreffend die Erlassung eines Bundesgesetzes, mit dem das Güterbeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 63/1952, abgeändert und ergänzt wird (Güterbeförderungsgesetz-Novelle 1962).

Beide Anträge haben die gegenseitige Hilfeleistung von Landwirt zu Landwirt mit betriebseigenen land- und forstwirtschaftlichen Maschinen und Traktoren zum Gegenstande. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Schritte zu erreichen, daß die erwähnten Gesetzes-Initiativanträge im Nationalrat ehestens einer Beratung und Beschlußfasiune unterzogen werden.“

Ich bitte um Annahme des Antrages. (Beifall bei der ÖVP.)

PRÄSIDENT TESAR: Zum Wort gelangt Herr Abg. Niklas.

ABG. NTKLAS: Hoher Landtag! Auch ich möchte mich mit den Förderungsmitteln und der Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Verbesserung befassen.

Ange-sichts der verschiedenen Betriebsrößen in Niederösterreich, wozu noch erschwerend die unterschiedlichen Boden- und Klima-Verhältnisse kommen, ist es fast unmöglich, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten auf

einen Nenner zu bringen. Für die Leistungen der Betriebsleiter sind auch die Standortbedingungen maßgebend. Vergleichen wir zum Beispiel einen Bauer in Heidenreichstein mit einem Bauer im Tullnerfeld oder einen Betrieb in Lilienfeld mit einem solchen im Marchfeld, bei gleicher Betriebsgröße. Wir sehen da gewaltige Unterschiede bezüglich der Erzeugung und der Ertragsleistungen. Ich bin daher der Meinung, daß die Unterstützung derjenigen am notwendigsten ist, die auf schlechteren Gebietsböden wirtschaften. Es wäre eine sinnvolle Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium, mit der Landes-Landwirtschaftskammer, notwendig, um diese Menschen auch in ihrer Existenz zu sichern.

Die Agrarwirtschaft macht uns große Sorgen. Solche gibt es auch in anderen Ländern. Milliarden Schilling werden aufgewendet, um in der Landwirtschaft eine Überbrückung zu finden. Wenn in der letzten Zeit in den bäuerlichen Gebieten von Hollabrunn und Mistelbach, die keine Industriegebiete sind, große Abwanderungen registriert werden mußten, dann waren auch kleine Bauern, die ihre Scholle verlassen haben, unter denen, die das Gebiet verließen. Ich glaube, es ist volkswirtschaftlich kaum vertretbar, daß man diese Menschen von der Scholle gehen läßt. Es ist daher notwendig, dort das Handwerk, die Kleinindustrie und die Bauernschaft einer gewissen sozialen Betreuung zu unterziehen. Dem Bauern und der Bäuerin müßte man meines Erachtens eine größere Zuschußrente bzw. eine Sozialversicherung und Krankenversicherung geben. Der Land- und Forstarbeiter, der als Mangelware gilt, ist die rechte Hand des Betriebsinhabers, weil der Bauer und die Bäuerin nicht mehr allein imstande sind, alles zu bewältigen. Die Maschine hilft viel, sie nimmt viel Handarbeit ab, aber der Mensch darf doch nicht der Sklave der Maschine werden. Er darf nicht von einer Maschine heruntersteigen und auf die andere hinaufsteigen, denn da treibt er Raubbau mit seiner Gesundheit. Ich glaube daher, es wäre auch notwendig, den Land- und Forstarbeiter weiter zu unterstützen. Wenn wir im Budget rund 2,5 Millionen Schilling an Mitteln zur Gründung von Land- und Forstarbeiterhäusern bzw. Eigenheimen auswerfen, dann ist das ein geringer Betrag, weil damit nur 350 Ansichten erledigt werden. Es sind rund 30 000 S an Zuschüssen für diese Leute gegeben worden. Im Laufe der Debatte konnten wir aber hören, daß ein Einfamilienhaus mindestens 150 bis 180 000 S kostet. Wir müssen Vorsorge treffen und auch einen Anreiz geben, um den Land- und Forstarbeiter auf der Scholle zu

erhalten. Dies ist notwendig, denn wir haben es im heutigen Jahr gesehen, daß noch sehr viele Feldfrüchte auf den Äckern liegen, weil nicht genügend Arbeitskraft vorhanden sind; denn würden sie zur Verfügung stehen, wurde auch die Ernte eingebracht sein. Daher müssen wir den Lind- und Forstarbeiter mehr als bisher an das Dorf binden. Auch der Landjugend müßten wir das Leben auf dem Lande lebenswerter machen. Der Herr Abg. Hilgarth hat bei der Generaldebatte das Wort Dorfgemeinschaft ausgesprochen, und ich möchte etwas hinzufügen: ich meine die Dorfgemeinschaftshäuser. Im Westen unseres Kontinents sind solche Häuser gebaut worden. Auch dort hatte man dieselben Schwierigkeiten mit der Landflucht. Es wurde versucht, diese Landflucht einzudämmen. Die Gemeinden haben Dorfgemeinschaftshäuser gebaut.

Man kann abgehalten werden, alte Sitten und Gebräuche können in diesen Häusern wieder lebendig werden, aber auch Gesangsvereine und Musikvereine können von diesen Stätten Gebrauch machen. Das Dorfwirtshaus soll ausgeschaltet werden, die Dorfstraßen, die Dorfstraße, die Musikorgel und dergleichen konnten ausgeschaltet werden. Die Jugend kann dort zusammenkommen und sich ausbilden. Lesesäle, Bibliotheken usw. konnten eingerichtet werden, außerdem konnten auch Erntekindergärten in diesen Häusern untergebracht werden. Da von Ihrer Seite ein Antrag auf Dorfhelferinnen, Familienhelferinnen, vorliegt, möchte ich sagen, auch diese könnten in ihrer Freizeit sich dort der Jugend widmen. Sie sehen also, es müßte nur ein Anfang gemacht werden, um solche Dorfgemeinschaftsstätten zu bauen. Das müßte natürlich die Gemeinde als Bauherr machen. Mit geringem Arbeitsaufwand der in der Gemeinde Wohnenden würden sich diese Dorfgemeinschaftshäuser auch verbilligen. Wir wurden damit wirklich das Leben am Lande lebenswerter machen. Es würde das Moped, das Auto, das Motorrad nicht mehr so verwendet werden, wenn dort gesellige Zusammenkünfte sein würden. Die Frau auf dem Lande beneidet natürlich die Frau in der Stadt, denn sie hat andere Lebensformen und sie will nicht mehr das Aschenbrödel sein. Aber nicht nur die Bauersfrau, sondern auch die Frau des Landarbeiters, des Handwerkers usw., sie alle haben Recht darauf, daß auf dem Lande, im Dorf, ein kulturelles Leben einzieht.

Ich habe betont, daß man die Sitten und Gebräuche wahren könnte, und überdies konnte man so manches schaffen. Die Gesundheit der Kinder könnte man fördern, in

dem man Gemeinschaftsbestrahlungssäle herstellt. Die bäuerliche Jugend ist in dieser Hinsicht am schlechtesten gestellt, weil sie schon mit 13, 14 Jahren — obwohl es nicht erlaubt ist — auf den Traktor gesetzt wird; die Gefahren für die Gesundheit des Kindes sind erschreckend. Wir könnten damit unserem Landvolk einen großen Dienst erweisen.

Wenn ich jetzt von einer allgemeinen kulturellen Aufwärtsentwicklung gesprochen habe, so möchte ich mich nun mit der strukturellen Aufwärtsentwicklung am Dorfe befassen. Der Herr Abg. Dipl.-Ing. Robl hat von Maschinenringen gesprochen. Natürlich werden große Investitionen gemacht, und wir erschrecken, wenn wir hören, daß die österreichische Bauernschaft heute mit rund 10 Milliarden Schilling verschuldet ist. Die Maschinen können vor allem in Kleinbetrieben überhaupt nicht ausgenützt werden. Warum ist man nicht darauf eingegangen, so wie bei der Karntner Landesregierung die Maschinenhilfe, welche von der öffentlichen Hand gelenkt wurde, zu errichten? Wir haben es uns angesehen, alle politischen Richtungen sind zufrieden. Die Einrichtung ist entpolitisiert, aber dem Bauern helfen diese Maschinen und ersparen ihm sehr viel Geld.

Zu den Beratungen und Planungen für Siedlungsverfahren und Kommassierungen möchte ich sagen, daß bei der Agrarbezirksbehörde die Anzahl der Techniker verdoppelt wurde. Wir glauben nun, daß die Kommassierungen schneller fortgesetzt werden können. Die Kommassierung ist notwendig und die Voraussetzung zum Maschineneinsatz.

Das Marchfeld hatte schon seit dem Jahre 1906 die Wohltat der Kommassierung. Heute ist der Marchfeldbauer, auch wenn er bloß 20 Hektar sein Eigen nennt, im allgemeinen schon ein Euer, der wohl auch die Konkurrenz in der nächsten Zeit bestehen kann. Aber der Bauer, der heute noch auf Hosen-träger-Parzellen arbeiten muß und die Maschinen überhaupt nicht zum Einsatz bringen kann, wird sich in dieser schweren Zeit meines Erachtens nach bei der schlechten Bodenstruktur schwer tun. Jetzt ist noch Zeit, entsprechende Maßnahmen vorzusehen. Es wäre unsere Pflicht, insbesondere auch die Pflicht der Abgeordneten vom Bauernbund, alles daranzusetzen, um alle Voraussetzungen zu schaffen, daß die Bauern im Existenzkampf bestehen können.

Ein Wort zu den Grundaufstockungen. Die Grunderwerbsgenossenschaft von Niederösterreich hat im abgelaufenen Jahr an 790 Bewerber eine Fläche von 1790 Hektar vermittelt und verkauft. Das ist nicht zu Lasten

des niedrigen Preises. Die verbundene Konkurrenz auf dem Lande, die in Anspruch genommen werden, begrüßen ein Kommando.

Die Grundbesitzer im Bezirk haben Zeit, hat die Bauernschaft Klage gegen die Kommissionen arbeiten. einem auf mit 9 Joch erwerben zirkulärgründig, Ansicht, Grundbesitzer, dem Verfall, die 3 Jochlung und jeder 4½ jedem ge Bauern v Joch stär kein Bau Grund v des Privat die Bezirk glieder gute Arb.

Wenn ich spreche, ich vor zu habe. Ich denn er i Ich stel zum ord Niederöst „Die L eine Ver Grundver zu erlasst sionen für gesehene

Bisher Ich glaub bedingt 1 wirklich 1 kommission Abgeordn

Nun z unterentv schaft, F Die Boden abgeschlo

des niederösterreichischen Budgets gegangen. Die verbilligten Kredite sind Bundesmittel. Auf der anderen Seite nimmt schon das Konkurrenzunternehmen der niederösterreichischen Landesregierung, die Siedlungsgesellschaft, doch immer wieder Gelder vom Land in Anspruch. Natürlich ist ihr Wirken auch begrüßenswert, aber im allgemeinen ist sie ein Konkurrenzunternehmen.

Die Grundverkehrskommissionen draußen im Bezirk haben keine Richtlinien. In letzter Zeit hat der Bezirksobmann der Bezirksbauernkammer Schrems-Gmünd darüber Klage geführt, daß die Grundverkehrskommissionen nicht immer nach einer Richtlinie arbeiten. Das zeigte sich zum Beispiel, als bei einem auslaufenden Hof im Gmünder Bezirk mit 9 Joch Größe zwei Bauern diesen Grund erwerben wollten. Die Mitglieder der Bezirksgrundverkehrskommission waren der Ansicht, es müßten noch wenigstens 3 Joch Grund beim Haus verbleiben. Sie haben also dem Verkauf nicht zugestimmt, wenn nicht die 3 Joch beim Haus bleiben. Bei einer Teilung unter den zwei Bewerbern hätte ein jeder  $4\frac{1}{2}$  Joch bekommen, und damit wäre jedem gedient gewesen, jeder der beiden Bauern wäre in seinem Besitzstand um 4% Joch stärker geworden. 3 Joch ist natürlich kein Bauernbetrieb, und der verbleibende Grund verteuert natürlich auch den Verkauf des Privathauses. Sie sehen also, daß auch die Bezirksgrundverkehrskommissionen - Mitglieder geschult werden müssen, um wirklich gute Arbeit zu leisten.

Wenn ich schon über den Grundverkehr spreche, dann will ich daran erinnern, daß ich vor zwei Jahren einen Antrag eingebracht habe. Ich möchte ihn heuer wiederholen, denn er ist bisher ergebnislos geblieben.

Ich stelle folgenden Antrag zu Gruppe 7 zum ordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1963 (Ziest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Verordnung gemäß § 12 Abs. 2 des Grundverkehrsgesetzes, LGBl. Nr. 79/1956, zu erlassen, um den Grundverkehrskommissionen für ihre Tätigkeit die im Gesetz vorgesehene Geschäftsordnung zu geben.“

Bisher ist in dieser Sache nichts geschehen. Ich glaube, diese Geschäftsordnung wäre unbedingt notwendig, um diesbezüglich eine wirklich gute Arbeit in den Grundverkehrskommissionen zu leisten. Ich bitte die Herren Abgeordneten, diesem Antrag zuzustimmen.

Nun zum Thema Förderungsmittel für unterentwickelte Gebiete in der Landwirtschaft, Findlingstein-Aktion, Meliorationen. Die Bodenschätzungen, die ja zu zwei Drittel abgeschlossen sind, haben gerade in den

schlechteren landwirtschaftlichen Gebieten Unmut ausgelöst, weil die Bodenschätzung für den schweren Lehm Boden höhere Punktezahlen gebracht hat. Lehmige, lehmsandige und sandlehmige Böden sind niedriger bewertet als der schwere Lehm Boden. In diesem Sinne ist das Waldviertel wirklich stiefmütterlich behandelt worden.

Mir wurde auf meine Vorstellungen die Antwort gegeben: Nach drei Jahren wird die Bodenschätzung abgeschlossen sein, und dann mußte man klimazahlenmäßig auch für dieses Gebiet größere Abschläge vorsehen.

Der Lehm Boden des Marchfeldes oder des Weinlandes ist ein wesentlich anderer Boden, ein sehr guter Boden, gegenüber dem Boden des Waldviertels, der ja sauer, rostig und wasserundurchlässig ist. Auf dem Urgesteinsboden, auf dem Verwitterungsboden des Waldviertels ist ohnedies die Vegetation der Pflanzen schon zurückgehalten. Aber zusätzlich erschwert der Lehm Boden den Ertrag.

Wenn ich über die Bauplanung des Landes spreche, die bestimmt sehr gute Dienste leistet, dann kann ich die Feststellung machen, daß auch in der Landeslandwirtschaftskammer mit einigen Beamten sehr große Fortschritte bei der Bauplanung erzielt wurden.

Beim Aussiedlungsverfahren, bei dem in Niederösterreich 33 Fälle in Bearbeitung sind und weitere sechs Fälle noch vorliegen, könnte ein voller Erfolg erreicht werden, würde man damit gleichzeitig eine Kommassierung verbinden. Wenn ein Bauernhof schon aus einer Dorfgemeinschaft ausgesiedelt wird, weil er beengt ist, dann soll damit auch die Kommassierung konform gehen, damit dem Bauern wirklich geholfen wird und die Lebensfähigkeit seines Hofes garantiert ist. Aber so werden Gelder von rund 4 Millionen Schilling nicht so ganz hundertprozentig ausgenützt, wie sie bei gleichzeitiger Kommassierung ausgenützt werden könnten.

Die Beihilfen für die unterentwickelten Gebiete müßten verbessert werden, um den betroffenen Menschen auch die Existenzsicherung zu geben. Die Maßnahmen, die auf dem Gebiete des Bodenschutzes gesetzt werden, sind einzigartig. Wir wissen genau, daß Bodenschutz und Windschutz sowie Wohlfahrtsaufforstung sehr notwendige und wirksame Maßnahmen sind. Wir wissen auch ganz genau, daß damit die Fruchtbarkeit des Bodens gehoben wird und auch eine natürliche Schädlingsbekämpfung durch die Nistmöglichkeiten für Vögel in den Sträuchern und Bäumen gegeben ist. Vor hundert Jahren hat der Marchfeldbauer den

Baum bis zur Hoftür ausgerissen. Inzwischen hat sich gezeigt, daß er damit einen Fehler begangen hat. Heute muß er Bäume und Sträucher wieder aufpflanzen. Damals wurden die Bäume beseitigt, nur um Grund und Boden zu gewinnen. Heute kommt der Bauer darauf, daß er einen Fehler gemacht hat. Fehler hat man eben auch schon früher gemacht. Wir müssen uns diese Fehler zu Herzen nehmen, und wir müßten alles tun, um künftig daraus zu lernen.

Zur Hagelversicherung wäre zu sagen: Die Beiträge des Landes in der Höhe von 3,8 Millionen Schilling sind natürlich eine große Summe. Der Bund gibt, wie ich glaube, ebensoviel dazu, um die Prämien zu verbilligen. Wenn man aber hören muß, daß die Hagelschäden vom vergangenen Sommer erst in den letzten Monaten — im Oktober und November — ausbezahlt worden sind, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß die Bauern schon zur Erntezeit den Schaden erlitten haben, und es schwer verständlich ist, wenn sie erst nach einem halben Jahr die Entschädigung dafür bekommen. Das Land sollte sich, wenn es schon diese Beiträge zur Hagelversicherung leistet, wirklich dahingehend interessieren, wie die Entschädigungen auf schnellerem Wege ausbezahlt werden können. Die Bauern warten ja darauf. Sie haben keinen Nutzen, wenn ein Hagel kommt — jedenfalls gilt das für die meisten, denn es ist schon vorgekommen, daß einige auch einen Nutzen gehabt haben; aber ich will nicht persönlich werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, daß die Verschuldung der Bauern uns wirklich zu denken gibt.

In der Debatte wurde auch die Schulfrage angeschnitten und über das polytechnische Schuljahr in der Landwirtschaft gesprochen. Wenn wir in der Landwirtschaft immer wieder auf das Gefälle zwischen Stadt und Land hinweisen, dann ist das polytechnische Jahr auch für die Kinder, die in der Landwirtschaft bleiben, grundsätzlich notwendig. Zunächst einmal fällt das polytechnische Jahr in einen Lebensabschnitt, in dem die Schüler den Lehrstoff auch wirklich verdauen können. Bezüglich der Fortbildungsschule möchte ich sagen: Der Schimmel in der Landwirtschaft trabt langsam. Wenn man zehn Jahre gebraucht hat, um die Fortbildungsschule zur Pflichtschule zu machen, dann ist es notwendig, daß auch der Besuch der Fachschule und Berufsschule Pflicht wird. (*Abg. Dipl.-Ing. Robl: Die Berufsschule ist Pflicht!*) ...daß die Fachschule Pflicht wird. Entschuldigen Sie, das war ein Sprechfehler. Wie bereits von Kollegen Mondl aufgezeigt

wurde, ist es notwendig, daß hierfür ein bestimmter Betrag ausgeworfen wird. Die aufgewendeten Mittel sollen aber ihren Zweck erfüllen. Leider muß jedoch festgestellt werden, daß diese Schulen einen schwachen Besuch aufweisen, so daß noch reichlich Plätze vorhanden sind. Es ist beschämend, daß nicht einmal acht Prozent der bäuerlichen Jugend landwirtschaftliche Schulen besuchen. Sie nennen mich gerne einen bäuerlichen Schulfeind. Ich kann aber darauf hinweisen, daß meine beiden Söhne die Ackerbauschule in Ober-Siebenbrunn besucht haben und außerdem zu einem einjährigen Austausch im Ausland waren. Ich glaube, daß man mich zu Unrecht als bäuerlichen Schulfeind bezeichnet. (*Zwischenrufe rechts: Hat niemand gesagt!*)

Wir müssen die Produktivität steigern, das heißt, auf demselben Raum mehr erzeugen. Selbstverständlich muß der Entwicklung des Absatzes besonderes Augenmerk geschenkt werden. Ebenso darf eine richtige Planung nicht ausbleiben. Es wäre unwirtschaftlich, einesteils in großen Mengen Weizen anzubauen und andererseits zehntausende Waggon Futtergetreide einzuführen. In solchen Fällen muß selbstverständlich eine Umstellung von Weizen bzw. Hafer auf wirkliches Futtergetreide vorgenommen werden. Durch geschickte Planung und richtige Lenkung könnte ein Schritt vorwärts getan werden. Als Landwirtschaftsvertreter obliegt es uns, diese schwierige Aufgabe zu meistern. Wenn wir für alle, die in der Landwirtschaft arbeiten, Verständnis aufbringen, dann wird uns nicht allein der Bauernstand, sondern darüber hinaus das ganze Volk dankbar sein. (*Beifall bei der SPO.*)

PRÄSIDENT TECAR: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Schneider:

ABG. SCHNEIDER: Hohes Haus! Ich habe mir vorhin erlaubt, einen Antrag zu stellen, den ich hiemit zurückziehe. Nachdem ich diesen Antrag neu formuliert habe, gestatte ich mir, zur Gruppe 7 des Voranschlages 1963 für das Land Niederösterreich folgenden neuen Resolutionsantrag zu unterbreiten (*liest*):

„Die Entwicklungshilfe des Bundes hat durch überweite Streuung an Wirksamkeit verloren. Damit der diesbezügliche Aufwand des Bundes im ursprünglichen Ausmaß von 100 Millionen Schilling pro Jahr seiner Widmung gerecht wird, müßten die echten Entwicklungsgebiete stärkere Berücksichtigung finden. Hier ist vor allem an die Lage an der Toter! Grenze, den Bevölkerungsschwund, das Ausmaß der Kriegs- und Besatzungs-

schäden :  
schuldun,  
seit Jahr  
für die  
so insbes  
Betriebs-  
nahme d  
kredite.  
stehender  
her die La  
Bundesre  
tragsleisti  
verstärkte  
schaftliche  
rasch wit  
(*Dritter I  
Vorsitz.*)

Ich bitt  
nehmen.

DRITTE  
Wort gela

LANDE  
Meine sel  
Seien Sie  
Rede halt  
feststellen  
Herren zu  
haben, wo  
nahmen ih  
gebracht h  
tuung fes  
aller Redn  
Trotz man  
Gleich ein  
Redner vo  
unsere Fre

Meine D  
so wie ich  
immer wi  
1962 anlä  
Strophen g  
Worte des  
berechtigt,  
Freude Au

Die vers  
rungsmaß  
ziemlich e  
die Elektri  
landwirtsch  
lichen Wok  
Grundaufst  
rung und  
Sachgebiete  
ständig bin  
mir daher  
Sparten r  
manches, j  
gäbe. Ich b  
bereits Fre



schäden sowie die dadurch verursachte Verschuldung zu denken. Das Land hat schon seit Jahren aus eigener Kraft Hilfsaktionen für die Entwicklungsgebiete durchgeführt, so insbesondere durch die Errichtung eines Betriebs-Investitionsfonds und die Übernahme der Landes-Haftung für Kommunal-kredite. Da die dem Land zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, wird daher die Landesregierung aufgefordert, bei der Bundesregierung zu erreichen, daß die Beitragsleistungen des Bundes in Zukunft in verstärktem Ausmaß erfolgt, damit der wirtschaftliche Rückstand in diesen Gebieten so rasch wie möglich beseitigt werden kann." (Dritter Präsident Müllner übernimmt den Vorsitz.)

Ich bitte, diesen Resolutionsantrag anzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT MÜLLNER: Zum Wort gelangt der Herr Landesrat Waltner.

LANDESRAT WALTNER: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seien Sie unbesorgt, ich werde keine lange Rede halten. Ich möchte mit großer Freude feststellen, daß sich so viele Damen und Herren zum Kapitel 7 zu Wort gemeldet haben, womit sie an den verschiedenen Maßnahmen ihr lebhaftes Interesse zum Ausdruck gebracht haben. Ich kann weiter mit Genug-tuung feststellen, daß die Ausführungen aller Redner beider Parteien objektiv waren. Trotz mancher Kritik waren sie sehr positiv. Gleich eingangs der Debatte haben die Redner von beiden Parteien ein Loblied auf unsere Freiwillige Feuerwehr gesungen.

Meine Damen und Herren! Sie alle wissen so wie ich, was unsere Feuerwehrmänner immer wieder und insbesondere im Jahre 1962 anlässlich der großen Elementarkatastrophen geleistet haben. Die hier geäußerten Worte des Dankes sind daher vollkommen berechtigt, und ich kann darüber nur meiner Freude Ausdruck geben.

Die verschiedenen Redner haben die Förderungsmaßnahmen auf den einzelnen Gebieten ziemlich erschöpfend behandelt. Es ist über die Elektrifizierung, die Besitzfestigung, den landwirtschaftlichen Bengbau, den bäuerlichen Wohnbau, die Hagelversicherung, die Grundaufstockung, die Ent- und Bewässerung und alle übrigen Maßnahmen in jenen Sachgebieten, für die ich ressortmäßig zuständig bin, gesprochen worden. Ich kann es mir daher ersparen, im einzelnen auf diese Sparten näher einzugehen, obwohl es manches, ja sogar ziemlich viel zu sagen gäbe. Ich bin mir jedoch bewußt, daß heute bereits Freitag ist. Außerdem ist es schon

14.30 Uhr. Ich will daher den Gang der Verhandlungen nicht aufhalten und nur einige wesentliche Dinge herausgreifen.

Mein Vorredner, der Herr Abg. Niklas, hat beanstandet, daß im Grundverkehrsgesetz von einer zu erlassenden Geschäftsordnung die Rede ist, diese jedoch bis heute nicht erlassen wurde. Der Grund hierfür liegt darin, daß, wie mir meine Juristen erläuterten, die Bestimmungen im Gesetz selbst so ausführlich textiert seien, daß man in einer Ausführungsverordnung nur den Wortlaut des Gesetzes wiedergaben könnte.

Gestatten Sie mir noch, daß ich ein paar besondere Sorgenkinder kurz anführe. Das ist für mich als Referent die Tbc- und Bangfreimachung unserer Rinderbestände. Wir haben in Niederösterreich auf diesem Gebiet noch vieles nachzuholen. Die westlichen Bundesländer sind uns in dieser Hinsicht sehr weit voraus, wobei uns diesbezüglich kein eigenes Verschulden trifft. Wie Ihnen bekannt ist, waren wir bis zum Jahre 1955 ein besetztes Land. Niederösterreichs Viehbestand war nach Kriegsende völlig dezimiert. Wir mußten froh sein, jenes Material zu bekommen, das uns seinerzeit der besser-gestellte Westen überließ. Wir haben uns bemüht, daß der in den Vorjahren für die Seuchenbekämpfung zur Verfügung gestellte Betrag im heurigen Budget etwas erhöht werden konnte. Den landwirtschaftlichen Wegebau haben wir als Problem Nr. 1 bezeichnet. Genauso wie der Straßenbau — und selbstverständlich auch der Bau der Autobahn — ist auch der Ausbau der landwirtschaftlichen Wege notwendig. Die Kommassierung ist die Voraussetzung jeder Mechanisierung, das stimmt; aber was nützt die schönste Kommassierung, wenn wir keine Wege haben, wenn wir keine Möglichkeit haben, mit den Maschinen zu den Grundstücken zu gelangen. Das betrifft vor allem die Einschichthöfe im Vorgebirge, im Gebirge und im Bergbauerngebiet, die seinerzeit mit Ochsengepann zu erreichen waren. Heute ist es für einen Arzt oder Tierarzt unmöglich, mit einem modernen Fahrzeug dorthin zu kommen. Das sind Dinge, die uns am meisten am Herzen liegen.

Über den landwirtschaftlichen Wohnbau wurde auch eingehend gesprochen. Ich darf dazu als Ergänzung sagen, daß im Jahre 1962 1059 Ansuchen mit einer Gesamtsumme von zirka 20 Millionen Schilling bewilligt werden konnten.

Und nun zur Grundaufstockung: Wie bekannt ist, führt die Landwirtschaftskammer über ihre Grunderwerbsgenossenschaften Grundaufstockungen durch. Das Amt der

niederösterreichischen Landesregierung hat daneben in 20 Verfahren 5743 ha an 1393 Beteiligte vermitteln können. Es handelt sich hauptsächlich um ehemalige Heerestruppenübungsplätze, also um ehemaliges deutsches Eigentum. Einer der Debattenredner hat auch über die Notwendigkeit der Ent- und Bewässerungen im Weinbau gesprochen. Auch das ist zu unterstreichen. Aber Ent- und Bewässerung im Weinbau setzt auch dort eine gewisse Zusammenlegung, eine Kommassierung voraus. Wir haben im Ausland, in der Schweiz, in Italien und in Deutschland, Gebiete besichtigt, wo großzügig auf diesem Gebiete bereits gearbeitet wurde; auch wir werden in Bälde hier etwas unternehmen müssen. Nur ist dazu zu sagen, daß diese Maßnahmen nur durchgeführt werden können, wenn die öffentliche Hand, der Bund und das Land, in der Lage sind, die entsprechende finanzielle Unterstützung zu gewähren. Sie wissen alle, die mit Weinbau beschäftigt sind, daß es dort nicht so wie beim Ackerbau ist; die Weinrebe braucht längere Zeit bis sie zur Tragfähigkeit kommt. Eine Kommassierung bedeutet eine große Umschichtung und kann eben nur durch eine Neuanpflanzung weiter gefördert werden.

Jedenfalls konnte ich aus den Debatten von beiden Seiten hören, daß Sie die Überzeugung gewonnen haben, daß sich sowohl die niederösterreichische Landesregierung als auch die Sachgebiete der Landwirtschaft besonders bemühen, unter den gegebenen Verhältnissen mit den vorhandenen Mitteln das Beste, das Zweckmäßigste für unsere Landwirtschaft, für die Bauern, zu erreichen; genauso wollen wir es auch in Zukunft halten. *(Beifall im ganzen Hause.)*

DRITTER PRÄSIDENT MÜLLNER: Zum Worte gelangt Herr Landesrat Hirsch.

LANDESRAT HIRSCH: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte vorerst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß sich bei der Durchbesprechung vieler Ansätze immer wieder das Bekenntnis zur Wirtschaft durchgerungen hat! Vor allem darf ich feststellen, daß gerade der Fremdenverkehr hier eine besondere Rolle gespielt hat. Schon im Kapitel 3 wurde ausgeführt, daß im Zusammenhang mit den Ausstellungen in Niederösterreich der Fremdenverkehr gefördert wurde und daß dabei eine gute Zusammenarbeit der beiden Referate erfolgte. Es ist in der Wirtschaft nur allzu selbstverständlich, das wurde auch schon einige Male unterstrichen, daß es hier keine Trennung, keine Teilung gibt; und ich möchte sagen, auch in den Förderungsmaßnahmen eines

Landes ist es ähnlich darum bestellt. Wenn daher diese gute Zusammenarbeit festgestellt werden konnte, so darf auch ich dem zuständigen Landesamt recht herzlich danken für die gemeinsam erfüllten Aufgaben, die uns in diesem Lande sicherlich wieder einen Schritt weiter auf dem Gebiete des Kultur- aber auch des Fremdenverkehrswesens gebracht haben. Ich möchte aber nicht vergessen, hier ganz besonders die gute Zusammenarbeit mit dem Straßenbaureferat hervorzuheben. Es wurde schon vom Herrn Landeshauptmann darauf hingewiesen, daß für den Fremdenverkehr die wichtigste Voraussetzung gute Straßen sind, wenn auch dabei manchenmal die Ansichten derjenigen, die in diese Gebiete kommen, unterschiedlich sein mögen, eines steht fest, daß gute Verkehrswege nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den Fremdenverkehr von ganz besonderer Bedeutung sind. Ich möchte daher dem Herrn Landeshauptmann für die wertvolle Unterstützung der Förderung des Fremdenverkehrs, vom Straßenbaureferat aus gesehen, meinen innigsten Dank sagen. Dadurch wird es auch in Zukunft möglich sein, die Gebiete, die hier von den einzelnen Rednern angeführt wurden, für den Fremdenverkehr zu erschließen, vor allem das Waldviertel. Daraus resultiert, daß hier nicht von einem Teufelskreis — wie das einige Male gesagt wurde — geredet werden kann, sondern, daß hier wirklich von einem sinnvollen Kreis des Wirtschaftsgeschehens gesprochen werden muß; und daß wir daraus die Erkenntnis erringen müssen, daß in der Wirtschaft selbst auf allen Gebieten immer wieder die Belange des gesamten Landes von eminenter Bedeutung sind. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß ich das deshalb sage, weil ich der Wirtschaft zugehöre. Sie selbst haben es erkannt, und ich darf sagen, daß ich mit großer Freude und Genugtuung erst vor wenigen Tagen in einer Radiosendung, und zwar in der Sendung der Gewerkschaft, hören konnte, daß man sich wirklich ehrlich bemühen muß, die Belange der Wirtschaft mehr ins Auge zu fassen und wahrzunehmen, um den Notwendigkeiten der Wirtschaft gerecht zu werden.

Wenn wir heute hier stehen und den Voranschlag des Jahres 1963 beschließen, wissen wir alle genau, die Erfüllung des Voranschlages ist letzten Endes nur dann möglich, wenn die Kraft der Wirtschaft auch die Mittel dazu liefert.

Damit meine ich wieder nicht nur die Kraft vielleicht der Unternehmer, sondern die Kraft aller Unternehmungen, gleichgültig, wie sie wirtschaftlich ausgerichtet sind, mit

allen ihr  
Leistungs

Hier w  
Lehrer st  
man kan  
schaft de  
Budget!  
es möglic  
die Förd  
kleinen I  
vielen ur  
zu erfüllt  
schaft im  
einzuräur  
derungsma

Es wa  
Bäuerin  
immens g  
ich nur i  
ganz gen  
spät zu t  
erübrigen  
ununterb  
wie auch  
diese Wü  
für den E  
Denn auc  
mittleren  
die von f  
selbst tät  
schaft be  
selbstvers  
gaben im  
füllt. Wir  
Menschen  
lich ihre F  
Interesse  
ihres Volk

Ich den  
Glauben S  
ten Frau  
Fremdenv  
forderung  
Betrieben  
Rolle ein;  
vielleicht  
trieb und  
und leiste  
die Nacht  
als geme  
können he  
gerade die  
kehr imm  
gaben ent  
und die si  
lienbetrie  
Kinder mi  
Dienste d  
füllen, vie  
zählt wie

llt. Wenn  
estgestellt  
dem zu-  
h danken  
aben, die  
der einen  
s Kultur-  
esens ge-  
nicht ver-  
gute Zu-  
baureferat  
om Herrn  
esen, daß  
igste Vor-  
auch da-  
nigen, die  
rschiedlich  
gute Ver-  
schaft, son-  
von ganz  
chte daher  
die wert-  
rung des  
referat aus  
agen. Da-  
glich sein,  
einzelnen  
für den  
vor allem  
, daß hier  
wie das  
let werden  
von einem  
geschehens  
wir daraus  
daß in der  
ten immer  
Landes von  
n Sie nicht,  
h das 'des-  
t zugehöre.  
d ich darf  
ind Genug-  
iner Radio-  
ndung der  
ß man sich  
ie Belange  
fassen und  
gkeiten der  
  
d den Vor-  
ßen, wissen  
des Voran-  
an möglich,  
t auch die  
  
ir die Kraft  
ndern die  
gleichgültig,  
et sind, mit

allen ihren Beschäftigten und mit der ganzen  
Leistungskraft aller dort Tätigen.

Hier wurde der Ausspruch getan: „Mit dem  
Lehrer steht und fällt die Schule.“ Ich glaube,  
man kann wohl auch sagen: Mit der Wirt-  
schaft des Landes steht und fällt auch das  
Budget! Daher freue ich mich darüber, daß  
es möglich war, in den heurigen Ansätzen für  
die Förderung der Wirtschaft doch einen  
kleinen Fortschritt zu erzielen, und bei den  
vielen und großen Aufgaben, die das Land  
zu erfüllen hat, auch der gewerblichen Wirt-  
schaft im Rahmen des Möglichen die Gelder  
einzuräumen, die erforderlich sind, um För-  
derungsmaßnahmen durchzuführen.

Es war auch davon die Rede, daß der  
Bäuerin der Dank aller gebührt für ihre  
immens großen Leistungen. Das kann auch  
ich nur unterstreichen. Jeder von uns weiß  
ganz genau, was die Bäuerin von früh bis  
spät zu tun hat, daß sie fast keine Freizeit  
erübrigen kann, daß sie jeden Tag des Jahres  
ununterbrochen in der Wirtschaft tätig ist,  
wie auch viele Hausfrauen. Ich möchte aber  
diese Würdigung auch zum allergrößten Teil  
für den Bereich der Wirtschaft gelten lassen.  
Denn auch hier ist die Frau im kleinen und  
mittleren Betrieb oft die Seele des Betriebes,  
die von früh bis spät nicht nur im Betriebe  
selbst tätig ist, sondern auch ihre Hauswirt-  
schaft betreuen muß und darüber hinaus  
selbstverständlich auch verschiedene Auf-  
gaben im gesellschaftlichen Leben noch er-  
füllt. Wir können uns freuen, daß es solche  
Menschen gibt, die ohne Zeitbegrenzung täg-  
lich ihre Pflicht im Interesse ihrer Familie, im  
Interesse ihres Betriebes und im Interesse  
ihres Volkes tun.

Ich denke da besonders an einen Stand.  
Glauben Sie nicht auch, meine hochgeschätz-  
ten Frauen und Herren, daß gerade die  
Fremdenverkehrsbetriebe sehr große An-  
forderungen an die Frau stellen? In diesen  
Betrieben nimmt die Frau eine sehr wichtige  
Rolle ein; sie ist in der Küche und dann noch  
vielleicht auch in der Gastwirtschaft, im Be-  
trieb und in der Bedienung der Gäste tätig  
und leistet oft von frühmorgens bis spät in  
die Nacht wirklich mehr an Pflichterfüllung,  
als gemeinhin getan werden kann. Wir  
können heute die Tatsache verzeichnen, daß  
gerade die Familienbetriebe im Fremdenver-  
kehr immer wieder voll und ganz den Auf-  
gaben entsprechen, die ihnen auferlegt sind  
und die sie zu erfüllen haben, daß die Fami-  
lienbetriebe, wo Frau und Mann und die  
Kinder mitbeschäftigt sind, voll und ganz im  
Dienste der Allgemeinheit ihre Pflicht er-  
füllen, vielfach genauso unbedankt und unbe-  
zahlt wie die brave, fleißige, tüchtige Bäuerin

Das möchte ich ausdrücklich hier erwähnen.

Daraus möchte ich aber auch die Erkennt-  
nis ableiten, daß man, wenn man gemeinhin  
immer wieder da oder dort über die Wirt-  
schaft etwas sagt, doch bedenken möge, daß  
diese unermesslich großen Arbeitsleistungen  
der Frauen und Männer, die in der Wirt-  
schaft stehen, doch auch ein Anrecht haben,  
entsprechend gewürdigt zu werden. Es ist  
nicht immer so, daß in diesen kleinen und  
mittleren Betrieben die Dinge allein von der  
Gewinnseite angesehen werden. Es ist ja nach  
unserer Steuerpolitik, die wir jetzt haben, gar  
nicht so, daß man in einem Familienbetrieb  
auf Grund seiner großen Leistungen auch ein  
weiß Gott wie großes Einkommen erzielen  
kann. Die Steuerprogression fragt bekannt-  
lich nicht danach, wie viele an dem Ertrag  
dieses Wirtschaftsbetriebes mitgearbeitet ha-  
ben; es sind keine Löhne auszuweisen und  
keine Betriebsausgaben hierfür abzusetzen,  
wenn es darum geht, diese Familienbetriebe  
steuerlich einzustufen.

Ich möchte von dieser Stelle aus gerade  
den Fremdenverkehrsbetrieben, den dort  
tätigen Frauen und Männern, aber auch den  
Angehörigen, die in diesen Betrieben jahraus  
jahrein tätig sind und immer freundlich und  
gleichmäßig freundlich ihre Pflicht erfüllen,  
den herzlichsten Dank aussprechen. Denn sie  
tragen ja wesentlich dazu bei, daß dieser  
Zweig der Wirtschaft eine solche Blüte er-  
reicht hat. Und was wir mit den Förderungs-  
mitteln erreichen, es könnte nicht geschehen,  
wenn diese Menschen durch ihre persönliche  
Einsatzbereitschaft, durch ihre persönliche  
Initiative nicht der Ausgangspunkt des Er-  
folges wären.

Ich darf mich daher auch freuen, daß hier  
in der Debatte über den Fremdenverkehr an-  
erkennende Worte gefallen sind. Es wurden  
auch mahnende Worte gesprochen; das ist nur  
allzu selbstverständlich. Aber ich möchte da-  
zu doch ein Wort verlieren.

Wenn man meint, daß die Preise selbstver-  
ständlich immer gleich bleiben mögen, dann  
kann ich das nur unterstützen, aber nur inso-  
weit, als die Leistung, die erbracht wird, mit  
den Preisen, die gegeben sind, auch im Ein-  
klang steht. Wenn ein Betrieb einen Frem-  
denverkehrskredit von einigen hunderttau-  
send Schilling aufgenommen hat, so wird  
nicht zu verlangen sein, daß er vielleicht  
gewissermaßen wie vorher seine Zimmer-  
preise einhalten kann. Ich halte das für eine  
wirtschaftliche Selbstverständlichkeit. Letz-  
ten Endes muß auch die Wirtschaft das wie-  
der herausarbeiten können, was sie investiert  
hat. Die Kredite, die wir vergeben und die  
auf eine segensreiche Einrichtung zurück-

zuführen sind, die unser verewigter, hochverehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Ing. August Kargl initiativ eingeführt hat, müssen auch zurückgezahlt werden, und sie müssen letzten Endes auch in einer bestimmten Zeit abgestattet sein.

Aber der Fremdenverkehr macht ja alle Anstrengungen, insbesondere im Iden Betrieben, von denen ich eben gesprochen habe. Wir haben erst kürzlich von einem „Bund der Gastlichkeit“ gehört. Der Herr Landeshauptmann hat hier im Landhaushof den „Tag der Gastlichkeit“ eröffnet und sehr anerkennende Worte für den Idealismus der beteiligten Menschen gefunden. Ich glaube, die Damen und Herren, die dabei waren, haben gefunden, daß diese Menschen wirklich alles tun, was möglich ist. Und wer im Sachsengang einmal in dem Restaurant gegessen und eine Wildbretspeise gekostet hat, wird wissen, daß hier wirklich alles getan wird, um nicht nur dem Inländer, sondern auch dem Ausländer Spezialitäten zu bieten, wie sie kaum anderswo geboten werden können. Der „Bund der Gastlichkeit“ hat sich zur Aufgabe gestellt, besondere Spezialitäten hervorzubringen und herauszustellen. Wir dürfen uns freuen, daß auch diese Initiative auf einen so guten Boden gefallen ist. Das ist nur dem Umstand zuzuschreiben, daß das österreichische Volk und im besonderen die niederösterreichische Bevölkerung immer wieder, wenn es gilt, Leistungen auf allen Gebieten des Zusammenlebens der Menschen, in der Wirtschaft und in der Politik zu erbringen, bereit ist, sich mit aller Energie einzusetzen.

In der Debatte wurde davon gesprochen, daß das Landesreisebüro besondere Prospekte herausgeben sollte. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Sigmund und dem ganzen Hause mitteilen, daß wir solche detaillierte Prospekte seit langer Zeit haben. Nur haben wir sie nicht für jedes Gebiet in dem Maße, wie es wünschenswert wäre. Besonders aber sind diese detaillierten Prospekte in Reiseführern und auch in einem Automobilführer enthalten, so daß die Automobilisten solche Informationen erhalten und immer wieder für alle Gegenden unseres Landes eine sofortige Auskunft herauslesen können. Ich möchte hinzufügen, daß wir uns dabei im besonderen bemühen, auf das Land um Wien hinzuweisen. Es ist selbstverständlich unser Bestreben, daß vor allem der Ausländer, der Wien besucht, auch in das Land um Wien kommen soll. Daß uns dies zum Teil gelungen ist, beweisen die sich aufwärts entwickelnden Fremdennächtigungsziffern, die wir in diesem Jahre wieder feststellen können.

Weiter wurde auf den Ausbau der sanitären Anlagen und den Ausbau der bestehenden Betriebe hingewiesen. Alle diese Erwägungen, die dabei angestellt wurden, sind selbstverständlich nichtig. Genade die **Fremdenverkehrsförderungskreditaktion**, die ja jetzt wieder neu aufgestockt wird, ist ein wertvoller Behelf in dieser Richtung. Ich bitte den Herrn Finanzreferenten, nicht allzu streng mit mir zu sein, wenn ich sage: Diese Aktion kostet dem Land fast nichts! 2,8 Millionen Schilling sind im kommenden Budget für den Zinsendienst dieser Aktion eingesetzt. Bedenken Sie, daß es bereits 260 Millionen Schilling sind, die dabei an Förderungsmitteln zum Einsatz gelangt sind, und daß mit den Eigenmitteln die Gesamtsumme dieser Aufwendungen fast an eine Milliarde heranreicht.

Man muß feststellen, daß damit nicht nur die Fremdenverkehrswirtschaft aufgebaut, sondern eine weite Befruchtung aller Wirtschaftsgebiete erzielt werden konnte. Unzählige Professionisten sind damit beschäftigt, und viele Sparten der Wirtschaft haben dadurch neue Aufträge erhalten. Selbstverständlich muß besonders dafür gesorgt werden — und das ist uns ein Herzensanliegen —, daß Rulhemöglichkeiten in den Erholungsgebieten vorhanden sind und in den Betrieben auf Sauberkeit und Reinlichkeit größter Wert gelegt wird. Wir sind in ständiger Verbindung mit der fachlichen Ausnichtung des Fremdenverkehrs und weisen immer wieder auf diese Belange hin. Durch den „Bund der Gastlichkeit“ ist das Bestreben vorhanden, auf diesem Gebiet wertvolle Aufklärungsarbeit zu leisten und damit zu erreichen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft Niederösterreichs so aufholt, wie es im Interesse des Landes und auch im Interesse der Finanzen, nicht nur des Landes, sondern auch des Bundes und der Gemeinden, wünschenswert ist.

Wir haben schon gehört, daß die Deviseneinnahmen in diesem Jahr die 9 Milliarden-grenze erreicht haben. Im vorigen Jahr waren es rund 7 Milliarden und ein Jahr vorher nur 6. Dieses Mal werden es sogar über 9 Milliarden sein, doch ist dabei zu sagen, daß sich auch die Devisenausgänge erheblich erhöht haben; und zwar von 1 Milliarde auf ungefähr 1,5 Milliarden. Das ist etwas, was uns nicht so sehr freut. Immerhin dürfen wir aber feststellen, daß die Bemühungen um den Fremdenverkehr von Erfolg gekrönt sind, und das erfüllt uns mit Befriedigung. Ich darf von dieser Stelle aus allen, vor allem der Landesregierung und dem Hohen Hause, recht herzlich danken, daß sie immer wieder, wenn Anträge in bezug auf den Fremden-

der sani-  
der beste-  
diese Er-  
irden, sind  
die Frem-  
n, die ja  
id, ist ein  
ntung. Ich  
nicht allzu  
sage: Diese  
s! 2,8 Mil-  
en Budget  
ion einge-  
s 260 Mil-  
an Förde-  
ngt sind,  
e Gesamt-  
st an eine

, nicht nur  
aufgebaut,  
aller Wirt-  
nnnte. Un-  
beschäftigt,  
haben da-  
Selbstver-  
sorgt wer-  
anliegen —  
holungsge-  
Beknaben  
ößter Wert  
er Verbin-  
chtung des  
mer wieder  
„Bund der  
handen, auf  
igsarbeit zu  
B die Frem-  
erreichs so  
Landes und  
, nicht nur  
Bundes und  
st.

lie Devisen-  
Milliarden-  
Jahr waren  
Jahr vorher  
sogar über  
i zu sagen,  
inge erheb-  
1 Milliarde  
s ist etwas,  
erhin dürfen  
ühungen um  
gekrönt sind,  
edigung. Ich  
t, vor allem  
ohen Hause,  
mer wieder,  
n Fremden-

verkehr gestellt wurden, ihre einhellige Zu-  
stimmung in der Erkenntnis der Wichtigkeit  
dieses Wirtschaftszweiges gegeben haben.

Ich stimme vollinhaltlich der Auffassung  
des Herrn Präsidenten Fuchs zu, wenn er  
sagt, die Erfüllung des Budgets kann nur  
dann möglich sein, wenn die wirtschaftlichen  
Voraussetzungen dazu gegeben sind. Es müs-  
sen in der Wirtschaft tatsächlich alle An-  
strengungen gemacht werden, um die Vor-  
aussetzungen zur Erfüllung der Aufgaben  
des Landes zu schaffen.

Es wurde auch davon gesprochen, daß die  
industrielle Entwicklung in Niederösterreich  
gegenüber dem Westen zurückgeblieben sei.  
Ich glaube, der Herr Präsident wird es in  
seinen Ausführungen sicherlich nicht so ge-  
meint haben, als wenn, weiß Gott was, ver-  
säumt wurde, sondern mehr in der Hinsicht,  
daß wir gezwungenermaßen nicht in der Lage  
waren, zehn Jahre hindurch überhaupt etwas  
zu tun. Das ist etwas, worüber wir nicht so  
leicht hinwegkommen werden, das uns aber  
in unseren Anstrengungen weiter voran-  
treiben soll, um diese Dinge aufholen zu  
können.

Ich bin auch der Meinung, daß neben der  
Förderung des Fremdenverkehrs die Betreu-  
ung der Fremden sehr notwendig und wichtig  
ist; denn die Werbung allein würde nicht  
genügen. Es müssen alle Belange zueinander  
passen. Jeder Kaufmann, jeder Wirtschaft-  
treibende weiß, daß die Werbung in der  
heutigen Zeit ein unbedingt notwendiges  
Mittel ist, dessen man sich bedienen muß, um  
zum Erfolg zu kommen.

Wenn ich sage, daß ich heute in bezug auf  
die Mittel des Budgets keine Forderungen  
habe, weil die Voraussetzungen dazu nicht  
gegeben sind, so darf ich doch einige Wünsche  
zum Ausdruck bringen, die mehr ideeller Na-  
tur sind. Es wäre dem Fremdenverkehr schon  
sehr viel gedient, wenn man gerade in der  
Fremdenverkehrssaison in der Handhabung  
der arbeitsrechtlichen Dinge ein wenig tole-  
ranter wäre. Ich möchte bei Gott nicht, daß  
die Arbeitsbedingungen für die in den Frem-  
denverkehrsbetrieben Beschäftigten ver-  
schlechtert werden, ich möchte aber nur auf  
ein Beispiel hinweisen, daß sicherlich sehr  
treffend ist.

Wir haben die Wahrnehmung gemacht, daß  
genade in der Hochsaison und im größten Ge-  
schäftsbetrieb Inspektionen angesetzt sind.  
Da wird untersucht, wie lange die Leute täg-  
lich beschäftigt sind; und wenn sie freiwillig  
über die gesetzliche Zeit hinaus arbeiten,  
wird das nicht gestattet, obwohl es keine  
zusätzlichen Arbeitskräfte gibt. Ich darf nur  
auf Kärnten hinweisen, wo das nicht der Fall

ist. Ich denke, was für Kärnten oder vielleicht  
für Wien gilt, könnte doch auch in Nieder-  
österreich möglich sein. Wenn wir immer  
wieder sagen, daß wir so viel Aufholbedarf  
haben, dann müßten wir von den maßgeb-  
lichen Stellen doch erwarten, daß sie uns  
die Arbeit nicht erschweren, vielmehr um die  
Möglichkeit einräumen, die Betreuung der  
Gäste und unserer Fremden so durchzufüh-  
ren, wie es wünschenswert ist. Denn sie sollen  
ja wiederkommen, sollen Freunde mitbringen,  
damit noch mehr Geld ins Land kommt. Sie  
werden aber ausbleiben, wenn wir ihnen  
nicht jene Bedienung und Betreuung ange-  
daihen lassen, die sie erwarten. Wir wissen  
ja auch, daß es für die Gastwirtschaften sehr  
schwer ist, eine Köchin zu finden, das nötige  
Küchenpersonal aufzutreiben; ja es ist unge-  
heuer schwierig, den Anforderungen über-  
haupt noch gerecht zu werden, die an  
einen solchen Betrieb, besonders in der  
Saison, gestellt werden.

Ich möchte bei der Gelegenheit noch an-  
führen, was mir auch ein wenig zu hart er-  
scheint. Die Bestimmungen des Bäckerei-  
arbeiterschutzgesetzes werden so hant ausge-  
legt, daß man den Meister und die Meiste-  
rin unter Sanktion der Strafe stellt, wenn es  
sich gar nicht um Angestellte handelt, wenn  
sie selbst arbeiten, weil doch im Fremden-  
verkehrsorten zeitgerecht das frische Gebäck  
da sein soll. Das ist in anderen Bundeslän-  
dern möglich, aber nicht in Niederösterreich.  
Man müßte nicht mit einer solchen Härte  
vorgehen. Diese Dinge sollten nicht mit einer  
solchen Engstirnigkeit und Engherzigkeit be-  
handelt werden. Damit sollte (nicht beigetra-  
gen werden, die Arbeitsfreudigkeit der Be-  
triebsinhaber und der Angehörigen zu töten,  
denn wir werden nicht bestehen können,  
wenn man immer wieder versucht, jemanden,  
der arbeitet, auch noch zu bestrafen. Man  
könnte natürlich sagen, es gibt auch andere  
Gesetze, wenn man nämlich unter Umständen  
die Arbeit im Pfuscherelwesen bestraft. Im  
übrigen komme ich auf diese Dinge noch  
zurück, weil es mir wichtig erscheint, darüber  
noch etwas zu sagen.

Ich stimme dem Herrn Abg. Fuchs auch bei,  
wenn er sagt, eine Steigerung des Sozial-  
produkts ist nicht mehr in diesem Ausmaß  
gegeben als bisher. Man müßte wahrlich die  
Ursachen untersuchen — ich möchte das aber  
von hier aus nicht tun. In der richtigen wirt-  
schaftlichen Denkensart und Einstellung zur  
Wirtschaft müßte man ohne Rücksicht auf  
Politik untersuchen, welche Ursachen da vor-  
handen sind.

Ich möchte nun, nachdem ein großer Teil  
der Reden beim Kapitel 7 dem Entwicklungs-

verein gewidmet wurde — der Herr Doktor Litschauer hat ausdrücklich dazu Stellung genommen und eine Reihe von Resolutionsanträgen gestellt —, auch dazu noch einige Worte sagen. Es ist richtig, daß der Betriebsinvestitionsfonds in diesen Jahren gegründet wurde, und daß wir alle diesem Gesetz zugestimmt haben. Ich möchte aber hier eine kleine Berichtigung geben. Es heißt in diesem Gesetz nicht, daß die Kredite an unterentwickelte Gebiete gegeben werden sollen, sondern an wirtschaftlich ungünstig gelegene Gebiete. Bitte, ich möchte damit nicht sagen, daß Dr. Litschauer nicht recht hat, daß diese Gebiete gefördert werden sollen, denn darüber sind wir uns alle einig, und wir haben nichts dagegen einzuwenden. Ich (möchte nur auf den Widerspruch aufmerksam machen, denn wir sind nie einverstanden gewesen mit der Einteilung dieser Gebiete, wie sie uns vom Bundesministerium vorgesetzt wurde. Wir selbst haben damals dagegen remonstriert und versucht — auch im Entwicklungsverein —, mit unseren Grundsätzen durchzudringen. Wir sind aber leider mit unserer Ansicht nicht durchgedrungen, und ich möchte sagen, daß diese Fassung in wirtschaftlich ungünstig gelegenen Gebieten sicherlich die berechtigtere Fassung ist. Ich würde sie nicht anzweifeln und nichts daran ändern. Nachdem das Gemeindereferat eingeschaltet ist und die Arbeiterkammer selbstverständlich in dieser Richtung auch interessiert ist, müssen wir keinerlei Bedenken haben, daß wir das abändern sollten. Ich glaube auf eine solche Sache geht der eine Antrag hin, wo es heißt, daß das Referat durch die Landesregierung angewiesen werden sollte, diese Mittel nur für wirtschaftlich unterentwickelte Gebiete zu geben. Ich bin bescheidenerweise der Meinung, daß der Antrag, vielleicht praktisch in dem Sinne, wie er gestellt ist, nicht am Platze ist. Das ist aber Ihre Sache, Herr Dr. Litschauer, ob Sie den Antrag zurückziehen werden. Es ist richtig, daß in diesem Jahr 11 Millionen — vorerst waren 10 Millionen vorgesehen — vorgesehen sind und im kommenden Jahr 9 Millionen. Ich möchte nicht reizen, aber welcher Unterschied ist zwischen 11 plus 9 und 2 mal 10? Wir haben in der ersten Klasse Volksschule bis 10 zählen gelernt, auch wenn wir das große Einmaleins noch nicht gelernt haben, aber in der ersten Klasse bei den Zehnern sind wir mitgekommen. Bei den anderen Ziffern war es schwieriger. Daß aber 2 mal 10 20 ist, ist klar wie die Sonne. Ich bin nicht der Meinung, daß es eine Kürzung ist, und ich muß Herrn Abg. Popp recht geben, der das schon angeführt hat. Ferner ist richtig, daß bis zum heutigen Tage 62 An-

träge eingelangt sind. Es ist aber ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Zeitpunkt, zu dem diese Anträge in Behandlung genommen wurden, und dem heutigen Tag, denn dazwischen liegen Monate, und damals waren diese 62 Anträge nicht da. Zur Begründung, daß mehr Mittel notwendig sind, wäre das richtig, aber zur Begründung für eine Vergabe, wie sie bis jetzt vorgesehen ist, kann das nicht dienen. Ich möchte nur dem Hohen Hause mitteilen, was schon realisiert ist, und einen Fall, der schon so weit ist, herausgreifen. Es ist dies die Firma Fritsche in Marchegg. Die Firma Fritsche, Kleidererzeugung, hat sich seit ungefähr 1 ½ Jahren in Marchegg, in einem Gebiet, das wir mit diesen Mitteln fördern sollten, angesiedelt, ohne diese Mittel in Anspruch nehmen zu können, da es diese damals noch nicht gab. Die Firma Fritsche hat dort von Haus aus erklärt, es werde ihr möglich sein, 50 bis 80 Arbeitskräfte zu beschäftigen. Ursprünglich waren es 20, dann 25, 30 und heute ist die Situation so, daß dort wirklich 80 Arbeitskräfte beschäftigt werden könnten, wenn nur die notwendigen Betriebsräumlichkeiten vorhanden wären. Ich glaube daher, es ist richtig, wenn man dort solche Mittel dazugibt, nachdem der Betrieb schon besteht und das Fundament auch gut ist. Das ist der einzige Fall, der nun auch schon realisiert werden kann, und ich glaube, Sie ersehen daraus, daß in der Verteilung dieser Mittel sicherlich nur dem Umstand Rechnung getragen wird, ob eine Förderung in dem Gebiet wirtschaftlich vertretbar ist, ob tatsächlich die Arbeitskräfte vorhanden sind usw. Ich darf dazu aber vielleicht noch etwas sagen. Es ist nicht einfach allein die 65-Kilometer-Zone, welche die Betriebsgründungen verhindert. Nicht nur die Verkehrswege sind es, welche die Lebensader für die Wirtschaft darstellen, sondern es muß auch Wasser und Energie vorhanden sein, es muß dort eine zweite Energiequelle vorhanden sein, wie zum Beispiel billiges Erdgas usw. Dsvon hängt natürlich auch die Rentabilität der Betriebe und die Möglichkeit für solche Gründungen ab. Es gibt noch eine Reihe von anderen Dingen, die dabei eine Rolle spielen, sie aufzuzählen, würde aber zu weit führen. Es ist nicht so, daß etwa nicht getrachtet wird, auch in die entferntesten Gebiete des Waldviertels Betriebe hinzubringen; es ist aber ungeheuer schwierig, jemand dazu zu bringen, die Möglichkeiten, die dort gegeben sind in Verbindung mit unseren Möglichkeiten auszunützen. Wenn ein Antrag des Herrn Dr. Litschauer vorliegt, der vorsieht, auch aus den im nächsten Jahr unter Umstän-

den zu be-  
tere 3 Mi-  
stellen, ka-  
ihn bejah-  
nern Sie s-  
und Herrn  
Budget. V-  
außerorde-  
Nachtrags-  
deswegen  
Sicherheit  
zept unter-  
werden k-  
daran mit-  
daß wir v-  
gets in d-  
außerorde-  
tualvorans-  
Systems, v-  
immer vol-

Wenn h-  
lich zur A-  
annehme  
kommendi-  
men und 1-  
wenn ich  
da jemand  
ten Sie m-  
der dazu 2-  
Wirtschaft  
sollten un-  
sen auch g-  
vielleicht

Aber wo-  
lichkeit zu  
dann wer-  
mich in di-  
halte ich  
nicht am  
nicht dazu

Meine s-  
Es ist nun  
dere ideel-  
könnten, s-  
verkehr u-  
und vielei-  
man berei-  
gleich wel-

Ich moc-  
heben: Ich  
Steuereinh-  
jetzt prak-  
te. Ich hab-  
Erwarten  
fung diese  
diere, wen-  
man hier  
Man sollte  
in einzelne  
daß Leute

in wesent-  
Zeitpunkt,  
Behandlung  
itigen Tag,  
late, und  
läge nicht  
Mittel not-  
aber zur  
wie sie bis  
cht dienen.  
mitteilen,  
n Fall, der  
Es ist dies  
Die Firma  
ch seit un-  
in einem  
In fördern  
ttel in An-  
lese damals  
ne hat dort  
ihr möglich  
eschäftigen.  
25, 30 und  
rt wirklich  
en könnten,  
öräumlich-  
ube daher,  
liche Mittel  
hon besteht  
Das ist der  
n realisiert  
Sie ersehen  
eser Mittel  
chnung ge-  
in dem Ge-  
ab tatsäch-  
sind usw.  
noch etwas  
die 65-Kilo-  
ründungen  
rswege sind  
e Wirtschaft  
Wasser und  
ß dort eine  
1 sein, wie  
usw. Davon  
abilität der  
für solche  
eine Reihe  
eine Rolle  
über zu weit  
za nicht ge-  
ntesten Ge-  
inzubringen;  
jemand dazu  
e dort geige-  
ren Möglich-  
Antrag des  
ler vorsieht,  
iter Umstän-

den zu beschließenden Nachtragsedikten wei-  
tere 3 Millionen Schilling zur Verfügung zu  
stellen, kann ich diesen Antrag, obwohl ich  
ihn bejahen müßte, nicht befürworten. Erin-  
nern Sie sich, meine sehr geschätzten Frauen  
und Herren, an die Vorberatungen zu diesem  
Budget. Wir hatten ein ordentliches, ein  
außerordentliches, ein Eventualbudget sowie  
Nachtragskredite vorgesehen. Das ist dann  
deswegen gescheitert, weil man nicht mit  
Sicherheit sagen kann; ob dieses Gesamtkon-  
zept unter allen Umständen auch erfüllt  
werden kann. Ich glaube, wir alle, die wir  
danan mitgearbeitet haben, waren dann froh,  
daß wir wieder zu der Dreiteilung des Bud-  
gets in der Form eines ordentlichen, eines  
außerordentlichen Budgets und eines Even-  
tualvoranschlags gekommen sind, eines  
Systems, von dem wir wissen, daß es bisher  
immer voll und ganz erfüllt wurde.

Wenn hier jetzt ein solcher Antrag tatsäch-  
lich zur Abstimmung kommen soll — was ich  
annehme —, wäre das ja ein Vorgriff ins  
kommende Jahr. Wenn Sie selbst, meine Da-  
men und Herren, Finanzreferent wären oder  
wenn ich es wäre, so glaube ich kaum, daß  
da jemand dazu ja sagen könnte. Und gestat-  
ten Sie mir, ein Wort als Wirtschaftstreiben-  
der (dazu zu sagen: Wir müssen doch mit den  
wirtschaftlichen Gegebenheiten rechnen. Wir  
sollten uns keiner Illusion hingeben. Wir wis-  
sen auch gar nicht, was uns in dieser Hinsicht  
vielleicht das kommende Jahr bringen wird.

Aber wenn im kommenden Jahr die Mög-  
lichkeit zu einem Nachtrag bestehen wird,  
dann werde ich Herrn Dr. Litschauer bitten,  
mich in dieser Hinsicht zu unterstützen. Jetzt  
halte ich diesen Antrag, zeitlich gesehen,  
nicht am Platze. Ich könnte mich wirklich  
nicht dazu entscheiden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Es ist nun tatsächlich so, daß noch einige an-  
dere ideelle Dinge vielleicht dazu beitragen  
könnten, sich befruchtend auf den Fremden-  
verkehr und auf die Wirtschaft auszuwirken  
und vielleicht auch den Beweis zu liefern, daß  
man bereit ist, die Leistungen der Wirtschaft,  
gleich welche immer, anzuerkennen.

Ich möchte noch eine Kleinigkeit heraus-  
heben: Ich könnte mir vorstellen, daß manche  
Steuereinhebung ein wenig anders, als es  
jetzt praktiziert wird, vor sich gehen könn-  
te. Ich habe nichts gegen die Getränkesteuer.  
Erwarten Sie nicht, daß ich für die Abschaf-  
fung dieser Steuer plädiere. Aber ich plä-  
diere, wenn mir das (gestattet ist, [dafür, daß  
man hier der Einfachheit Raum geben soll.  
Man sollte nicht dazu übergehen, wie es jetzt  
in einzelnen Gemeinden schon geschehen ist,  
daß Leute eingestellt werden, die gar nicht

Gemeindebeamte sind, die die Betriebe über-  
prüfen und dabei gar nicht an die Verschwie-  
genheitspflicht gebunden sind. Wenn diese  
Prüfung ein Gemeindebeamter vornimmt,  
wenn sie ein Finanzbeamter macht, dann ist  
das in Ordnung. Aber wenn ein Pensionist  
eingestellt wird, der nur für einige Wochen  
idiese Agenden durchzuführen hat, so glaube  
ich kaum, daß man den Dingen in dem Sinne  
Rechnung trägt, wie es wünschenswert wäre.  
Denn der Steuerzahler ist nicht in allem und  
in jedem ein Betrüger oder einer, der nur  
darauf aus ist, für sich etwas zurückzubehal-  
ten. Der Steuerzahler ist im wesentlichen —  
das kann man ruhig sagen, und das zeigen  
auch die Einnahmen aus allen Steuersparten  
— sehr gewissenhaft. Ich glaube, bei den  
Praktiken unserer Einhebungsstellen gibt es  
auch gar nicht viele Möglichkeiten, hier etwas  
Unrechtes zu tun. Ich würde daher dafür plä-  
dieren, daß man die Einhebungen der Ge-  
tränkesteuer einfacher macht, sie im Pau-  
schalwege erhebt oder andere Lösungen fin-  
det. Es gäbe auch zu anderen Einhebungen  
noch etwas zu sagen.

Zum Betriebsaktionenverbotsgesetz ist wie-  
der ein Antrag auf Novellierung gestellt wor-  
den. Ich habe dazu nur eine einzige Frage zu  
stellen, meine sehr geehrten Frauen und Her-  
ren des Hohen Hauses. Meine Überlegung bei  
allen diesen Dingen ist: Je mehr wir auf die-  
sem Gebiete sündigen, je mehr vielleicht ge-  
tan wird, um Unberechtigten die Möglich-  
keit zu geben, Geschäfte zu tätigen, die keine  
Steuern bringen, desto mehr werden wir die  
Voranschläge einengen. Und es wird eines  
Tages, wenn das größere Formen annimmt,  
dazu kommen, daß weder im Bund noch im  
Land die Einnahmen erwartet werden könn-  
en, die notwendig sind, um die Bedürf-  
nisse der Bevölkerung und des Landes zu  
erfüllen. Wir müßten vielmehr danach trach-  
ten, daß nach Möglichkeit überall dem Ge-  
danken Raum gegeben wird: Dem Gewerbe-  
treibenden steht auf Grund seiner Vorbedin-  
gungen, die er erfüllt hat, ein Recht zu, Han-  
del zu treiben. Es kann nicht jedermann —  
der „Jedermann“ in der Uraufführung in  
Salzburg ist sicherlich eine markante Persön-  
lichkeit, wenn auch das Ende vielleicht nicht  
sehr schön ist — Handel treiben, wie er  
will, ohne dem Staate das zu geben, was dem  
Staate gebührt. Des ist aber schon eine alte  
Weisheit und durchaus nichts Neues. Ich  
glaube, daß es auch nicht an der Zeit ist,  
solche Dinge, wie sie hier angeregt wurden,  
wieder ins Leben zurückzurufen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß  
es möglich sein kann, alle Wünsche, die wir  
an dieses Budget stellen, vollinhaltlich und



vielleicht auch noch etwas darüber hinaus, erfüllt zu bekommen, wenn die Prosperität der Wirtschaft und ihre weitere Aufwärtsentwicklung gewährleistet ist, und wenn wir alle an unserem Platz, gleich wo wir stehen, immer auf diese Weiter- und Aufwärtsentwicklung hinarbeiten, mit all unserer Kraft, mit all unserem Können und mit all unseren Fähigkeiten, zum Wohle unseres Volkes und unseres Heimatlandes Niederösterreich. (Beifall.)

PRÄSIDENT TESAR: Die Rednerliste ist erschöpft. Es haben 24 Abgeordnete gesprochen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

BERICHTERSTATTER ABG. MARCH-STEINER: Ich verzichte auf das Schlußwort.

PRÄSIDENT TESAR: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Gruppe 7: Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr seinen Antrag zu Gruppe 7 zu stellen.

BERICHTERSTATTER ABG. MARCH-STEINER: Die Gruppe 7 sieht im ordentlichen Voranschlag Ausgaben in der Höhe von 81,030.700 S vor, denen Einnahmen von 16,388.400 S gegenüberstehen. Im außerordentlichen Voranschlag sind in Gruppe 7 auf der Einnahmenseite 12,900.000 S, auf der Ausgabenseite 50,250.000 S vorgesehen. Im Eventualvoranschlag sind in Gruppe 7 Ausgaben in der Höhe von 44,350.000 S enthalten.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT TESAR: Die Mitglieder des Hohen Hauses haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört.

[Nach Abstimmung über Gruppe 7 im ordentlichen, außerordentlichen und Eventualvoranschlag in Erfordernis und Bedeckung]: Angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die eingebrachten 12 Resolutionsanträge.

[Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Fahrnberger, betreffend Seuchenfreiheit der Rinder]: Angenommen.

[Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Mondl, betreffend Vorlage des Entwurfes zu einem Feuerwehrgesetz]: Angenommen.

Der Antrag 3 des Herrn Abgeordneten Scherz, betreffend die Einhaltung der Bestimmungen des § 2 des Gesetzes vom 18. Jänner 1923, LGBL. Nr. 33, wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Dr. Litschauer, betreffend zusätzliche Mittel für den Betriebsinvestitionsfonds im Rahmen eines allfälligen Nachtragskredites): Abgelehnt.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Dr. Litschauer, betreffend Beschränkung der Betriebsinvestitionsfonds-Kredite auf entwicklungsbedürftige und grenznahe Gebiete): Abgelehnt.

[Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Dr. Litschauer, betreffend die Fortsetzung der Sonderaktion zur Modernisierung der sanitären Anlagen von Gaststätten): Abgelehnt.

[Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Dr. Litschauer, betreffend die Novellierung des Landesgesetzes vom 19. Juli 1956, LGBL. Nr. 801/1956, wodurch es in Zukunft ermöglicht wird, daß agrarische Produkte im Verordnungswege vom Betriebsaktionsverbot ausgenommen werden können]: Abgelehnt.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Stangler, betreffend die Aufrechterhaltung des Betriebes der Rollfähre Pöchlarn): Angenommen.

Der Resolutionsantrag des Abg. Schneider, betreffend die Beseitigung des wirtschaftlichen Rückstandes der Entwicklungsgebiete durch eine stärkere Beteiligung des Bundes, wurde zurückgezogen. Ebenso wurde der Resolutionsantrag des Abg. Dipl.-Ing. Robl, betreffend die Beschlußfassung über die im Parlament eingebrachten Initiativanträge, die die gegenseitige entgeltliche Hilfeleistung von Landwirt zu Landwirt mit betriebseigenen landwirtschaftlichen Maschinen und Traktoren zum Gegenstand haben, zurückgezogen, da es heute Vormittag im Parlament zwischen den beiden Parteien diesbezüglich zu einer einvernehmlichen Regelung gekommen ist.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Niklas, betreffend die Erlassung einer Verordnung gemäß § 12 Abs. 2 des Grundverkehrsgesetzes, LGBL. Nr. 791/1956, um den Grundverkehrskommissionen für ihre Tätigkeit die im Gesetz vorgesehene Geschäftsordnung zu geben): Angenommen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Schneider, betreffend die rasche Beseitigung des wirtschaftlichen Rückstandes der Entwicklungsgebiete durch eine verstärkte Beitragsleistung des Bundes): Angenommen.

Damit ist die Behandlung der Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung, beendet.

Wir koi  
liche Uni  
Voranschl  
Ich ersu  
Abg. Mar  
richten.

BERICI  
STEINER

Die G  
men und  
Betrage v  
84.100 S  
daher 4,79

In diese  
Vorgänge  
kehrsförde  
Unternehm  
Verrechnu

Die Au  
gen 0,3  
ordentlich

Diese C  
4,2 Millioi  
eröffneten  
stockung c  
tal-Sammt  
Rate des  
Aktion de  
reichischer  
aussichtlich  
desgutes F

Auf der  
neue Vora  
gung des  
Landesgut

Im auß  
der Grupp  
ling veran  
anschlag d

Ich ersu  
Debatte zu  
nehmunge

PRÄSID  
meldung v  
Über die G  
men und E

(Nach A  
ordentliche  
Bedeckung

(Nach A  
außerorde  
n o m m e r

Ich ersu  
Abg. Mar  
und Verm  
erstatten.

.BERICH  
STEINER:

esolutions-  
betreffend  
ebsinvesti-  
igen Nach-

esolutions-  
betreffend  
tionsfonds-  
ftige und

esolutions-  
betreffend  
zur Moder-  
von Gast-

esolutions-  
betreffend  
etzes vom  
wodurch es  
agrarisches  
m Betriebs-  
en können):

esolutions-  
nd die Auf-  
r Rollfähre

. Schneider,  
wirtschaftli-  
ungsgebiete  
des Bundes,  
rde der Reg-  
g. Robl, be-  
ber die im  
anträge, die  
leistung von  
riebseigenen  
und Trak-  
rückgezogen,  
ent zwischen  
ch zu einer  
nnen ist.

Resolutions-  
end die Er-  
§ 12 Abs. 2  
Bl. Nr. 79/  
ommissionen  
vorgesehene  
angenom-

Resolutions-  
treffend die  
lichen Rück-  
durch eine  
s Bundes):

r (Gruppe 7,  
Wirtschafts-

Wir kommen nun zur Gruppe 8, Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen, des Voranschlages des Landes Niederösterreich. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Abg. Marchsteiner, zu dieser Gruppe zu berichten.

BERICHTERSTATTER ABG. MARCHSTEINER: Hohes Haus!

Die Gruppe 8, Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen, weist Ausgaben im Betrage von 4.882.200 S und Einnahmen von 84.100 S aus. Das Nettoerfordernis beträgt daher 4.798.100 S.

In dieser Gruppe kommen die Gebarungsvorgänge für Werke, Unternehmen der Verkehrsförderung, land- und forstwirtschaftliche Unternehmen und sonstige Unternehmen zur Verrechnung.

Die Aufwendungen dieser Gruppe betragen 0,3 Prozent der Gesamtausgaben des ordentlichen Voranschlages.

Diese Gruppe weist Mehrausgaben von 4,2 Millionen S aus. Sie betreffen die neu eröffneten Voranschlagsansätze für die Aufstockung des Gesellschaftsanteiles der Wiental-Sammelkanalges. m. b. H., für die zweite Rate des Kaufpreises der neu erworbenen Aktion der Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer sowie für den voraussichtlichen Verlust beim Betrieb des Landesgutes Haschhof.

Auf der Einnahmenseite ergibt sich eine neue Voranschlagspost durch die Veranschlagung des voraussichtlichen Gewinnes des Landesgutes Reuhof.

Im außerordentlichen Voranschlag ist in der Gruppe 8 eine Post von 24.175.000 Schilling veranschlagt, während im Eventualvoranschlag diese Gruppe nicht notiert.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte zur Gruppe 8, Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen, einzuleiten.

PRÄSIDENT TESAR: Es liegt keine Wortmeldung vor, wir gelangen zur Abstimmung über die Gruppe 8, Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen.

[Nach Abstimmung über die Gruppe 8 des ordentlichen Voranschlages in Erfordernis und Bedeckung): A n g e n o m m e n .

(Nach Abstimmung über die Gruppe 8 des außerordentlichen Voranschlages): A n g e n o m m e n .

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Abg. Marchsteiner, zur Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, den Bericht zu erstatten.

BERICHTERSTATTER ABG. MARCHSTEINER: Hohes Haus! Die Ausgaben und

Einnahmen der Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, beziehen sich auf die Finanzverwaltung, das allgemeine Kapitalvermögen, auf das Liegenschaftsvermögen, auf die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen und Ausgaben, auf die Zuführungen zum außerordentlichen Haushalt, auf die Beihilfen ohne besondere Zweckbestimmung, auf die Verstärkungsmittel, auf die Abwicklung der Vorjahre und auf sonstige in diesen Rahmen fallende Gebarungsvorgänge. Die Ausgaben dieser Gruppe betragen 438.362.600 S. Ihnen stehen Einnahmen von 1.143.382.300 S gegenüber, so daß sich ein Nettoertrag von 705.019.700 S ergibt.

Innerhalb des ordentlichen Voranschlages beanspruchen die Ausgaben dieser Gruppe 28,4 Prozent, während sie im Vorjahr 27,5 Prozent betrugen.

In dieser Gruppe werden die Eingänge an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sowie die eigenen Steuern des Landes als hauptsächlichste Einnahmeposten des Landes veranschlagt.

Damit stellt sich diese Gruppe ab die wichtigste der Landesgebarung dar.

Die Ausgabenseite dieser Gruppe zeigt eine Steigerung von 44 Millionen S. Sie ist in der Hauptsache bedingt durch die größeren Kreditmittel für Bedarfszuweisungen in der Höhe von 5 Millionen S, durch die um 17 Millionen S stärkere Dotierung des Schuldendienstes und die Deckung des um 22 Millionen S höheren Abganges der Vorjahre.

Die Einnahmenseite weist Mehreinnahmen von 87,1 Millionen S aus. Sie betreffen solche bei der Tilgung von Darlehen in der Höhe von 0,7 Millionen S, bei eigenen Steuern von 1,9 Millionen S, bei den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von 74,2 Millionen S, bei der Landesumlage von 5,4 Millionen S und bei Bedarfszuweisungen von 5 Millionen S.

Eine Reihe von Einnahmenansätzen dieser Gruppe wäre einer Zweckbindung zu unterwerfen.

Zur Gruppe 9 sind im außerordentlichen Voranschlag auf der Einnahmenseite vorgesehen 101.650.000 S. Auf der Ausgabenseite sind bei Gruppe 9 keine Ansatzposten zu verzeichnen.

Im Eventualbudget notiert die Gruppe 9 selbstverständlich nichts. Ich ersuche den Herrn Präsidenten, über die Gruppe 9 die Debatte zu eröffnen.

PRÄSIDENT TESAR: Zum Worte gelangt Abg. Präsident Wondrak.

ABG. PRÄSIDENT WONDRAK: Hoher Landtag! Wir sind nun bei der letzten Gruppe

unseres Voranschlages angelangt. Der zehngliedrige Voranschlag hat eine ganze Reihe von Stellungnahmen und darüber hinaus auch einen reichen Wunschzettel der Herren Abgeordneten gebracht. Wenn man die Diskussionen kurz überprüft, kann man feststellen, daß sie in einige große Fragenkomplexe zerfallen. Ich begrüße es außerordentlich, daß bei den Diskussionen die Frage der Beschaffung von Wohnungen einen so weiten Raum eingenommen hat. Dabei meinen wir nicht nur schlechthin den Wohnraum für den Mieter; die Wohnraumbeschaffung — das hat sich ebenfalls ergeben — ist auch in der Landwirtschaft genauso dringend wie in den städtischen und industriellen Gebieten. Wir sind alle darin einig, daß man das Grundrecht des Menschen, ihm eine menschenwürdige Wohnung zu schaffen, nicht nur aus moralischen, sozialen und ethischen Gründen erfüllen muß. Wir sind überzeugt, daß die Lösung dieser Frage es mit sich bringen wird, daß einige sehr unliebsame Erscheinungen im Lande Niederösterreich — ich denke an die Abwanderung, an die Landflucht und die Auffüllung der Industriegebiete — zum Verschwinden kommen. Der ganze umfangreiche Fragenkomplex der Wohnraumbeschaffung wurde im Landtag seit 1945 erstmalig in einer sachlichen Form auseinandergesetzt. Wir hoffen nur, daß es möglich sein wird, auch die praktischen Schlüsse daraus zu ziehen. Alle, die mit Wohnbaufragen beschäftigt sind, wissen, daß es auf diesem Gebiet im wesentlichen nur ein Mittel gibt, um diese Sorgen zu lindern, nämlich den Bau von neuen Wohnungen. Der Verfall der alten Wohnungen und daher die berechtigte Ablehnung der Mieter, in alte, unschöne Häusler einzuziehen, ist so groß, daß man fast nur mehr mit Neubauten diesen berechtigten Wünschen entsprechen kann. Ich weiß, daß dazu ganz gewaltige Beträge erforderlich sind; ich bin aber überzeugt, daß hier eine Lösung der Frage unbedingt kommen wird. Und wenn in diesem Zusammenhang gesagt wurde, daß neben den vielen praktischen Arbeiten auch das Instrument dazu — die n.-ö. Bauordnung — durchgesehen und erneuert werden soll, so wird in Verbindung damit sicherlich die Voraussetzung geschaffen werden, daß die Wohnraumgestaltung auch weitgehend verbessert wird.

Ein anderer Fragenkomplex war das Kapitel Kultur und Schule. Die Fachleute — und wir haben eine Reihe von Lehrern in unserer Mitte — haben uns erzählt, was morgen zu erwarten sein wird, wenn die Schulgesetze 1962 zur Auswirkung kommen; daneben haben Referenten und Abgeordnete erzählt,

wie schlecht es schon heute um die Schulen bestellt ist, wieviel Klassen fehlen, wieviel Turn- und Physiksäle nicht vorhanden sind usw. und daß eine ganz beängstigend hohe Summe erforderlich wäre, um diesen Ansprüchen gerecht werden zu können. Es ist daher verständlich, daß der niederösterreichische Landtag vor dem Problem steht, jetzt schon dafür zu sorgen, damit all diese Fragen dann auch entsprechend gelöst werden. Es ist erfreulich, daß der Kulturwille des niederösterreichischen Landtages weite Kreise zieht. Wir sprechen hier von Schlössern, die restauriert werden sollen, von Museen, vom Musik- und vom Theaterwesen. Eine Fülle konstruktiver Gedanken wurde ausgesprochen, und es würde keiner der Anwesenden nicht mit Freude zur Kenntnis nehmen, daß all diese Probleme auch gelöst werden.

Ein Problem hat sich wie ein roter Faden durch den Voranschlag durchgezogen, und zwar das Straßenwesen in Niederösterreich, und in diesem Zusammenhang die Frage der Weiterentwicklung der niederösterreichischen Wirtschaft. Immer wieder wurde rein platonisch erklärt oder durch statistische Zahlen erhärtet, daß wir in Niederösterreich noch nicht den Anschluß an die gesamtösterreichische Wirtschaft gefunden haben. Immer wieder kommt zum Ausdruck, daß hier alles unternommen werden muß, um diesen Anschluß zu finden.

Da spielt natürlich das Straßenwesen eine große Rolle. Dazu gehören nicht nur die großen Durchzugsstraßen, die Landeshauptstraßen, die ehemaligen Bezirksstraßen, die einfachen Landesstraßen, sondern auch die Straßen in den Gemeinden, die Güterwege und die Zubringerwege. Alle diese Verkehrsflächen, wo überhaupt ein Rad sich bewegt, sind hier mit einzubeziehen. Da wir alle wissen, daß in der Güterproduktion das wichtigste ist, daß Rohstoffe und Halbfabrikate zu Fertigfabrikaten verarbeitet und ausgeführt werden, ist uns auch nur zu gut bekannt, daß das Problem des Verkehrs mit der Wirtschaft unmittelbar und untrennbar zusammenhängt.

Eine andere Gruppe, die im Laufe der Debatte für den aufmerksamen Zuhörer besonders hervortrat, ist die Frage der Wasserwirtschaft in allen ihren Formen. Vor wenigen Jahren war man noch der Meinung: Was ist denn schon das Wasser? Es wurde kaum geachtet und ganz bestimmt nicht beachtet. Auf diesem Gebiet hat sich in den letzten Jahrzehnten und vor allem in der allerletzten Zeit ein völliger Umschwung vollzogen. Man weiß heute, daß Trinkwasser ein kostbares Gut ist, und daß dafür vorgesorgt werden

muß, über menschliche jene groß es ermöglicht Stoff was bearbeitet

Wenn n man es a kanäle abser, das v in den B und das daher Reg gen. Danr mehr gen richtig re Bewässer

Wenn r sagen wo ungeheuer: schlägen

Wie solle werden, v festgestell

ergibt sich Das unter meinde m süchtig in glaubt, d Gelder k Tagen me sen, die

etwas gel Silberstre die Hoffi referenter lingen we Finanzaus daß Niec fährt. Per mist. und Finanzaus sen, keine

Aber in möglich s die hier c zu erreic Wünsche

Nun ha Finanziern gen. Ich l kussion d es vielleicht fahrerger Herrn Fii tretbar w den auße sammenge leicht der Das ist ja

Die Schulen  
en, wieviel  
anden sind  
igend hohe  
en Ansprü-  
Es ist daher  
erreichische  
jetzt schon  
ragen dann  
. Es ist er-  
des nieder-  
(reise zieht.  
die restau-  
vom Musik-  
e konstruk-  
hen, und es  
nicht mit  
all diese

roter Faden  
zogen, und  
erösterreich,  
e Frage der  
erreichischen  
le rein pla-  
ische Zahlen  
reich noch  
tösterreichi-  
Immer wie-  
ier alles un-  
en Anschluß

nwesen eine  
nur die gro-  
leshauptstra-  
ßen, die ein-  
auch die  
Güterwege  
se Verkehrs-  
sich bewegt,  
Da wir alle  
on das wich-  
albfabrikate  
und ausge-  
r zu gut be-  
Verkehrs mit  
untrennbar

a Laufe der  
Zuhörer be-  
der Wasser-  
n. Vor weni-  
einung: Was  
wurde kaum  
cht beachtet.  
den letzten  
r allerletzten  
llzogen. Man  
?in kostbares  
sorgt werden

muß, über die kleine Einzelversorgung der menschlichen Siedlung mit Wasser hinaus jene großräumige Versorgung zu schaffen, die es ermöglichen wird, den vorhandenen Rohstoff Wasser zu sichern und wirtschaftlich zu bearbeiten.

Wenn man das Wasser nicht zubringt, muß man es als Schmutzwasser in Mischwasserkanäle ableiten. Daneben gibt es auch Wasser, das wir nicht trinken und das wir nicht in den Bädern brauchen, das ungestüm ist und das Schaden anrichtet. Wir brauchen daher Regulierungen und Wildbachverbauungen. Dann gibt es wieder Stellen, wo es nicht mehr genügend Wasser gibt, um die Frucht richtig reifen zu lassen. Da brauchen wir Bewässerungsanlagen.

Wenn man das nicht so im Telegrammstil sagen wollte, so könnte man aufzeigen, wie ungeheuer viel diese Landtagssession an Vorschlägen gebracht hat. Ich stelle die Frage: Wie sollen alle diese Erfordernisse bestritten werden, wer zahlt dies? Eine Tendenz kann festgestellt werden; sie ist aber nicht neu, sie ergibt sich nur immer mit anderen Worten. Das unterste Glied sagt: Das soll die Gemeinde machen. Die Gemeinde schaut sehnsüchtig in die Herrengasse 11 bis 13 und glaubt, daß von dort die entsprechenden Gelder kommen. Und wir haben in (diesen Tagen mehrere Resolutionsanträge beschlossen, die darauf hinzielen, daß der Bund etwas geben oder mehr geben soll. So als Silberstreifen machen wir uns vielleicht alle die Hoffnung, daß es dem Finanzlandesreferenten und dem Landeshauptmann gelingen werde, bei den in Bälde beginnenden Finanzausgleichsverhandlungen zu erreichen, daß Niederösterreich Gerechtigkeit widerfährt. Persönlich bin ich da kein großer Optimist, und ich beneide die Herren, die diese Finanzausgleichsverhandlungen führen müssen, keineswegs.

Aber ich glaube, daß es vielleicht doch möglich sein wird, von den vielen Fragen, die hier offen sind, in manchem doch etwas zu erreichen, damit sich wenigstens einige Wünsche erfüllen.

Nun haben wir hier in der Gruppe 9 die Finanzierung des Voranschlages vor uns liegen. Ich habe schon zu Beginn unserer Diskussion der Meinung Ausdruck gegeben, daß es vielleicht auf Grund der praktischen Erfahrungen und auf Grund der Erklärung des Herrn Finanzreferenten ohne weiteres vertretbar wäre, wenn wir den ordentlichen und den außerordentlichen Voranschlag als zusammengehörig auffassen. Formal wird vielleicht der Herr Hofrat Dr. Holzfeind sagen: Das ist ja falsch, denn es steht ja ausdrück-

lich in unserem Antrag drinnen, daß zum außerordentlichen Voranschlag der Eventualvoranschlag dazugehört, weil er ein Teil davon ist. Aber in der praktischen Auswirkung haben wir es bis jetzt noch nie erlebt, daß es nicht gelungen wäre, die Ansatzposten sowohl des ordentlichen als auch des außerordentlichen Voranschlages glatt zu erfüllen. Bleibt noch der Eventualvoranschlag über. Da habe ich gleichfalls die Meinung, daß auch dieser Eventualvoranschlag in keiner Weise gefährdet ist. Ich glaube, man wird kaum die Bedeckungsmöglichkeiten anwenden müssen, wie sie hier im Antrag stehen: Ersparungen, Aufnahme von Krediten und Darlehen. Ich glaube das aus folgendem Grund: Wenn wir die einzelnen Zahlen anschauen, die Erfolgsrechnungen vergleichen und an die — der Ausdruck ist nicht von mir geprägt worden — 2-Milliarden-Grenzdenken, wird es möglich sein, daß wir auch für die dritte Form unseres Voranschlages, für den Eventualvoranschlag, die notwendige Bedeckung finden.

Es gibt keinen Zweifel, daß in diesem Voranschlag noch gewisse Reserven enthalten sind. Das soll kein Vorwurf sein, sondern ist nur eine nüchterne Feststellung. Wir wissen und könnten es nachweisen, daß doch manche und nicht kleine Einnahmeposten, die sicher zu erwarten sind, im Voranschlag nicht aufscheinen. Ich lasse die Gründe gelten, die da angeführt worden sind, warum man diese übergroße Vorsicht walten läßt. Ich bin aber der festen Überzeugung, daß dieser Voranschlag so wattiert ist, daß uns am Ende dieses nächsten Jahres der Herr Finanzreferent nicht nur einen ausgeglichenen Landeshaushalt für das Wirtschaftsjahr 1963 vorlegen wird, sondern daß es ihm auch möglich sein wird, unter dem Schlagwort der sehr populären Nachtragskredite vielleicht etwas vorzulegen, was noch mit ordentlichen Einnahmen erfüllt werden kann.

Wir gehen am Schluß der Budgetdebatte, wenn wir jetzt den gesamten Voranschlag annehmen, doch wohl mit dem Gefühl auseinander, daß wir in Niederösterreich finanzielle Ordnung haben; daß wir — wenn wir auch sehr viele große offene Probleme [haben, von denen man noch und immer wieder streben muß, sie im Rahmen des höheren Verbandes, also mit dem Bund, mit den Interessenten und mit allen Gemeinden und sonstigen in Frage kommenden Institutionen zu lösen — doch auf dem besten Wege sind, das Zurückbleiben, das uns die zehnjährige Besatzung gebracht hat, langsam zu überwinden und dort hinzukommen, wo die übrigen Bundesländer stehen

Möge es uns in einer gemeinsamen Aktion gelingen, daß wir diesen Wunsch erfüllen können und damit viele offene Fragen, die wir heute nur in Wunschform aussprechen, auch zur Realisierung bringen können. (Beifall.)

PRÄSIDENT TESAR: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

BERICHTERSTATTER ABG. MARCH-STEINER: Ich verzichte auf das Schlußwort.

PRÄSIDENT TESAR: Wir kommen zur Abstimmung über die Gruppe 9. Ich bitte um den Antrag des Herrn Berichterstatters.

BERICHTERSTATTER ABG. MARCH-STEINER: Die Gruppe 9, Finanz- und Vermögensverwaltung, sieht Einnahmen in der Höhe von 1.143,382.300 S und Ausgaben in der Höhe von 438,362.600 S im ordentlichen Voranschlag vor. Im außerordentlichen Voranschlag ist in Gruppe 9 auf der Einnahmenseite eine Post in der Höhe von 101,650.000 S enthalten, der keine Post auf der Ausgaben-seite gegenübersteht.

Ich beantrage die Annahme der Ansätze, wie vorgesehen und berichtet, und ersuche den Herr Präsidenten, darüber abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT TESAR (nach Abstimmung über Gruppe 9 im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt in Erfordernis und Bedeckung): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Marchsteiner, die Verhandlung zum Gesetz-entwurf über die Einhebung einer Landes-umlage für das Jahr 1963 einzuleiten.

BERICHTERSTATTER ARG. MARCH-STEINER: Ich habe über die Vorlage der Landesregierung, betreffend ;Gesetzesentwurf über die Einhebung einer Landesumlage, zu berichten. Der Gesetzesantrag hat folgenden Wortlaut (liest):

„Der Landtag von Niederösterreich hat beschlossen:

#### § 1.

Von den Gerneinden (einschließlich der Städte mit eigenem Statut) im Lande Nieder-österreich ist eine Landesumlage in der Höhe von 16 v. H. der ungekürzten Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben zu entrichten.

#### § 2.

(1) Der Berechnung der Landesumlage sind die ungekürzten monatlichen Vorschüsse auf die Ertragsanteile der Gemeinden an den

gemeinschaftlichen Bundesabgaben bzw. all-fällige Nachzahlungen auf die ErtragSanteile zugrunde zu legen

(2) Die endgültige Abrechnung der Landes-umlage erfolgt anlässlich der endgültigen Ab-rechnung der Ertragsanteile der Gemeinden auf Grund des Rechnungsabschlusses des Bundes

#### § 3.

Auf die einzelnen Gemeinden (einschließ-lich der Städte mit eigenem Statut) ist die von ihnen aufzubringene Umlage im Verhält-nis ihrer Finanzkraft aufzuteilen Diese wird erfaßt durch die Heranziehung

1. von 50 v. H. der Ertragsanteile der Ge-meinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gemäß § 6 Abs. 2 bis 4 des Finanzausgleichsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 97,
2. der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben unter Zugrundelegung der Meßbeträge des Vorjahres und eines Hebesatzes von 300 v. H.,
3. der Grundsteuer von den Grundstücken unter Zugrundelegung der Meßbeträge des Vorjahres und eines Hebesatzes von 300 v. H., bei den Mindestbeträgen (Q 31 Abs 1 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149, in Verbindung mit § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 18. Juli 1962, BGBl. Nr. 226) des einfachen Min-destbetrages und
4. der tatsächlichen Erträge der Gewerbe-steuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital des Vorjahres, je-doch unter der Annahme eines Hebe-satzes von 150 v. H.

#### § 4.

Dieses Gesetz tritt am 1. Jänner 1963 in Kraft und verliert mit 31. Dezember 1963 seine Wirksamkeit.“

Ich bitte um die Abstimmung über dieses Gesetz.

PRÄSIDENT TESAR: Zum Wort ist nie-mand gemeldet, wir kommen zur Abstim-mung. (Nach Abstimmung iiber den Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Finanzausschusses, Punkt 16): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zum Dienstpostenplan 1963 zu berichten.

BERICHTERSTATTER ABG. MARCH-STEINER: Dem Voranschlag ist der Dienst-postenplan für das Jahr 1963 beigeschlossen. Gemäß § 6 Abs. 2 der Dienstpragmatik der Landesbeamten hat er die Zahl der benötig-

ten Dienst-einzelnen wendungs-halten.

Unter : Landtag fi-posten, ei-der Land-nungsjahr-110 Dienst-Dienstpost-über dem

Bei der-gesamt 21-lich. Dies-Arbeitsum-verwaltun-ten bei de-bauordnur-Erweiteru-perbehind-durch die-tralkinder-schließlich-der Zentr-

Innerha-waltung (22 Dienstp-die Zunah-Landes-He-Öhling un-gige Erwa-Puchberg-der Dienst-anstalt w-

Im Stral-posten ber-

Die Zah-Schulen e-um einen-bei den B-Landes un-Beim :eine ziff-Weglassur-wärterinn-befindlich1-setz, welch-Personalh-zuständige

Soweit i

PRÄSIE-meldung v-(Nach Ab-plan 1963, Teil des-Grundsiti

Nach Ve-anschlages

en bzw. all-  
ertragsanteile

der Landes-  
gültigen Ab-  
Gemeinden  
chlusses des

(einschließ-  
atut) ist die  
im Verhält-  
. Diese wird

eile der Ge-  
nschaftlichen  
Abs. 2 bis 4  
s 1959, BGBl.

land- und  
eben unter  
beträge des  
esatzes von

Grundstücken  
Meßbeträge  
besatzes von  
beträgen (§ 31  
esetzes 1955,  
ung mit § 2  
vom 18. Juli  
fachen Min-

er Gewerbe-  
ertrag und  
orjahres, je-  
eines Hebe-

nner 1963 in  
zember 1963

g über dieses

ort ist nie-  
zur Abstim-  
den Wortlaut  
Antrag des  
A n g e n o m -

richterstatte,  
richten.

G. MARCH-  
t der Dienst-  
eigeschlossen.  
ragmatik der  
der benötig-

ten Dienstposten und ihre Verteilung auf die einzelnen Dienstzweige, getrennt nach Verwendungsgruppen und Dienstklassen, zu erhalten.

Unter Zugrundelegung der vom Hdhen Landtag für 1962 genehmigten 10.811 Dienstposten, einschließlich der durch Beschlüsse der Landesregierung im Laufe des Rechnungsjahres 1962 zusätzlich systemisierten 110 Dienstposten — das sind insgesamt 10.921 Dienstposten —, ergeben sich für 1963 gegenüber dem Vorjahr folgende Veränderungen:

Bei der behördlichen Verwaltung sind insgesamt 21 zusätzliche Dienstposten erforderlich. Dies infolge der ständigen Zunahme des Arbeitsumfanges im Bereiche der Straßenverwaltung, durch das Anwachsen der Arbeiten bei der Schulabteilung durch die Schulbauordnung 1961, durch die vorgesehenen Erweiterungen an der Sonderschule für Körperbehinderte in Wiener Neustadt, weiter durch die Vorbereitungsarbeiten für das Zentralkinderheim Schloß Liechtenstein und schließlich durch die Installierung des Büros der Zentral-Personalvertretung.

Innerhalb der privatwirtschaftlichen Verwaltung ergibt sich eine Vermehrung um 22 Dienstposten. Diese ist zurückzuführen auf die Zunahme des Patientenstandes bei den Landes-Heil- und Pflegeanstalten in Mauer-Öhling und Gugging und auf eine geringfügige Erweiterung beim Landes-Jugendheim Puchberg am Schneeberg, während die Zahl der Dienstposten bei der Landes-Hypothekenanstalt weiterhin reduziert werden konnte.

Im Straßendienst werden weitere 45 Dienstposten benötigt.

Die Zahl der Dienstposten bei den Landes-Schulen erfährt lediglich eine Vermehrung um einen Dienstposten, und die Dienstposten bei den Bundesstraßen wurden zugunsten des Landes um sechs erhöht.

Beim Kindergartenpersonal (ergibt sich eine ziffernmäßig bereits berücksichtigte Weglassung der Dienstposten für Kinderwärterinnen im Hinblick auf das im Zuge befindliche n.-ö. Kindergartenerhaltungsgesetz, welches unter einem die Übergabe der Personalhoheit der Kinderwärterinnen an die zuständigen Gemeinden vorsieht.

Soweit mein Bericht.

PRÄSIDENT TESAR: Es liegt keine Wortmeldung vor, wir schreiten zur Abstimmung. (Nach Abstimmung über den Dienstpostenplan 1963, Punkt 18, sowie die im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze): A n g e n o m m e n .

Nach Verabschiedung des ordentlichen Voranschlags, des außerordentlichen Voranschla-

ges und des Eventualvoranschlags, des Gesetzentwurfes über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1963 und des Dienstpostenplanes 1963 sowie nach Genehmigung der im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze gelangen wir nunmehr zur Abstimmung des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1963 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und des Antrages des Finanzausschusses zum Voranschlag, Punkt 1 bis Punkt 15, Punkt 17 und Punkt 18 und Punkt 16 im Wortlaut des Gesetzes.

Ich lasse zunächst über den Antrag des Finanzausschusses, und zwar über die Punkte 1 bis 15 und über die Punkte 17 und 18 unter einem und über den Punkt 16 getrennt abstimmen.

Der Antrag des Finanzausschusses liegt im vollen Wortlaut den Mitgliedern des Hauses vor. Ich glaube daher, dem Herrn Berichterstatter die Verlesung des Antrages ersparen zu können. (Nach einer Pause.) Keine Einwendung.

Ich bitte den Herrn Berichtenstatte um seinen Antrag.

BERICHTERSTATTER ABG. MARCH-STEINER: Hohes Haus! Namens des Finanzausschusses stelle ich den Antrag, die Punkte 1 bis 15 und die Punkte 17 und 18 unter einem und über den Punkt 16 getrennt im Sinne des Antrages des Finanzausschusses anzunehmen.

PRÄSIDENT TESAR: (Nach Abstimmung über den Antrag des Finanzausschusses zum Voranschlag 1963, Punkt 1 bis Punkt 15, Punkt 17 und 18): A n g e n o m m e n .

[Nach Abstimmung über Punkt 16 im Wortlaut des Gesetzes): A n g e n o m m e n .

Der Voranschlag für das Jahr 1963 ist somit verabschiedet.

Das Wort erhält Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Müllner.

LANDESHAUPTMANNSTV. MÜLLNER: Hohes Haus! Am Ende der Budgetberatungen ist es üblich, daß der Finanzreferent den Mitgliedern des Landtages und den Mitgliedern der Landesregierung den Dank für ihre Arbeit, die sie zum Jahresende geleistet haben, ausspricht. Ich möchte besonders betonen, daß es für das Land Niederösterreich heuer keine leichte Aufgabe war, diese Arbeit zu leisten, weil uns das entsprechende Bundesbudget fehlt. Trotzdem hat sich der Landtag entschlossen, ein Landesbudget für das Jahr 1963 zu beraten und zu beschließen. Für diese Arbeit und für diesen Beschluß möchte ich Ihnen den Dank aussprechen.

durch Abwanderung in die Städte, insbesondere nach Wien, ergeben hat, wird ihre bedauerlichen Auswirkungen auch auf die künftigen Einnahmen des Landes haben. Es wird daher die wichtigste Aufgabe in der Zukunft sein, bei den kommenden Verhandlungen über den Finanzausgleich die durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse auf den verschiedensten Gebieten entstandenen Benachteiligungen Niederösterreichs zu beseitigen oder doch wenigstens wesentlich zu mildern. Daß das Land selbst alles in seiner Macht stehende getan hat, um sich selbst aus eigener Kraft zu helfen, scheint mir aus den ausführlichen Beratungen der letzten Tage eindeutig hervorzugehen.

Der Voranschlag wurde mit großer Genauigkeit ausgearbeitet und sehr übersichtlich erstellt, wofür der Landesregierung, dem Herrn Landesfinanzreferenten und dem Referatsleiter, Herrn Votr. Hofrat Dr. Holzfeind, und seinen Mitarbeitern unser besonderer Dank gebührt.

Ich darf bei dieser Gelegenheit aber auch dem Herrn Berichterstatler für seine Mühe und Ausdauer und allen Mitgliedern des Hohen Hauses für die eingehende Diskussion des Voranschlages 1963 und der im Zusammenhang damit zu behandelnden Probleme Dank sagen. Darüber hinaus möchte ich aber auch allen jenen, die anlässlich der Erstellung und Beschlußfassung des Voranschlages 1963 besondere Arbeitsleistungen zu erbringen hatten, insbesondere den Beamten der Landratskanzlei, des Stenographenbüros und des Pressamtes sowie den beiden Herren Präsidenten für die Unterstützung im Vorsitz meinen Dank aussprechen.

Abschließend möchte ich der Überzeugung Ausdruck verleihen, daß der soeben beschlossene Voranschlag wesentlich dazu beitragen wird, die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung des Landes zu sichern und allen Bevölkerungsschichten Niederösterreichs den verdienten weiteren sozialen Aufstieg zu gewährleisten.

Wir schreiten in der Tagesordnung weiter.

Herr Bundesrat Karl Fachleitner hat im Hinblick auf seine Berufung in den Nationalrat mit Erklärung vom 3. Dezember 1962 sein Mandat als Mitglied des Bundesrates zurückgelegt.

Sein Ersatzmann, Herr Matthias Bierbaum, hat mit Erklärung vom 14. Dezember 1962 auf die hierdurch übertragene Mitgliedschaft zum Bundesrat verzichtet.

Die Fraktion der Landtagsabgeordneten der niederösterreichischen Volkspartei im Landtag von Niederösterreich hat mit Schreiben vom 14. Dezember 1962 als Mitglied des

Bundesrates  
Ersatzmann  
Bierbaum n

Laut Mit  
Österreichs,  
reich, ist d  
Wodica zun  
dessen Bunc

Das Ers  
hat auf ihri  
drücklich u  
Sozialistisch  
nisation Nie  
vom 7. Deze  
desrates He  
satzmann z  
mann namh

Wir gelan  
gliedern des  
satzmännern

Ich bitte,  
Plätzen der  
auszufüllen.  
terbrechung  
ten.)

(Nach Wi  
16 Uhr 16 U  
wieder auf.  
fort. Ich er  
die Verhand

BERICHT  
Hoher Land  
ausschusses  
regierung, l  
Landes Nie  
Bewilligung  
schreitungen  
ten.

Wie in de  
rend des Jah  
Landesregie  
willigung v  
schreitungen  
chen. In be  
beantragten  
und Nachtra  
dieser Zusa  
läuterungen  
diten zu entr

Die Über  
fern sich in  
21,811.000 S  
schlag auf 3'  
anschlag auf  
auf 62,795.000

Die Nacht  
chen Vorans  
im außerord  
eine solche v



Bundesrates Herrn Leopold Mantler und als Ersatzmann zum Bundesrat Herrn Matthias Bierbaum nominiert.

Laut Mitteilung der Sozialistischen Partei Österreichs, Landesorganisation Niederösterreich, ist durch die Wahl des Herrn Anton Wodica zum Abgeordneten des Nationalrates dessen Bundesratsmandat frei geworden.

Das Ersatzmitglied Frau Maria Herrmann hat auf ihren Eintritt in den Bundesrat ausdrücklich und unwiderruflich verzichtet. Die Sozialistische Partei Österreichs, Landesorganisation Niederösterreich, hat mit Schreiben vom 7. Dezember 1962 als Mitglied des Bundesrates Herrn Josef Panzenböck und als Ersatzmann zum Bundesrat Frau Maria Herrmann namhaft gemacht.

Wir gelangen nun zur Wahl von zwei Mitgliedern des Bundesrates und von zwei Ersatzmännern zum Bundesrat.

Ich bitte, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen der Herren Abgeordneten aufliegen, auszufüllen. Ich unterbreche die Sitzung. *(Unterbrechung der Sitzung um 16 Uhr 13 Minuten.)*

*(Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 16 Uhr 16 Minuten):* Ich nehme die Sitzung wieder auf. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich ersuche den Herrn Abg. Schöberl, die Verhandlung zur Zahl 435 einzuleiten.

**BERICHTERSTATTER ABG. SCHÖBERL:** Hoher Landtag! Ich habe namens des Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1962, Bewilligung von Nachtragskrediten, Überschreitungen und Zweckbindungen, m berich-

Wie in den Vorjahren wurden auch während des Jahres 1962 Angelegenheiten an die Landesregierung herangetragen, die die Bewilligung von Nachtragskrediten b -überschreitungen von Krediten notwendig machen. In beiliegender Aufstellung sind die beantragten Überschreibungsbewilligungen und Nachtragskredite zusammengefaßt. Aus dieser Zusammenstellung sind auch die Erläuterungen zu den einzelnen Nachtragskrediten zu entnehmen.

Die **tfberschreibungsbewilligungen** beziffern sich im ordentlichen Voranschlag auf 21,811.000 S, im außerordentlichen Voranschlag auf 37,384.000 S und im Eventualvoranschlag auf 3,600.000 S, zusammen daher auf 62,795.000 S.

Die Nachtragskredite zeigen im ordentlichen Voranschlag eine Höhe von 1,445.000 S, im außerordentlichen Teil des Voranschlages eine solche von 34,788.700 S und im Eventual-

voranschlag von 500.000 S, zusammen somit 36,733.700 S.

Die Überschreitungen sollen durch Einsparungen bzw. Mehreinnahmen ihre Deckung finden.

Gemäß § 6 des Wohnbauförderungsgesetzes 1954, BGBl. Nr. 153 ex 1954, 'dürfen die Länder die Bundesmittel nur dann zur Förderung verwenden, wenn sie selbst aus Landesmitteln Beiträge beistellen, die mindestens die Hälfte der Bundesmittel erreichen. Es ist daher notwendig, festzulegen, daß die Kreditmittel bei Voranschlagsansatz 62-610 des ordentlichen Voranschlages 1962, Wohnbauförderung auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1954, um 150 Prozent der Mehreinnahmen bei Einnahmenvoranschlagsansatz 62-75, Beitrag des Bundes gemäß § 4 des Wohnbauförderungsgesetzes 1954, überschritten werden können.

Der Bund hat dem Lande Niederösterreich den am 31. Dezember 1960 aushaftenden Restbetrag an Entschuldungsrenten und Aufbaudarlehen aus der österreichischen Entschuldungsverordnung, soweit er den Betrag von 844.204,56 S übersteigt, unter der Bedingung abgetreten, daß sich das Bundesland Niederösterreich bereit erklärt, den zugewendeten Betrag mit dem Verwendungszweck „Landwirtschaftliches Siedlungswesen“ oder „Besitzfestigung“ wieder flüssig zu machen. Hieraus ergibt sich, daß die bei Voranschlagsansatz 913-832 des ordentlichen Voranschlages vereinnahmten Zinsen von Entschuldungsrenten und Aufbaudarlehen nach der österreichischen Entschuldungsverordnung vom 5. Mai 1938 und die bei Voranschlagsansatz 913-865 des ordentlichen Voranschlages in Empfang gestellte Tilgung von Entschuldungsrenten und Aufbaudarlehen nach der österreichischen Entschuldungsverordnung vom 5. Mai 1938, soweit sie den oben genannten Betrag von 844.204,56 S überschreiten, zugunsten eines neu zu eröffnenden Ausgabenvoranschlagsansatzes des ordentlichen Voranschlages 7319-72, Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens, zweckgebunden erklärt werden.

Da den Mitgliedern des Hohen Hauses die Zusammenstellung der Überschreibungsbewilligungen und Nachtragskredite zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1962 zugesendet wurde, kann ich mir die Details ersparen und namens des Finanzausschusses den Antrag stellen *(liest)*:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die in beiliegender Liste angeführten Bewilligungen von Überschreitungen von Krediten des ordentlichen Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1962 in

der Höhe von 21,811 000 S, des außerordentlichen Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1962 von 37,384 000 S und des Eventualvoranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1962 von 3,600.000 S werden genehmigt

2 Die in beiliegender Liste angeführten Nachtragskredite des ordentlichen Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1962 in der Höhe von 1,445 000 S sowie des außerordentlichen Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1962 in der Höhe von 34,788 700 S und des Eventualvoranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1962 in der Höhe von 500 000 S werden genehmigt

3 Der Voranschlagsansatz 62-610 des ordentlichen Voranschlags 1962, Wohnbauförderung auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1954, kann um 150 Prozent der Mehreinnahmen bei Einnahmenvoranschlagsansatz 62-75, Beitrag des Bundes zur Wohnbauförderung gemäß § 4 des Wohnbauförderungsgesetzes 1954, überschritten werden

4 Die Einnahmen bei den Voranschlagsansätzen 913-832, Zinsen von Entschuldungsrenten und Aufbaudarlehen nach der österreichischen Entschuldungsverordnung vom 5 Mai 1938, und 913-865, Tilgung von Entschuldungsrenten und Aufbaudarlehen nach der österreichischen Entschuldungsverordnung vom 5 Mai 1938, sind, soweit sie den Betrag von 844 204,56 S überschreiten, zugunsten des neu zu eröffnenden Voranschlagsansatzes 7319-72, Forderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens, zweckgebunden

5 Die niederösterreichische Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Landtagsbeschlusses Erforderliche zu veranlassen

Ich ersuche den Herr Präsidenten, über diesen Antrag abstimmen zu lassen, und stelle den Antrag auf Genehmigung

PRÄSIDENT TESAR (nach Abstimmung über den Antrag des Berichterstatters) Ann o m m e n

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Schneider, die Verhandlung zu Zahl 436 einzuleiten

BERICHTERSTATTER ABG SCHNEIDER. Hohes Haus! Ich darf im Namen des Finanzausschusses über eine Aufstockung der Fremdenverkehrskreditaktion 1962 berichten

Wenn Sie erlauben, werde ich in kurzer Zusammenfassung hier wiederholen, daß es dabei darum geht, die Hilfsaktion für Betriebe des Fremdenverkehrs, die bisher schon

nach mehrmaligen Aufstockungen eine Kreditsumme von 230 Millionen Schilling erreicht hat, um weitere 30 Millionen Schilling aufzustocken

In der Vorlage wird berichtet, wie sich die bisher bereitgestellten Beträge im einzelnen zusammensetzen. Ferner wird berichtet, daß es nach intensiven Bemühungen nunmehr gelungen ist, weitere 30 Millionen Schilling zu bekommen, bei einer Verzinsung von 5 Prozent pro Jahr und einer Laufzeit von 5 Jahren. Das erste Jahr nach Zuzahlung des Darlehensbetrages bleibt ruckzahlungsfrei. Die finanzielle Zusage seitens des Postsparkassenamtes liegt vor

Da diese Materie innerhalb der Diskussion zum Voranschlag ja umfangreich behandelt wurde, erlauben Sie mir bitte nunmehr sogleich den Antrag des Finanzausschusses über diese Vorlage der Landesregierung, betreffend Fremdenverkehrskreditaktion 1962, Aufstockung, vorzutragen (liest)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen.

1 Zur Weiterführung der Hilfsaktion für Fremdenverkehrsbetriebe und für Einrichtungen der Fremdenverkehrswirtschaft in Niederösterreich übernimmt das Bundesland Niederösterreich die Haftung gegenüber der Landeshypothekenanstalt für NO für einen weiteren Betrag von 30,000 000,— S, welcher zum Zwecke der Gewährung von Darlehen für Fremdenverkehrsbetriebe und Einrichtungen der Fremdenverkehrswirtschaft in Niederösterreich in der Form aufgebracht wird, daß der erwähnte Betrag von dem Österr. Postsparkassenamt gegen eine Verzinsung von 5 Prozent als Einlage bei der Landeshypothekenanstalt für Niederösterreich eingebracht wird. Die Laufzeit des Darlehens beträgt fünf Jahre, die Anlaufzeit für die Rückzahlung ein Jahr

2 Die Haftung des Landes Niederösterreich wird — so wie bei den bisherigen Einlagen — dadurch abgesichert, daß jeder Bewerber um einen Fremdenverkehrskredit eine der Landeshaftung konforme Haftung eines örtlichen Kreditinstitutes für vollständige Rückzahlung des Darlehens samt Zinsen und etwaigen Spesen dem Bundesland Niederösterreich gegenüber erbringt. Die mit der Einbringung dieser Haftungserklärung verbundenen Kosten hat der Darlehensnehmer aus eigenem zu tragen

3 Die Aufbringung des 5prozentigen Zinsendienstes wird von der Landesregierung in der Form beabsichtigt, daß seitens des Darlehensnehmers 2 Prozent p. a. und seitens des Bundeslandes Niederösterreich und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Niederösterreich je 1½ Prozent übernommen

werden. Dentsprecher falls seit Handel und gewährt wi zu leistenc Prozent S Hypothekenzent Haftung institut. Für entwickelte soll der Zi Förderungs Niederösterreich aufgebracht

4. Die L: zur Durchfi das Erforde

Ich bitte etwaige De mung über

PRÄSIDENT mand geme mung.

(Nach Al Finanzauss

Ich ersuc. die Verhan

BERICHT NER: Hohe Verwaltung sprechend, anschlag de reich zu ge Aufträge c Schulaussch

Der Vorai Jahr 1963 v gende Beti S 10,000.000 zu gewährer S 16,500.000 S 2,097.000, fälligen Ti' schiedene E S 32,930.000

Auf der träge ausge dienst für Schulbaudar hilfen 1963: gaben S S 32,930.000.

Der geme schuß hat c stimmig gen

Ich stelle

n eine Kre-  
lling erreicht  
illing aufzu-

wie sich die  
im einzelnen  
erichtet, daß  
nunmehr ge-  
Schilling zu  
von 5 Pro-  
t von 5 Jah-  
ung des Dar-  
ngsfrei. Die  
stsparkassen-

r Diskussion  
ch behandelt  
nunmehr so-  
schusses über  
ung, betref-  
on 1962, Auf-

chließen:

lsaktion für  
für Einrich-  
irtschaft in  
Bundesland  
egenüber der  
Ö für einen  
— S, welcher  
von Darlehen  
und Einrich-  
irtschaft in  
aufgebracht  
ag von dem  
en eine Ver-  
lage bei der  
Niederöster-  
zeit des Dar-  
Anlaufzeit für

Niederöster-  
sherigen Ein-  
laß jeder Be-  
verkehrskredit  
orme Haftung  
für vollstän-  
s samt Zinsen  
esland Nieder-

Die mit der  
klärung ver-  
lehensnehmer

zentigen Zin-  
ndesregierung  
ß seitens des  
a. und seitens  
reich und der  
Virtschaft für  
t übernommen

werden. Diese Zinsenzuschüsse würden sich entsprechend und gleichmäßig vermindern, falls seitens des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau ein Zinsenzuschuß gewährt wird. Zu dem vom Darlehensnehmer zu leistenden Zinsensatz kommen noch  $\frac{1}{2}$  Prozent Spesenbeitrag für die Landes-Hypothekenanstalt und in der Regel  $\frac{1}{2}$  Prozent Haftungsbeitrag für das haftende Kreditinstitut. Für jene Ansuchen, welche aus unterentwickelten Gebieten eingebracht werden, soll der Zinsendienst aus den gemeinsamen Förderungsmitteln des Bundes und Landes Niederösterreich für unterentwickelte Gebiete aufgebracht werden.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Durchführung dieses Landtagsbeschlusses das Erforderliche zu veranlassen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, eine etwaige Debatte einzuleiten und die Abstimmung über diese Vorlage herbeizuführen.

PRÄSIDENT TESAR: Zum Worte ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den Antrag des Finanzausschusses): A n g e n o m m e n .

Ich ersuche die Frau Abgeordnete Körner, die Verhandlung zu Zahl 437 einzuleiten.

BERICHTERSTATTER ABG. ANNA KÖRNER: Hohes Haus! Den Richtlinien für die Verwaltung des Landes-Schulbaufonds entsprechend, hat der Hohe Landtag den Voranschlag des Schulbaufonds für Niederösterreich zu genehmigen. Hierüber habe ich im Auftrage des gemeinsamen Finanz- und Schulausschusses zu berichten.

Der Voranschlag des Schulbaufonds für das Jahr 1963 weist auf der Einnahmenseite folgende Beträge aus: Beitrag des Landes S 10.000.000,—, 20 Prozent der an Gemeinden zu gewährenden Bedarfszuweisungen für 1963 S 16.500.000,—, Schulklassenbeiträge für 1963 S 2.097.000,—, Eingang der im Jahre 1963 fälligen Tilgungsraten S 4.330.000,—, verschiedene Einnahmen S 3000,—, insgesamt S 32.930.000.

Auf der Ausgabenseite sind folgende Beträge ausgewiesen: Zinsen- und Tilgungsdienst für von Gemeinden aufgenommene Schulbaudarlehen S 110.000,—, Schulbaubeihilfen 1963 S 32.800.000,—, verschiedene Ausgaben S 20.000,—, insgesamt ebenfalls S 32.930.000.—.

Der gemeinsame Finanz- und Schulausschuß hat diese Vorlage beraten und einstimmig genehmigt.

Ich stelle daher namens des gemeinsamen

Finanz- und Schulausschusses den Antrag (Ziest):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Voranschlag des Schulbaufonds für Niederösterreich für das Jahr 1963 wird genehmigt.

2. Falls die dem Schulbaufonds für Niederösterreich zufließenden Mittel die im Voranschlag des Schulbaufonds für das Jahr 1963 vorgesehenen Beträge überschreiten, wird die Landesregierung ermächtigt, bis zur vollen Höhe dieser Einnahmen durch Gewährung weiterer Schulbaubeihilfen zu verfügen.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Durchführung dieses Landtagsbeschlusses das Erforderliche zu veranlassen.“

PRÄSIDENT TESAR: Zum Worte ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den Antrag des gemeinsamen Finanz- und Schulausschusses): A n g e n o m m e n .

PRÄSIDENT TESAR: Wir gelangen nun zur Wahl von zwei Mitgliedern des Bundesrates und von zwei Ersatzmitgliedern zum Bundesrat. (Nach Abgabe der Stimmzettel): Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich ersuche die Herren Schriftführer um Vornahme des Skrutiniums und unterbreche zu diesem Zweck die Sitzung für kurze Zeit. (Unterbrechung der Sitzung um 16 Uhr 32 Minuten. Nach Zahlung der Stimmzettel und Wiederaufnahme der Sitzung um 16 Uhr 34 Minuten): Es wurden 51 Stimmzettel abgegeben, alle waren gültig. Mit allen abgegebenen gültigen Stimmen wurden die Herren Leopold Mantler und Josef Panzenböck als Mitglieder des Bundesrates und Herr Matthias Bierbaum sowie Frau Maria Herrmann als Ersatzmitglieder in den Bundesrat gewählt.

Hohes Haus! Früher als in den vergangenen Jahren beendete diesmal der Landtag seine Tätigkeit. Mit großer Dankbarkeit darf ich aus diesem Anlaß die Feststellung treffen, daß die gemeinsame Arbeit im abgelaufenen Jahr ihre Früchte getragen hat und unser Land und seine Bevölkerung einen weiteren Aufstieg erleben durften. Dieser Erfolg hat meiner Überzeugung nach seine Ursache vor allem darin, daß sich die beiden großen Parteien in sachlicher Weise um die Lösung der vorhandenen Probleme erfolgreich bemüht haben. Nun ist wieder das Weihnachtsfest und der Jahreswechsel vor der Türe. Eine Zeit der Besinnung, die uns veranlassen sollte, unser Streben nach einem friedlichen Zusammenleben der Menschen

und damit auch der Völker zu verstärken. Die endgültige Überwindung von Gegensätzen kann letzten Endes nur im Geiste gegenseitiger Achtung und menschlichen Verständnisses gefunden werden.

In diesem Geiste wahren Friedens wünsche ich Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, Ihren Angehörigen sowie allen Bediensteten des Landes, die ihre Pflicht in Bescheidenheit und oft unbedankt erfüllen, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr. Meine Wünsche und meine Grüße gelten darüber hinaus der ganzen Bevölkerung unseres ge-

liebten Heimatlandes. *(Beifall im ganzen Hause).*

ABG. SCHWARZOTT: Namens des Hohen Hauses danke ich dem Herrn Präsidenten für die Glückwünsche und darf gleichfalls im Namen des Hohen Landtages ihm und seinen lieben Angehörigen gesegnete Weihnachten und ein erfolgreiches neues Jahr wünschen. *(Beifall im ganzen Hause.)*

PRÄSIDENT TESAR: Ich danke herzlich. Die Sitzung ist geschlossen.

*(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 35 Minuten.)*